

AKTUELLES
Rechtsvergleichende
Forschungswerkstatt
gestartet

IM FOKUS
Nach dem Rechtsruck.
Vor dem Kipppunkt?

PORTRÄT
Interview mit der Robert-
Gragger-Preisträgerin
Dr. habil. Orsolya
Tamássy-Lénárt

SEMESTERRÜCKBLICK
Die Bundespräsidentin
der Schweiz zu Besuch
an der AUB

andrassy

NACHRICHTEN

2024
Wintersemester

NACHRICHTEN
DER
ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

ISSN 3003-9452

IMPRESSUM

27. Ausgabe der Andrassy Nachrichten
(15. Jahrgang, 2. Ausgabe), Auflage: 900 Stück,
Erscheinungsdatum: 29.08.2024

Herausgeber:
Andrassy Gyula Deutschsprachige
Universität Budapest
Pollack Mihály tér 3. H-1088 Budapest

Redaktion: Prof. Dr. Ellen Bos, Prof. Dr. Zoltán
Tibor Pállinger und das Referat für Marketing
und Kommunikation

Design: Bencium Grafikbüro

Layout und Satz: Zsuzsanna Urbán

Druck: H-ART Kft.

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Texte sinngerecht
zu kürzen und zu bearbeiten. Die Verantwortung für den Inhalt
liegt bei den jeweiligen AutorInnen.

Sofern nicht anders angegeben, liegen die Urheberrechte der
weiteren Abbildungen bei der Andrassy Universität Budapest (im
Speziellen bei Képszerkesztőség: Tuba Zoltán, Gábor Ancsin; den
jeweiligen AutorInnen), oder diese sind gemeinfrei.

ISSN 3003-941X (Print)
ISSN 3003-9452 (Online)

INHALT

VORWORT DES REKTORS	2		
AKTUELLES	3		
NEUES AUS DER FORSCHUNG	3		
Rechtsvergleichende Forschungswerkstatt „Juristisches Grenzland: Die Berührungspunkte zwischen Privatrecht und öffentlichem Recht in hybriden Rechtsgebieten“ gestartet	3		
PERSONALIA	4		
IM FOKUS	4		
Nach dem Rechtsruck. Vor dem Kipppunkt?	4		
17. Interdisziplinäres Doktorandenkolloquium im Rahmen der Kooperation mit der Autonomen Region Trentino-Südtirol an der EURAC Research in Bozen	9		
25 Jahre NATO-Osterweiterung	10		
20 Jahre EU-Osterweiterung	12		
Abendvortrag an der AUB zum Thema: Erfüllte Erwartungen, unerfüllte Hoffnungen	15		
Ein Jahrzehnt innovativer Online-Wahlorientierung in Ungarn: Vokskabin	17		
PORTRÄT	19		
Herausragende Beiträge zur Germanistik – Anerkennung und Forschung: Ein Interview mit der Róbert-Gragger-Preisträgerin Dr. habil. Orsolya Tamássy-Lénárt	19		
„Expect the unexpected!“ – Erfahrungen eines Diplomaten: Dr. Kreft im Interview mit AUB-Studentin	22		
SEMESTERRÜCKBLICK	24		
Erasmus an der Andrássy Universität Budapest – Erfahrungsbericht	24		
Stadtgeschichte und Stadtpolitik: 150 Jahre Budapest	25		
		Der Super Tuesday und die US-Vorwahlen – Ein Rematch von Joe Biden und Donald Trump im November 2024	26
		Andrássy200 Konferenz	27
		Gedenken an den 201. Geburtstag von Graf Gyula Andrássy	29
		Praxis der Diplomatie an der Andrássy Universität – Exkursion nach Malta und Konferenz mit der Mediterranean Academy for Diplomatic Studies (MEDAC)	31
		Andrássy Media Forum Herausforderungen durch Desinformationen in Wissenschaft – Medien – Politik und Wirtschaft – Was tun?	35
		„László Ede Almásy: ‚Der englische Patient‘ und seine Tätigkeit für die Steyr-Werke“ – Vortrag von Prof. Walter Iber	36
		Magister- und Doktorandenseminar in Balatonfüred	39
		Die Bundespräsidentin der Schweiz zu Besuch an der AUB	39
		Demografie in globaler Perspektive – Regionale Entwicklungen in Europa, Afrika, Asien und Nordamerika	42
		Erasmus-KoordinatorInnen-Treffen an der AUB	43
		Vortrag von S.E. Jeroen Vergeylen, Botschafter Belgiens	43
		Uniblog: Budapest als Tor zu Osteuropa – Ungarn und seine Nachbarländer entdecken	44
		Erfolgreiche Klage der KlimaseniorInnen vor dem Europäischen Gerichtshof der Menschenrechte	46
		Endlich wieder ein Deutsch-Ungarisches Forum! – Angeregte Debatte in Berlin	47
		DIGIGEN Weiterbildungsprogramm für Beratungsfachkräfte an der AUB	49

Vorwort des Rektors

**Liebe Leserin,
lieber Leser,**

der britisch-schweizerische Schauspieler und Autor Peter Ustinov hat einmal launisch angemerkt: «Jetzt sind die guten alten Zeiten, nach denen wir uns in zehn Jahren zurücksehnen.» Wollen wir diese Aussage für einen Moment als bare Münze nehmen, dann drängt sich im Hinblick auf den bisherigen Verlauf des Jahres 2024 die Erkenntnis auf, dass wir uns in einem Zeitalter des Umbruchs befinden und die neue Normalität («gute alte Zeit») sich grundlegend von der alten unterscheidet. Fast scheint es so, dass der drohende Krieg im Nahen Osten, die fortdauernde Aggression Russlands gegen die Ukraine und der sich zuspitzende systemische Konflikt zwischen den USA und der Volksrepublik China die neuen Parameter für die Politik in Europa abgeben würden. Dabei haben wir die weiteren großen Herausforderungen noch gar nicht angesprochen: Der Einsatz Künstlicher Intelligenz beschleunigt die Vierte Industrielle Revolution noch mehr und stellt die Anpassungsfähigkeit Europas, der Staaten, der Unternehmen, der Verwaltungen aber auch der Individuen vor neue Herausforderungen. Das führt dazu, dass die Wahrnehmung des Klimawandels als Bedrohung für unsere Form der Zivilisation in den Hintergrund getreten ist, obwohl dieser noch keinesfalls bewältigt wurde. Kurzum, die (europäische) Politik sieht sich mit einem riesigen Handlungsbedarf konfrontiert, doch scheint die Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit traditioneller westlicher Staaten abzunehmen. Im Inneren verhindert eine politisch aufgeladene Polarisierung die Ausarbeitung und Umsetzung von tragfähigen Lösungen und global arbeiten autokratische Staaten erfolgreich gegen die als westlich-hegemonial diffamierte Weltordnung zusammen. Selbst das Überleben der Demokratie wird nicht mehr als selbstverständlich angenommen.

Wie sollen wir uns angesichts dieser Herausforderungen verhalten. Vielleicht gilt es wieder die Maxime Luthers zu beherzigen, dass wir, wenn wir wüssten, dass morgen die Welt untergeht, ein Apfelbäumchen pflanzen sollten. Historische Entwicklungen entfalten sich nicht nur in einem quasi institutionell-prozeduralen Determinismus, sondern können durch menschliches Handeln beeinflusst



werden. Die diesjährigen Wahlen zum Europäischen Parlament führten zwar zu Verschiebungen in den politischen Kräfteverhältnissen, haben aber zu keinem radikalen Umbruch geführt. Sie haben aber – und das ist erfreulich – eine Zunahme der Wahlbeteiligung und damit des Interesses und des Engagements für Europa ausgelöst. Die AUB hat die diesjährigen Wahlen zum Europaparlament begleitet und geht der Frage nach ihren Implikationen auch in diesem Heft in der Rubrik «Im Fokus» nach. Generell ist dieser Teil der Frage der Europäischen Integration und der Demokratie im weiteren Sinne gewidmet. Als übergeordnete Einsicht, lässt sich aus den verschiedenen Beiträgen ableiten, dass sich die Zukunft durch eine verantwortungsbewusste und weitsichtige Politik durchaus steuern und zum Besseren wenden lässt. Das Handeln von Menschen zählt und kann den Lauf der Dinge beeinflussen (muss es aber nicht). Des Weiteren gibt dieses Heft auch einen Überblick über die Tätigkeit der AUB in der Forschung, Lehre und generell über das universitäre Leben und ihre «Dritte Mission». In diesem Sinne ist die AUB fleissig dabei, zahlreiche Apfelbäumchen zu pflanzen, weil sie einerseits als Universität dazu berufen ist, in die Zukunft zu investieren, und andererseits darauf vertraut, dass diese – auch dank ihrer Tätigkeit – erfolgreich gestaltet werden kann.

Zoltán Tibor Pállinger

AKTUELLES

NEUES AUS DER FORSCHUNG

Rechtsvergleichende Forschungswerkstatt

„Juristisches Grenzland:

Die Berührungspunkte zwischen Privatrecht und öffentlichem Recht in hybriden Rechtsgebieten“ gestartet

Die AUB betreibt zusammen mit der Nationalen Universität für den Öffentlichen Dienst (NKE) die auf fünf Jahre angelegte rechtsvergleichende Forschungswerkstatt „Juristisches Grenzland“, die die Interaktion von Privatrecht und öffentlichem Recht in verschiedenen Bereichen und mehreren Rechtsordnungen zum Thema hat. Die Forschungswerkstatt ist planmäßig zum Jahresbeginn 2024 gestartet.

Die Unterscheidung zwischen Privatrecht und öffentlichem Recht geht mindestens auf das römische Recht zurück. Zugleich ist sie in gewisser Weise ein Alleinstellungsmerkmal der europäischen Rechtskulturen, da viele außereuropäische Rechtsordnungen ihren Rechtsstoff nach anderen Kriterien gliedern.

In den letzten Jahrzehnten ist die Aussagekraft der Unterteilung des Rechts in Privat- und öffentliches Recht immer wieder in Frage gestellt worden. Tatsächlich lassen sich immer weniger Gesetze rein dem einen oder dem anderen Bereich zuordnen, und hybride Gesetzgebungsakte nehmen zu. Dennoch hat die Unterscheidung zwischen Privatrecht einerseits und öffentlichem Recht andererseits auch heute noch praktische und theoretische Bedeutung für die Gesetzgebung, die Rechtsanwendung, die Gliederung des Justizwesens und die Rechtswissenschaft.

Hier setzt die gemeinsame Forschungswerkstatt der AUB und der NKE an. Sie untersucht in vier klassischen Rechtsbereichen die Interaktion zwischen privat- und öffentlich-rechtlichen Elementen: im Recht der juristischen Personen, im Sachenrecht, im Vertragsrecht und im Recht der Schadensersatzleistungen. Juristische Personen des öffentlichen Rechts,

öffentliches Eigentum, verwaltungsrechtliche Verträge und Schadenersatz für staatliches Handeln oder Unterlassen sind typische hybride Konstrukte, in denen sich Elemente aus dem Privat- und dem öffentlichen Recht mischen. Dasselbe gilt für klassisch zivilrechtliche Institute, die einen verwaltungsrechtlichen Unterbau in Form von Registrierungs- oder Genehmigungspflichten haben.

Die Forschungswerkstatt „Juristisches Grenzland: Die Berührungspunkte zwischen Privatrecht und öffentlichem Recht in hybriden Rechtsgebieten“ will in den genannten vier Bereichen die Interaktion privat- und öffentlich-rechtlicher Elemente vergleichend erforschen. Sie konzentriert sich dabei auf das deutsche, österreichische und ungarische Recht und bezieht vergleichend weitere, v.a. mitteleuropäische Rechtsordnungen mit ein.

Die Forschungswerkstatt wird von der NKE getragen und unter Mitwirkung der AUB und des Instituts für Ostrecht (Regensburg) betrieben. Seitens der AUB gehören ihr Prof. Dr. Dr. h.c. Herbert Küpper und Universitätsdozent Dr. Miklós Szirbik an. Die Leitung der Forschungswerkstatt obliegt Prof. Dr. Tekla Papp (NKE). Weitere Mitglieder der Werkstatt seitens der NKE sind Universi-

tätsdozent Dr. Ádám Auer und Universitätsdozent Dr. Béla Csitéi. Die Arbeitssprachen sind Deutsch und Ungarisch.

Am 4. Januar 2024 wurde die Forschungswerkstatt durch ihre Mitglieder feierlich eröffnet. Ihr erstes wissenschaftliches Event war ein internationaler Workshop im Frühjahr 2024, der sich der Frage widmete, wie verschiedene Rechtsordnungen die Unterteilung in Privatrecht und öffentliches Recht konzeptionalisieren und operationalisieren. Den Standpunkt des deutschen Rechts erläuterte Prof. Dr. Alexander Hellgardt, LL.M. (Universität Regensburg), den des österreichischen Rechts Assoz. Prof. Dr. Thomas Schoditsch (Universität Graz). Die Dichotomie zwischen Privat- und öffentlichem Recht im ungarischen Recht beleuchteten Prof. Dr. Attila Menyhárd (ELTE Budapest) von einer eher privatrechtlichen und Prof. Dr. Krisztina Rozsnyai (ELTE Budapest) von einer eher öffentlich-rechtlichen Seite. Für die Darstellung des Diskussionsstands im tschechischen Recht konnten Mgr. Bc. Denisa Kotroušová und Doc. JUDr. Jindřich Psutka, Ph.D. (beide Universität Pilsen) sowie in Bezug auf das polnische Recht wiss. Referentin Tina de Vries (Institut für Ostrecht, Regensburg) gewonnen werden. Abschließend beleuchtete Prof. Dr. Dr. h.c. Herbert Küpper (AUB / Institut für Ostrecht, Regensburg) die Bedeutung der Unterscheidung zwischen Privat- und öffentlichem Recht für die Rechtsvergleichung.

Nachdem der Eröffnungsworkshop die Grundlagen gelegt hat, begannen die Forschungen zum Thema des ersten Forschungsjahres, dem Recht der juristischen Personen. Die einzelnen Forschungen an der AUB und der NKE werden in einer Abschlusskonferenz am 8. November in Budapest zusammengeführt werden. Im zweiten Forschungsjahr 2025 wird sich die Forschungswerkstatt dem Sachenrecht widmen, worauf 2026 das Recht der Verträge und 2027 die deliktische Haftung folgen werden. Einzelheiten zu der

Forschungswerkstatt können ihrer [Webseite](#) entnommen werden. Dort sind auch die bisherigen Forschungsergebnisse in Gestalt von Working Papers veröffentlicht.

Zur Forschungswerkstatt gehört auch ein „Team Junger Forschenden“, in dem Studierende und Promovierende eigenständig forschen können. Interessierte Nachwuchsforschende können sich jederzeit bei Prof. Dr. Dr. h.c. Herbert Küpper melden.

Herbert KÜPPER

PERSONALIA

Personalialia

Im Sommersemester 2024 gab es zahlreiche personelle Veränderungen und Neuzugänge an unserer Universität, welche wir Ihnen gern vorstellen möchten.

Beatrix Maruzzi verstärkt seit Januar die Stabsstelle des Rektoratskollegiums als neue Referentin des Rektorats. Sie übernahm diese Position von Dóra Jankowski, die bereits im Dezember 2023 zur Hauptreferentin für Verwaltungskoordination befördert wurde.

Im Dezernat für Studienangelegenheiten gab es ebenfalls bedeutende Veränderungen. Katalin Tersztyánszky wurde im April zur Hauptreferentin für Studienangelegenheiten ernannt und trat damit die Nachfolge von Ildikó Magyari an. Zudem begrüßten wir Katalin Judit Pantó, die seit Februar als Studiengangsreferentin für Internationale Beziehungen tätig ist. Sie folgte auf Agnes Sapszonné Hamburger, die uns Ende Februar verlassen hat. Veronika Bajai komplettierte das Kollegium im Dezernat für Studienangelegenheiten als neue Studienreferentin im Mai.

Im Finanzbereich des Dezernats 2 begrüßten wir Erika Kovács Asztalos Jánosné, die seit April die Position

der Hauptreferentin für Finanzangelegenheiten übernommen hat.

Das Dezernat 3 wurde Anfang Juni durch Natalija Gračeva als Referentin für Marketing und Kommunikation verstärkt. Sie folgte auf Éva Kósa, die ihre Tätigkeit Ende Dezember 2023 beendet hat.

Auch im akademischen Bereich gab es wichtige Neuzugänge sowie Ernennungen. Dr. András Hettyey wurde im Februar als Universitätsdozent am Lehrstuhl für Politische Theorie und Europäische Demokratieforschung eingestellt und am 15. Februar 2024 offiziell ernannt. Im Juni erfolgte die Ernennung von Dr. Henriett Kovács zur Leiterin des Studiengangs Internationale Beziehungen.

Leider müssen wir auch Abschiede verkünden. Dr. Heinrich Kreft, Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie II sowie Dr. Thomas Mayr-Harting, Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie I, verlassen beide zum 31. August 2024 die AUB.

Wir danken allen ausgeschiedenen KollegInnen für ihr Engagement und heißen die neuen Mitarbeitenden herzlich willkommen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit sowie die frischen Impulse, die sie an der AUB einbringen werden.

Natalija GRAČEVA

IM FOKUS

Nach dem Rechtsruck. Vor dem Kipppunkt?

Die Fraktionslandschaft des Europäischen Parlaments
nach den Europawahlen 2024

Die Prognosen sagten einen Rechtsruck voraus. Dazu kam es auch. Aber auch die europaskeptische Linke legte zu und die integrationsfreundliche Mitte behielt ihre Mehrheit. Die eigentliche Nachricht ist der erhöhte

Druck auf die Fraktionslandschaft. Langfristig könnte das Parlament als Garant der Integration zu einer pendelnden Waage zwischen integrationsfreundlichen und -kritischen Kräften werden.

Die Prognosen sprachen bereits zum Auftakt des Wahlkampfs von einem Rechtsruck. Eine Mehrheit aus der Europäischen Volkspartei (EVP) und rechten Integrations skeptikern schien denkbar oder zumindest rechnerisch möglich. Von der Leyen ging als Spitzenkandidatin zumindest auf die Fraktion der Konservativen und Reformer und deren starke Frau, die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, zu, sehr zum Missfallen der alten und neuen Verbündeten links von der EVP.

In der Tat gibt es nach der Wahl keine Mehrheit links von der EVP mehr. Die bis 2014 bestehende Mehrheitskoalition aus Sozial- und Christdemokraten bleibt auch dieses Mal wieder chancenlos. Die deutlich geschwächten Grünen reichen als Mehrheitsbeschaffer auch nicht aus. Die Stimmen für die noch deutlicher abgestraften Liberalen genügen aber, um die Rolle der Mehrheitsbeschaffer weiter spielen zu können. Die christdemokratisch-links-liberale Koalition verständigte sich schnell auf die Spitzenposten. Ist der Rechtsruck deswegen nur ein Sturm im Wasserglas? Interessant wird das Wahlergebnis durch den Druck auf die Fraktionslandschaft, der sich noch verstärken könnte.

Die alte Fraktionslandschaft: Weitere Konsolidierung oder neue Unübersichtlichkeit?

Die Prognosen vor der Wahl gingen alle von den gegenwärtigen Fraktionen aus. Spekulierte wurde lediglich, ob sich Neuzugänge einer bestehenden Fraktion anschließen oder zur ohnehin großen Zahl der Fraktionslosen dazustoßen. Die Fraktionsbildung im Europäischen Parlament prägt eine beachtliche Konsistenz und Kohäsion trotz notorischem Fraktionswechsel einzelner Parteien. Die Diskussion über den Rechtsruck übersah eine mögliche Entwicklung, die das bestehende siebenarmige Fraktionssystem des Europäischen Parlaments nach seiner Konsolidierung in der letzten Parlamentsperiode transformieren könnte. Ein erster Schritt dazu wurde getan. Es gibt jetzt drei integrationskritische Fraktionen rechts von der EVP. Ob sich dadurch ein achtarmiges Fraktionssystem etabliert oder dies nur ein erster Schritt für eine Neusortierung ist, muss sich zeigen. Der Druck hat sich deutlich erhöht. Dies könnte mittelfristig nicht nur die integrations skeptischen Parteien auf der linken und der rechten Seite des politischen Spektrums betreffen, sondern auch die Parteien der integrationsfreundlichen Mitte. Vor der Wahl hatte sich eine siebenarmige Strömungslandschaft von links nach rechts etabliert: Linksgrün (europaskeptisch), Mittellinks (europafreundlich), Grün/Regenbogen (europafreundlich), Liberal (europafreundlich), Mittlerechts (europafreundlich), Mittlerechts (europaskeptisch), Rechts (europaskeptisch). Im vorangegangenen Parlament wurde diese Strömungslandschaft durch jeweils eine Fraktion abgebildet: Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL; Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament; Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz; Renew Europe Group; Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten); Fraktion

der Europäischen Konservativen und Reformer; Fraktion Identität und Demokratie. Diese Deckungsgleichheit von Strömungslandschaft und Fraktionsbildung hatte es in den vormaligen Parlamentsperioden noch nicht gegeben. Sie war Ausdruck einer Konsolidierung der integrations skeptischen Kräfte links wie rechts, wobei die integrationskritische Linke geschrumpft und die integrationskritische Kräfte Mitte-Rechts und Rechts schon länger gewachsen waren. In länger zurückliegenden Parlamentsperioden waren die europaskeptische Linke oder die Europaskeptiker Mitte-Rechts auch mit zwei Fraktionen vertreten gewesen. Die integrations skeptische Rechte brachte aufgrund mangelnder Größe in manchen Perioden auch gar keine eigene Fraktion zustande und musste sich mit dem Arrangement einer Technischen Fraktion behelfen, in der sie sich aus pragmatischen Gründen mit radikalliberalen Kräften zusammenschloss.

Alle Prognosen sahen für die Europawahl 2024 einen Anstieg der integrationskritischen Kräfte links wie rechts und einen entsprechenden Verlust bei den integrationsfreundlichen Fraktionen voraus, den nur die EVP vermeiden könnte. Anders als bei der Wahl von 2019 sprach aber kaum jemand über eine gemeinsame Fraktion der Integrations skeptiker rechts von der EVP. Ganz im Gegenteil zeichneten sich rechts wie links gegenläufige Trends der Konsolidierung und der Spaltung ab. Es gab starke Anzeichen dafür, dass sich der Zuwachs der linken und rechten Europaskeptiker nicht innerhalb der alten Fraktionslandschaft auffangen lassen würden.

Daraus ließen sich drei Entwicklungsszenarien für die Fraktionsbildung rechts von der EVP im neuen Parlament ableiten. 1.) Es kommt doch noch zu einer unwahrscheinlichen großen Fraktion, die mehr Heterogenität aushält. 2.) Die gegenwärtige Konsolidierung mit zwei Fraktionen bleibt bestehen und die Europäischen Konservativen und Reformer behalten trotz ihres Wachstums das Potential einer Anschlussfähigkeit an die EVP-Fraktion. Zwischen 1999 und 2009 gab es sogar eine Fraktionsgemeinschaft aus der EVP und den Europäischen Demokraten, in der konservative Europaskeptiker zusammengeschlossen waren. 3.) Es kommt zu einer Aufspaltung in drei Fraktionen, was nicht unbedingt mit einer Schwächung der integrationskritischen Kräfte einhergehen muss. Denn daraus würde sich in zwei Szenarien auch eine neue Stärke ergeben können. Falls daraus zwei eher gemäßigte Fraktionen hervorgehen, die sich von einer Dritten radikaleren unterscheiden, könnte dadurch die Kooperationsmöglichkeit mit der EVP-Fraktion steigen. Auch die derzeitige Fraktion der EVP ist bei genauerem Hinsehen nicht ganz homogen. Hier könnte sich unter dem Druck verschobener Mehrheitsverhältnisse eine Bewegung ergeben, die sich durch das Anknüpfen an ältere Konstellationen legitimieren ließe. Der deutsche Christsoziale Manfred Weber könnte als EVP-Fraktionsvorsitzender nicht nur an die Fraktionsgemeinschaft mit den Europäischen Demokraten erinnern, sondern an die alte Unionstradition anknüpfen, die noch vor der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament 1979 gegen den Widerstand anderer Christdemokraten über die Gründung der Europäischen

Demokratischen Union weiter rechtsstehende Parteien einband. Eine andere Variante wäre das Herausbilden einer Fraktion, die sich nicht eindeutig rechts verorten lässt, wie das mit der Fraktion aus der britischen UKIP und der italienischen Cinque Stelle 2014 bereits der Fall war.

Bei der integrationsskeptischen Linken könnte die Spaltung in Deutschland und anderswo Effekte haben. Die verbliebene Linke möchte eine Fraktionsgemeinschaft mit dem neuen Bündnis Sahra Wagenknecht vermeiden. Gleichzeitig wäre es für Wagenknecht in der deutschen Arena, in der sie sich auch für rechte Wähler anbietet, ein Glaubwürdigkeitsproblem, wenn sie im Europaparlament in einer linken Fraktionsgemeinschaft bleiben würde. Ob die linken Integrationsskeptiker aber stark genug werden, um zwei Fraktionen bilden zu können, war fraglich. Für eine Fraktion bedarf es 23 Abgeordneter aus sieben Ländern.

Wenn sich das Bündnis Sahra Wagenknecht, Cinque Stelle und eher rechte Europaskeptiker auf eine Fraktionsgemeinschaft einlassen würden, wäre die klassische Konfliktlinie rechts gegen links überwunden und an ihre Stelle würde eine Dominanz der Konfliktlinie um die Integrationspolitik treten. Die slowakische SMER, die im Streit mit ihrer alten sozialdemokratischen Fraktion liegt, könnte sich anschließen. Aus der starken Riege der fraktionslosen Abgeordneten ließe sich ein Sammelsurium aus 23 Mitgliedern aus sieben Ländern vielleicht zusammenstellen lassen, das ausreichend politische Homogenität aufweist.

Die besonders integrationsfreundlichen liberalen und grünen Parteien erlebten bei der Wahl ein Debakel, die einen vor allem in Frankreich, die anderen nicht zuletzt in Deutschland. Die integrationsfreundliche Linke verlor leicht und die integrationsskeptische Linke gewann dazu. Gewonnen wurden die Wahlen von der EVP-Fraktion und rechts davon. Dieses Ergebnis übte einen starken Veränderungsdruck auf die Fraktionslandschaft aus. Doch die Beharrungskräfte blieben ebenfalls stark. Das Ringen setzte die üblichen Parlamentsfristen der Fraktionsbildung außer Kraft. Am Ende trat das oben skizzierte dritte Szenario ein und es entstand eine auf der rechten Seite modifizierte Fraktionslandschaft mit zwei neuen Fraktionen.

Die neue Fraktionslandschaft

Nach intensivem Bemühen scheiterten das Bündnis Sahra Wagenknecht und die italienische Fünf-Sterne-Bewegung mit ihrem Versuch, eine neue Fraktion zu schaffen. Die Zugewinne auf der europaskeptischen Linken waren nicht groß genug, um eine zweite Fraktion der europaskeptischen Linken zu schaffen. Eine breit aufgestellte Fraktion der Integrationskritik war von dieser Seite nicht zu initiieren. Cinque Stelle trat der bestehenden Fraktion der integrationsskeptischen Linken auf Probe bei.

Bei den integrationsfreundlichen Fraktionen der Grünen, Sozialdemokraten und Liberalen schlossen sich nach den zum Teil signifikanten Verlusten schnell die Reihen. Man musste unter sich bleiben.

Die EVP-Fraktion gewann nicht nur die Wahl, sie konnte auch neue und alte Kräfte aufnehmen, die sich ihr nahe

genug fühlten, auch wenn sie nicht direkt der Parteienfamilien angehören. Aus Ungarn kam überraschend schnell Péter Magyar's Tisza-Partei zu Manfred Webers EVP-Fraktion dazu. Sie macht einen Großteil des Zuwachses der EVP-Fraktion aus. Weber hatte sich mit Viktor Orbán in der letzten Wahlperiode so nachhaltig zerstritten, dass er jetzt zugunsten von Magyar und seinen Abgeordneten bereit war, auf den wiedergewählten ungarischen Christdemokraten György Hölvyi in der Fraktion zu verzichten, der nach dem Ausscheiden des FIDESZ aus der EVP dort verblieben war. Weitere Neuzugänge kamen vor allem aus den Niederlanden und glichen die Verluste der alten christdemokratischen Parteien aus. Überraschend schloss sich auch die Bauer-Bürger-Bewegung an, die in den Agrarprotesten gegen die Klimapolitik entstand und von manchen als rechtspopulistisch angesehen wurde.

Die gefühlte Wahlsiegerin Giorgia Meloni hatte tatsächlich nicht nur einen markanten Stimmenzuwachs erzielt, ihr gelang es auch eine größere Anzahl von kleineren Partnern in die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformern (EKR) zu integrieren. Die Vergrößerung der Fraktion hatte bereits im Vorfeld der Wahl durch die bisher fraktionslose französische Reconquête von Eric Zemmour begonnen. Nach deren internem Bruch kurz nach der erfolgreichen Europawahl schlossen sich die meisten ihrer Abgeordneten wieder der Fraktion an, die Partei allerdings nicht. Vor allem aber hielt Meloni die Polen von Recht und Gerechtigkeit (PiS) bei der Stange, die zusammen mit ihrer Partei der Fratelli d'Italia (FdI) die Fraktion als stärkste Kraft dominiert. Denn diese wäre beinahe zu Victor Orbán's Überraschungscoup zu einer neuen integrationsskeptischen Fraktion der Patrioten Europas übergelaufen. Vor der Wahl war der Beitritt des FIDESZ auf Widerstand bei Teilen der Konservativen und Reformer gestoßen. Nach der Wahl verzichtete Orbán auf eine Annäherung, nachdem rumänische Nationalisten in die Fraktion aufgenommen wurden. Stattdessen setzte der FIDESZ zusammen mit der österreichischen FPÖ, zuvor Mitglied der rechten Fraktion Identität und Demokratie, und der tschechischen ANO, die vordem der liberalen Fraktion angehört hatte, zu einer großen Sammlungsbewegung der Patrioten für Europa an, in der die Fraktion Identität und Demokratie schließlich aufging. Mit dem Beitritt von ANO stellten sich die Patrioten aber von Anfang an auch als eine Sammlungsfraktion der Integrationsskeptis vor, die nicht einfach nur rechts steht. Es bleibt interessant, ob die SMER aus der Slowakei, die vordem zu den Sozialdemokraten gehörte, noch beitreten wird.

In der Fraktion Demokratie und Identität hatte sich der Konsolidierungsprozess zu Beginn des Wahljahres in Spannungen zwischen dem französischen Rassemblement National (RN) von Marine Le Pen und der deutschen AfD entladen, die schließlich zum Ausschluss der AfD führten. Der große Erfolg des RN bei der Europawahl veranlasste den französischen Präsidenten dazu, die französische Nationalversammlung aufzulösen und unmittelbar Neuwahlen anzusetzen. Das beschäftigte Le Pen so sehr, dass sie die Fraktionsfrage im Europäischen Parlament zurück-



Foto: Pixabay

stellen musste. Nach der Wahl zur Nationalversammlung setzte sich der RN als stärkste Kraft an die Spitze der neu gegründeten Fraktion der Patrioten im Europäischen Parlament und stellte deren Fraktionsvorsitzenden. Alle alten Mitglieder der Fraktion Identität und Demokratie folgten. Mit der von außen initiierten Neugründung erhielt Orbán einen Beitritt erster Klasse des FIDESZ zur alten Rechtsfraktion. Die neue Fraktion ist so stark, dass sie Melonis Mitte-Rechts-Fraktion an Mitgliedern überflügelt und die neue dritte Kraft im Parlament stellt.

Die AfD verfolgte ihrerseits das Ziel, eine kleine Fraktion der ganz rechten Kräfte zustande zu bringen, da ihr der Beitritt zur neuen Fraktion der Patrioten verwehrt wurde. Anders als dem Bündnis von Sahra Wagenknecht ist der AfD diese Neugründung als Notlösung gelungen. Damit trat die Prognose einer zweiten integrationskritischen Fraktion der Rechten ein. Die neue Fraktion Europa der souveränen Nationen unter Führung der AfD markiert jetzt die äußerste Rechte. Ob sich dadurch die Fraktion der Patrioten, die als Identität und Demokratie ehemals den Platz ganz rechts einnahm, Richtung Mitte bewegen kann oder eher Meloni profitiert, und ihre jetzt enttäuschten Kooperationserwartungen mit der EVP sich später

punktuell doch noch realisieren lassen, bleibt abzuwarten. Die drei Fraktionen rechts von der EVP sind jedenfalls zusammengenommen stärker als die Sozialdemokraten und auf Augenhöhe mit der EVP-Fraktion, sodass sie das Parlament mit ihr gemeinsam dominieren könnten.

Kommt der Kipppunkt?

Manfred Weber hat sich mit seiner EVP-Fraktion für die klassische Lösung der integrationsfreundlichen linken Mitte entschieden, trotz der Annäherungstendenzen des Wahlkampfes in Richtung rechter Integrationsskepsis. Doch mit dem steigenden Druck auf der Fraktionslandschaft ist die integrationspolitisch entscheidende Frage weniger, ob es einen Rechts- oder einen Linksruck gibt. Interessanter ist die Frage, ob sich das Europäische Parlament weiter einem Kipppunkt nähert, an dem die integrationsfreundliche Mehrheit an eine neue gemeinsame integrationskritische Mehrheit der linken und rechten Europaskeptiker verloren geht. Es geht um eine klassische „critical juncture“ (Lipset und Rokkan), in der sich die dominanten Konfliktlinien, die das Parteienspektrum prägen, neu ausrichten.

Damit muss nicht angenommen werden, dass sich eine solche integrations-skeptische Mehrheit der linken und rechten Ränder in ein aktionsfähiges Bündnis transformieren lässt. Doch könnte daraus eine Situation erwachsen, in der die Handlungsfähigkeit des Parlaments erheblich eingeschränkt, wenn nicht paralytisch wäre. Zwar haben die Staaten in ihren Verträgen gegen eine integrations-skeptische Mehrheit im Parlament mit dem alleinigen Initiativrecht der Kommission vorgesorgt. Die Initiative für eine Rolle rückwärts ist dem Parlament nicht möglich. Auch wenn die organisierte Europaskepsis bisher im Europaparlament nicht reüssieren konnte, weil dort keine europapolitische Grundsatzentscheidungen über mehr oder weniger Europa getroffen werden, setzt doch die Funktionsfähigkeit des europäischen Institutionengefüges eine integrationsfreundliche Parlamentsmehrheit voraus. Eine Blockade des europäischen Institutionengefüges wäre durch eine Paralyse des Europäischen Parlaments gegeben. Zu groß ist der Einfluss des Parlaments bei der Besetzung der Kommission und der Gesetzgebung, als dass auf die Mitwirkung des Parlaments verzichtet werden könnte. Eine solche Paralyse könnte dann nur zum Preis eines Kompromisses mit Teilen der Integrations-skeptiker vermieden werden. Weber hat diesen Kompromiss dieses Mal noch vermieden.

Auch wenn bei diesen Wahlen trotz Rechtsrucks keine echte Machtverschiebung nach rechts stattfand und die Fraktionslandschaft auch unter erheblichem Druck weitgehend stabil blieb, nähert sich das Fraktionssystem doch der Möglichkeit einer „critical juncture“. In dieser Perspektive geht es nicht um einen Rechts- oder einen Linksruck, sondern um ein neues Austarieren von integrationsfreundlichen und integrations-skeptischen Kräften. Aus dem Garanten der Integration könnte sich das Parlament mittelfristig in eine pendelnde Waage zwischen Integrationisten und Souveränisten verwandeln. Die postfunktionalistische Phase einer harten und übergreifenden Konfliktlinie zwischen integrationsfreundlichen und integrations-skeptischen

Kräften müsste jedenfalls in Richtung einer neuen Kompromissphase überwunden werden, wenn die Paralyse vermieden werden sollte. Eine solche konstruktive Bearbeitung der sich andeutenden Verwerfungen ist schwierig. Gerade deswegen wäre es gut gewesen, sie frühzeitig zu beginnen. In diesem Sinne war der integrationsfreundliche Beginn der neuen Parlamentsperiode ein Fehlstart, der sich als Pyrrhussieg für die EVP, die integrationsfreundliche linke Mitte und die EU erweisen könnte. Das Ergebnis der Wahl zur französischen Nationalversammlung, das keine stabile Mehrheit brachte, könnte ein Blick in die Zukunft des Europäischen Parlaments und der EU sein.

Mariano BARBATO

QUELLEN:

Brack, Nathalie. 2018. *Opposing Europe in the European Parliament: Rebels and Radicals in the Chamber*. London: Palgrave MacMillan.

Bressanelli, Edoardo. 2012. National Parties and Group Membership in the European Parliament: Ideology or Pragmatism?, in: *Journal of European Public Policy*, 19(5): 737–754.

Carlotti, Benedetta. 2021. *Patterns of Opposition in the European Parliament: Opposing Europe from the Inside?* Cham: Palgrave Macmillan.

Costa, Olivier, ed. 2019. *The European Parliament in Times of EU Crisis: Dynamics and Transformations*. Cham: Palgrave Macmillan.

Cunningham, Kevin, Susi Dennison, Simon Hix und Imogen Learmonth (2024): A sharp right turn: A forecast for the 2024 European Parliament elections, in: *European Council on Foreign Relations*. 23 Januar 2024.

<https://ecfr.eu/publication/a-sharp-right-turn-a-forecast-for-the-2024-european-parliament-elections/>. Letzter Zugriff: 05.03.2024.

Cunningham, Kevin, Susi Dennison, Simon Hix und Michael Marsch (2019): *Kingmakers of the mainstream: predictions for the European Parliament election*, in: *European Council on Foreign Relations*. 23 April 2019.

https://ecfr.eu/publication/kingmakers_of_mainstream_predictions_for_european_parliament_election/. Letzter Zugriff: 05.03.2024.

Faas, Thorsten. 2003. 'To Defect or Not to Defect? National, Institutional and Party Group Pressures on MEPs and Their Consequences for Party Group Cohesion in the European Parliament', in: *European Journal of Political Research* 42(6): 841–866.

FitzGibbon, John, Benjamin Leruth, und Nicholas Startin, eds. 2018. *Euroscepticism as a Transnational and Pan-European Phenome-*

non: The Emergence of a New Sphere of Opposition. London New York: Routledge.

Hix, Simon, Abdul G. Noury, und Gérard Roland. 2007. *Democratic Politics in the European Parliament*. Cambridge: Cambridge University Press.

Hix, Simon, und Abdul Noury. 2018. 'Power versus Ideology: Political Group Switching in the European Parliament', in: *Legislative Studies Quarterly* 43(4): 551–594.

Hooghe, Liesbet, und Gary Marks (2009): A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining, in: *British Journal of Political Science*, 39(1): 1–23.

Hooghe, Liesbet, und Gary Marks (2018): Cleavage Theory meets Europe's Crisis: Lipset, Rokkan, and the Transnational Cleavage, in: *Journal of European Public Policy*, 25(1): 109–135.

Koop, Christel, Christine Reh, und Edoardo Bressanelli. 2018. When Politics Prevails: Parties, Elections and Loyalty in the European Parliament', in: *European Journal of Political Research* 57(3): 563–586.

Laczynski, Michael (2024): Schwarz-Blau auf europäischer Ebene? Rechte Mehrheit im EU-Parlament möglich, in: *Die Presse*, 24. Januar 2024.

<https://www.diepresse.com/18023439/schwarz-blau-auf-europaeischer-ebene-rechte-mehrheit-im-eu-parlament-moeglich?two-term-flow=true>. Letzter Zugriff: 05.03.2024.

Lipset, Seymour und Stein Rokkan (1967): *Party System and Voters Alignments: Cross-National Perspectives*. New York: Free Press.

Martin, Aaron R. 2021. 'Party Group Collapse and Strategic Switching in the European Parliament', in: *European Union Politics*, 22(3): 521–544.

Mau, Steffen, Thomas Lux und Linus Westheuser. 2023. *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.

Müller, Manuel (2024a): Wenn an diesem Sonntag Europawahl wäre (Februar 2024): EVP baut Vorsprung aus, Aufstieg der Rechten verlangsamt sich, in: *Der (europäische) Föderalist*, 29. Februar 2024.

<https://www.foederalist.eu/2024/02/europawahl-umfragen-februar-2024.html>. Letzter Zugriff: 05.03.2024.

Müller, Manuel (2024b): Eine Wagenknecht-Fraktion im Europäischen Parlament? Mit wem das BSW auf EU-Ebene zusammenarbeiten könnte, in: *Der (europäische) Föderalist*, 8. Januar 2024.

<https://www.foederalist.eu/2024/01/wagenknecht-fraktion-europaparlament.html>. Letzter Zugriff: 05.03.2024.

Whitaker, Richard, und Philip Lynch. 2014. Understanding the Formation and Actions of Eurosceptic Groups in the European Parliament: Pragmatism, Principles and Publicity, in: *Government and Opposition* 49(2): 232–263.

17. Interdisziplinäres Doktorandenkolloquium im Rahmen der Kooperation mit der Autonomen Region Trentino-Südtirol an der EURAC Research in Bozen

Am 17. und 18. Juni 2024 fand das 17. Interdisziplinäre Doktorandenkolloquium nach 2017 zum zweiten Mal an der EURAC Research in Bozen statt. Das Rahmenthema des Kolloquiums lautete aus aktuellem Anlass „Europa nach den Wahlen zum Europäischen Parlament“.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßten der Präsident von EURAC Research, Prof. Dr. Roland Psenner, und der Rektor der AUB, Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, sowie Dr. Norbert Parschalk von der Freien Universität Bozen und die Prorektorin für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs der AUB, Prof. Dr. Ellen Bos, die Teilnehmenden.

Zum Rahmenthema gab es zunächst eine Videobotschaft des Ersten Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments Othmar Karas. Dieser betonte, dass die demokratische Mitte aus den Europawahlen als stärkste Kraft hervorgegangen sei. Anschließend erläuterte Prof. Dr. habil. Oskar Peterlini detailliert die Resultate der Europawahlen vom 6. bis 9. Juni 2024. Als wichtigste Ergebnisse stellte er heraus, dass es deutliche Zugewinne für rechte Parteien unterschiedlichster Färbungen gegeben habe, wobei aber noch offen sei, wie diese sich im Parlament

formieren würden. Gleichzeitig habe die Europäische Volkspartei hinzugewonnen und Liberale, Grüne sowie Sozialdemokraten hätten deutlich verloren. Durch diese Ergebnisse werde die Mehrheitsbildung im Parlament in Zukunft schwieriger. Zentral sei, ob sich die rechten Parteien zu einer neuen Allianz zusammenschließen würden. Ellen Bos hob in ihrem Kommentar hervor, dass es zwar einen deutlichen Zugewinn rechter Parteien gegeben habe, dass sich die pessimistischen Prognosen eines Rechtsrutsches aber nicht bewahrheitet hätten. Für die weitere Entwicklung sei entscheidend, ob es die Koalition der Mitte Bestand haben werde, oder die EVP nach rechts rücken und eine Kooperation mit den gemäßigten rechten Parteien eingehen würde.

Es folgte ein Vortrag von Thomas Walli (Senior Scientist am Institut für Politikwissenschaften der Universität Innsbruck) über die Geschichte der Europäischen Einigung im Lichte der Integrationstheorien. Walli zeichnete die verschiedenen Phasen der Entwicklung der europäischen Integration und die sich parallel dazu entwickelnden Integrationstheorien nach.

Wie immer hatten die DoktorandInnen die Gelegenheit, im traditionellen Ph.D.-Workshop ihre Promotions-

Präsentation des Kooperationsvertrages
zwischen EURAC Research und AUB



projekte zur Diskussion zu stellen. Diesmal nahmen acht DoktorandInnen der AUB und eine Doktorandin der EURAC Research diese Gelegenheit wahr. Der Workshop wurde von Prof. Dr. Ellen Bos geleitet. Es wurden so unterschiedliche Themen behandelt wie „Nukleare Abrüstungsbildung in deutschen Schulen“, „Kirchenbau und Nation in Siebenbürgen nach 1989“, „Die EU als effektiver Akteur der Dekarbonisierung von Mobilität in der EU“, „Das Potenzial grenzüberschreitender Netzwerke für den Tourismus in am wenigsten entwickelten Post-Konflikt-Ländern“, „Die rechtsvergleichende Betrachtung des Tatbestandes Majestätsbeleidigung“, „Die Entwicklung der Interessensvertretung von Kleinstaaten in den Internationalen Organisationen“, „Die Ausgestaltung verantwortlichen Managements in faktischen Konzernen“, „Stadt-Land-Verflechtungen und der stadtreionale Planungsansatz in mittelgroßen europäischen Städten“ und „Die Bedeutung ungarischer Filmschaffender in Hollywood“.

Der dritte inhaltliche Schwerpunkt des IDK war ein Soft-Skill-Workshop zum Thema „Institutionelle Rahmenbedingungen ethischer Fragen in der Forschung“. Sophia Schöenthaler (Junior Researcher am EURAC Zentrum für Migration und Diversität) führte in die Thematik ein und präsentierte die Grundsätze der Ethik in der Forschung vor. Anschließend stellte Günther Rautz (Leiter des EURAC Instituts für Minderheitenrecht) die Arbeit

des Ethikkomitees des terra-x-cubes vor. Schließlich wurden in Gruppenarbeiten konkrete Beispiele für ethische Fragen in der Forschung diskutiert, u. a. die Frage, wann der Einsatz von KI in der Forschung unethisch ist.

Ein Höhepunkt des IDK war die Präsentation des Kooperationsvertrages zwischen EURAC Research und Andrássy Universität, der die neue Grundlage für die Fortsetzung der bewährten Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen bildet.

Am Ende des IDK gab es eine von Jakob Volgger (Mitarbeiter am EURAC Zentrum für Autonomy Ex-

perience) geführte Stadttour zum kulturellen Erbe einer Minderheitenregion, die im Palais Toggenburg endete, wo das IDK mit einem Aperitivo einen entspannten Abschluss fand.

Ellen BOS

ZITATE VON DOKTORANDEN ZUM IDK:

„Das interdisziplinäre Doktorandenkolloquium in Bozen war aus meiner Sicht ein voller Erfolg. Zum einen konnten wir mit dem Themenfokus auf ‚Europa nach den Wahlen‘ ein richtungsweisendes, aktuelles Ereignis diskutieren. Zum anderen hat insbesondere die historische Stadtführung durch Bozen die Geschichte Südtirols und damit die Themen Nationalitätenkonflikt und Minderheitenrechte spannend beleuchtet. Nicht zuletzt hat mir der Austausch zu meinem Forschungsprojekt viele fruchtbare Impulse für meine Dissertation gegeben.“

Sebastian Niemetz, Doktorand AUB

„Durchweg eine gute Stimmung und eine sehr gute Arbeitsatmosphäre; interessante Forschungsprojekte wurden vorgestellt und diskutiert; abendlicher Ausklang mit anregenden Gesprächen in der Gartenbar eines bekannten Bozener Hotels; erfreulich, dass die Kooperation verlängert und die Finanzierung gesichert werden konnte; beeindruckende Stadtführung durch Neubolzano auf den Spuren des Faschismus in Südtirol; Ausklang im Palais Toggenburg rundete den Streifzug durch die Geschichte Bozens atmosphärisch ab; es waren allesamt herzliche und aufmerksame Gastgeber, wir freuen uns auf den Gegenbesuch der EURAC im Herbst in Budapest.“

Thies Lesch, Doktorand AUB

**eurac
research**

unibz Freie Universität Bozen
Libera Università di Bolzano
Università Lieldia de Bulsan

25 Jahre NATO-Osterweiterung

Am 12. März 1999, also vor 25 Jahren, wurden Polen, Tschechien und Ungarn Mitglied der NATO. Dr. András Hettyey zieht in diesem Beitrag Bilanz.

Als es endlich geschafft war, hätte die Erleichterung nicht größer sein können. Am 12. März 1999, also vor 25 Jahren, wurden Polen, Tschechien und Ungarn Mitglied der NATO. Wie jedes Jubiläum bietet auch diese nun die Gelegenheit, neben der Wiedererzählung der damaligen Ereignisse auch ganz konkret zwei wichtige Schlüsse aus der NATO-Osterweiterung zu ziehen. Dieser kurze Beitrag hat das Ziel, diese beiden Erkennt-

nisse hervorzuheben und auf ihre bleibende Aktualität hinzuweisen. Eine davon dürfte eher für die Leser aus den „alten“ NATO-Mitgliedsstaaten neu sein, die andere für Ungarische, aber hoffentlich unterstreichen beide die Relevanz der NATO-Osterweiterung, denn sie war (und bleibt) historisch.

Der Außenminister der ersten von der Fidesz geführten Orbán-Regierung (1998–2002), János Martonyi, fasste eine Erkenntnis treffend zusammen. Um seinen deutschen Gesprächspartnern die Bedeutung der NATO-Osterweiterung zu erläutern, betonte Martonyi bei einem Besuch in Bonn im Dezember 1998, dass Ungarn das erste Mal über-

haupt in seiner Geschichte die Möglichkeit hat, seine Verbündete selbst auszuwählen (Hettyey 2019: 217). In der Tat: Was für die meisten geographisch glücklicher gelegenen westeuropäischen Länder selbstverständlich war, nämlich Selbstbestimmung, war den Völkern Mitteleuropas (MOE) im 19. und 20. Jahrhundert über weite Strecken nicht vergönnt. Auch und gerade zwischen 1945 und 1990 nicht: „Wer schützt uns vor unseren Beschützern?“ fragten mit dem römischen Dichter Juvenalis auch viele Politiker der Region. Die Antwort lautete: niemand. Weder vor Nazi-Deutschland noch vor der Sowjetunion. Nicht von ungefähr fasste einer der weitsichtigsten Beobachter die ungarische Geschichte nach 1920 in einem seiner Essaytitel 2017 so zusammen: „Hundert Jahre Angst.“ Ungarn hatte nach 1920 wahlweise Angst vor dem Bolschewismus, seinen Nachbarn (wobei die Nachbarn auch Angst vor Ungarn hatten), dann ab 1939 vor Deutschland (obwohl es verbündet war), nach 1945 vor der Sowjetunion (obwohl diese als Supermacht *nolens volens* Ungarns Beschützer war), schließlich wieder vor den Nachbarn (obwohl diese als gleichgesinnte sozialistische Staaten diesmal Verbündete waren). Besonders die Erinnerungen an die sowjetische Dominanz und Fremdbestimmung, zumal in sicherheitspolitischen Fragen, waren in den 1990-er Jahren noch allgegenwärtig. Diese hundert Jahre Angst galt es nun 1999 zu durchbrechen, auch für Prag und Warschau. Dass es letztlich gelungen ist, war für die drei Staaten ein historischer Erfolg, genauso wie für die restlichen MOE-Staaten, die 2004 (oder später) in die NATO aufgenommen worden sind. Für all diese Länder ist eine NATO-Mitgliedschaft nicht nur eine nüchtern betrachtete sicherheitspolitische Absicherung in der Gegenwart, sondern auch eine Bewältigung der bösen Geister ihrer jüngeren Geschichte.

Die zweite Erkenntnis geht in der triumphalen Nachbetrachtung der Ereignisse immer wieder unter. Wie auch bei der Schilderung der EU-Osterweiterung 2004 wird bei der NATO-Osterweiterung im Nachhinein ausgeklammert, dass es mannigfaltige

Gegeninteressen oder zumindest eine Reihe von Skeptikern während des Prozesses gab. Wenn man nun *ex post* die Erweiterungen als einzige alternative Möglichkeit, als etwas Unvermeidliches präsentiert, dann geht dabei unter, dass eine Reihe von Politikern ordentlich politisches Kapital, Zeit und Geld in die NATO-Osterweiterung investierten, oft im innenpolitischen und internationalen Gegenwind. Gerade in Ungarn, Tschechien und Polen sollte man wissen, dass sich Persönlichkeiten wie NATO-Generalsekretär Manfred Wörner (1988–2004) oder Präsident Bill Clinton (1992–2000) mächtig aus dem Fenster lehnten, als sie die anfänglich durchaus wilde Idee der NATO-Osterweiterung lediglich drei Jahre nach der Wende 1990 lancierten. Die Idee blieb lange Zeit umkämpft. Russland unter Jelzin gehörte zum Beispiel konstant zu den Gegnern. Moskau hoffte weiterhin ein Vetorecht über die Entscheidungen seiner ehemaligen Verbündeten zu haben. Nicht wenige in Washington sprangen den Russen zur Hilfe: das Pentagon, die mit Russland befassten Diplomaten im State Department, aber auch Realisten wie John Mearsheimer gaben zu bedenken, dass für die USA der wichtigste Partner in der Region Russland sei und dass die MOE-Staaten nur an zweiter Stelle kommen (Asmus 2002). Wann immer die Interessen Russlands und etwa Polens aufeinanderprallten, wie in der Frage der NATO-Osterweiterung, musste Washington Moskau bevorzugen. „Der Westen sollte der MOE-Region nicht gegen die Wünsche Russlands helfen“, betonte ein hochrangiger deutscher Diplomat noch 1993 (Hettyey 2019: 89). Was aus der gemüthlichen Perspektive Bonns oder Washingtons, weit weg von der Atommacht Russland einleuchtend erschien, hätte für die neuen demokratischen MOE-Staaten bedeutet, dass sich in strategischen Fragen nichts geändert hat: Die Großmächte disponieren über die Geschicke der kleinen Staaten und ihrer etwa 100 Millionen Einwohner, deren Zukunft in fremden Hauptstädten hinter verschlossenen Türen entschieden wird. Ein zweites Jalta drohte.

Zum Glück entschieden sich die damaligen NATO-Mitgliedstaaten, den demokratisch artikulierten

Wünschen der MOE-Gesellschaften nachzukommen und die Osterweiterung voranzutreiben. Dass auch die NATO davon profitierte, war nach 1999 lange Zeit nicht unbedingt eindeutig erkennbar. Die MOE-Staaten brachten zunächst bescheidene militärische Kapazitäten mit. Einzig die geographisch wichtige Lage der Region (vor allem Ungarns) im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt 1999 war ein uneingeschränkter Vorteil für das Bündnis. Aber schon in den 2000-er Jahren wendete sich das Blatt: Polen, Tschechien und Ungarn leisteten wichtige Beiträge in NATO-Auslandseinsätzen in Afghanistan und dem Kosovo. In den letzten Jahren, vor allem seit 2022, ist die Region Vorreiter, was die Höhe der Verteidigungsausgaben betrifft. Vor allem Polen entwickelt sich von einem Sicherheitskonsumenten zu einem bedeutenden Spieler mit modernen militärischen Kapazitäten. Auch Ungarn, trotz der Odyssee um den schwedischen NATO-Beitritt, modernisiert seine Armee kräftig, nach Jahrzehnten der Vernachlässigung. Tschechien seinerseits ist aktuell federführend in der Beschaffung von Artilleriemunition für die Ukraine (Neue Zürcher Zeitung 2024). Sicherheitspolitisch abgesichert werden diese drei Staaten dabei von der Sicherheitsgarantie der NATO. Gerade in Zeiten eindeutiger Bedrohungen zeigt sich, dass die Entscheidung von 1999 die Richtige war. Und zwar für beide Seiten.

András HETTYEY

QUELLEN:

Asmus, Ronald L. (2002). *Opening NATO's Door*. Columbia University Press.

Hettyey, András. (2019). *Hegemonia helyett: Magyarország kapcsolatok 1990–2002*. L'Harmattan.

Neue Zürcher Zeitung. (2024). Tschechiens Präsident hält Wort: Die Ukraine erhält im Juni Hunderttausende von Artilleriegranaten. 15. März 2024. <https://www.nzz.ch/international/ukraine-krieg-wie-tschechien-800000-schussmunition-liefern-will-id.1817303>

Orbán, Krisztián (2017). *Száz év szorongás*. index.hu. 27. März 2017. <https://index.hu/velemeny/2017/03/27/szaz-ev-szorongas-magyar-rezsimek-felzarkozas-orban-krisztian/>

20 Jahre EU-Osterweiterung

Erfüllte Wünsche und neue Herausforderungen

Am 1. Mai 2004 konnte die EU zehn neue Mitglieder in ihren Reihen willkommen heißen: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Zypern und Malta. Welche Sichtweisen nahmen damals die alten und neuen Mitglieder bezüglich der großen Erweiterung ein? Und kann die Expansion heute im Rückblick als Erfolg bezeichnet werden?

Am 29. April veranstaltete Dr. Heinrich Kreft, Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie II, in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, eine Konferenz zum Thema „20 Jahre EU-Osterweiterung“. Hierbei sollte nicht nur der Rückblick auf die erfolgreiche Integration von zehn östlichen und südlichen europäischen Ländern erfolgen, sondern auch ein Schlaglicht auf die zukünftigen Perspektiven der EU-Erweiterungspolitik geworfen werden. Zu diesem Anlass konnten zahlreiche Sprecher aus diversen osteuropäischen Staaten, die 2004 der Union beitraten, begrüßt werden.

Der Rektor der Universität, Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, eröffnete

die Konferenz und verwies auf das historische Momentum für Europa im Jahre 2004. Innerhalb von 14 Jahren war es etlichen ehemals sozialistischen Staaten gelungen, ihr politisches und wirtschaftliches System gemäß den Kopenhagener Kriterien zu reformieren. Der proeuropäische Wille in den Zivilgesellschaften nach 1990 wurde gewürdigt und das europäische Projekt erheblich erweitert. Es gab jedoch skeptische Stimmen, die sich gegenüber einer so großen Expansion der Union äußerten. Heute kann jedoch festgestellt werden, dass es den EU-Institutionen gelungen ist, die neuen Mitglieder überaus erfolgreich in die EU zu integrieren und zugleich wertvolle

neue Perspektiven aus Osteuropa zu gewinnen. Pállinger hob in diesem Kontext auch die Bedeutung des Austragungsortes hervor. So identifiziert sich die Andrássy Universität bewusst als europäische Einrichtung in Mitteleuropa, an der Lehre und Forschung stets den Gedanken der europäischen Integration fördern. Sie ist daher ein herausragend geeigneter Ort, um sowohl Rückblick als auch Vorausschau auf die Entwicklung Osteuropas in der EU zu liefern.

Béatrice Gorawantschy, die in diesem Jahr die Leitung des Europabüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Brüssel übernommen hat, begrüßte die SprecherInnen und Teilnehmenden. Sie ging vor allem auf die Vorteile ein, die die Union durch die Erweiterung erlangen konnte. So wurde der Binnenmarkt der EU massiv ausgebaut und auch die Eurozone konnte sich in der Folgezeit ausdehnen. Sehr entscheidend, so Gorawantschy, ist



Doris Pack



Dr. Heinrich Kreft
und Dr. Tibor Navracsics

aber auch die trennscharfe Unterscheidung zwischen der EU im Speziellen und der europäischen Familie im Besonderen. Die Ukraine – ein Staat, mit dem die EU mittlerweile Beitrittsverhandlungen aufgenommen hat – gehört unumstößlich zu Europa und verdient die zukünftige engere Anbindung. Wann dies geschieht und welche Herausforderungen sich durch den Beitritt eines so großen Landes ergeben, ist aber auf EU-Ebene zu besprechen.

An diese Ausführungen knüpfte Dr. Heinrich Kreft, der in seinem Vortrag den Fokus auf die Vorstellung der Region Mittel- und Osteuropa legte. Dabei hob er die Entwicklungen hervor, die dieser Raum in den letzten 20 Jahren durchlaufen hat. So hatte die EU 2004 auf einen Schlag 75 Millionen neue Unionsbürger, doch damals machte die Wirtschaftsleistung der Region nur etwa 5% des gesamten EU-BIPs aus. Eine Sorge bei den westlichen Mitgliedern war, so Kreft, eine zu starke Binnenmigration von Ost nach West. Dies erwies sich jedoch in dem Ausmaß als unbegründet. In der Region ist Polen heute die stärkste Volkswirtschaft, die unter

anderem auch eng mit der deutschen verflochten ist. Doch auch die bestehenden Herausforderungen kamen zur Sprache, so etwa das demographische Problem in der Region, das sich durch Abwanderung und geringe Geburtenraten weiter verschärft. Auch ist heute das EU-Bild in der Region nach einer lang anhaltenden Europa-Euphorie durchwachsen. So stehen mehrere Mitglieder in Ostmitteleuropa dem Eurobeitritt weiterhin kritisch gegenüber. Auch die Zusammenarbeit bei Themen wie Migration oder in Bezug zur Russlandpolitik hat neue Konfliktlinien offenbart, die sich nur durch Kooperation lösen lassen.

Besonders aufschlussreich war im Folgenden der Vortrag von Klaus Welle, der als Generalsekretär des Europäischen Parlaments tätig war. Welle hob zunächst die politisch-administrativen Herausforderungen der EU hervor, die schließlich nicht als Zentralstaat funktioniert. Aufgrund von Wahlen in den Mitgliedsländern und zum EP können sich Mehrheiten laufend ändern und nach besonderer Konsens- bzw. Koalitionsbildung verlangen. So ist gerade bei kleineren nationalen Parteien,

die in das EU-Parlament gelangen, im Vorfeld oft nicht klar, welchen Fraktionen sie sich anschließen werden. Auch verteidigte Welle das Spitzenkandidatenprinzip, das insbesondere nach der Wahl 2019 infrage gestellt wurde. Dieses Prinzip ist relevant, weil sowohl der Rat als auch das Parlament von Kandidaten überzeugt werden müssen. Er äußerte bereits die Sorge, dass bei der kommenden EU-Wahl Grüne und Liberale massiv verlieren, dafür rechte Parteien gewinnen könnten. Konsensbildung würde anschließend noch schwerer fallen. Zuletzt äußerte sich Welle gegenüber der Osterweiterung ebenfalls positiv gestimmt, die alles in allem ein großer Erfolg gewesen ist. Darüber hinaus hält er es für notwendig, auch eine tiefergehende Union, etwa in Bezug auf eine Kapitalmarktunion, zu debattieren.

Dr. Tibor Navracsics, ungarischer Minister für öffentliche Verwaltung und regionale Entwicklung, setzte mit der spezifisch ungarischen Sichtweise auf die Erweiterung fort. Nach Navracsics ist die Erweiterung für Ungarn ein lang gehegter Wunsch gewesen, nach einer langen Zeit der Fremd-



Dr. Tibor Navracsics am Podium

herrschaft. Doch auch der Minister erkennt im Jahre 2024 vermehrt Uneinigkeit in der EU, etwa im Kontext des russisch-ukrainischen Krieges. Ein Schlüsselement für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit sieht er in der Kohäsionspolitik, um im Wettstreit zwischen China und den USA bestehen zu können. Abschließend bezog er sich auf die anstehende Ratspräsidentschaft Ungarns, bei der er die Hoffnung zum Ausdruck brachte, dass Ungarn einen Prozess der Erneuerung und stärkeren Einigkeit in der EU anstoßen kann.

Die polnische Perspektive wurde von Sebastian Kęciek, dem polnischen Botschafter in Ungarn, präsentiert. Die Erweiterung 2004 beschrieb er für Polen als Katalysator des Wohlstandes, so hat gerade Polen massiv von Strukturfonds der EU profitiert. Angesichts neuer Konflikte sieht er die Notwendigkeit für mehr Solidarität innerhalb der EU und eine Stärkung der Resilienz der europäischen Industrie. Zudem unterstrich er den Stellenwert des polnischen Beitrags für die europäische Sicherheit. So ist

Polen das Land in der Region, das am stärksten in seine militärischen Kapazitäten investiert, um insbesondere gegenüber Russland das Abschreckungspotential zu erhöhen.

Mit Ondřej Kolář, Abgeordneter im tschechischen Parlament, konnte eine weitere wertvolle Perspektive eingebracht werden. Er erinnerte sich daran, dass zunächst manche EU-Länder wie Irland gegen die Osterweiterung waren und sich erst nach Verhandlungen umstimmen ließen. Auch Tschechien konnte sich im Anschluss sehr rasch entwickeln, dank umfangreicher EU-Gelder aus Brüssel. Jedoch hat das Land einen anderen Weg als Polen gewählt und stärker in den Bildungssektor statt der Infrastruktur investiert. Sorge bereitet ihm vor allem der wachsende Populismus in Europa, der die Kooperation ablehnt.

Das Nachbarland Tschechiens, die Slowakei, bildete den nächsten Teil der Konferenz. Ján Figel, ein ehemaliger EU-Kommissar und Minister, zeichnete sein Land als in der Mitte Europas liegend. Gerade die Slowa-

kei war aber in den letzten Jahren von mehreren Regierungswechseln betroffen, die auch die Koordination mit der EU beeinflussten. Trotz politischer Herausforderungen zeigte sich Figel aber zuversichtlich, dass die Slowakei weiterhin ein zuverlässiger Partner in der EU bleiben wird, da die elementaren Vorteile – etwa auch als Mitglied der Eurozone – die nationale Kritik überlagern.

Den vorletzten Beitrag lieferte Janez Ziegler-Kralj, ehemaliger Arbeitsminister Sloweniens und aktuell Mitglied des Parlaments. Slowenien war 2004 ein ländlich geprägter Staat, dem die geografische Lage half. Auch die Einführung des Euros 2006 hat die heimische Wirtschaft sehr gestärkt. Ein Fokus liegt momentan beim flächendeckenden Internetausbau zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit. Gerade dazu trägt die EU finanziell erheblich bei. Allgemein sind Politik und Zivilgesellschaft Sloweniens überaus proeuropäisch eingestellt.

Den prägendsten Teil der Konferenz bildete zum Abschluss eine Panneldiskussion mit Wolfgang Schüssel, ehemaligem Bundeskanzler Österreichs, Péter Balázs, ehemaligem Außenminister Ungarns und EU-Kommissar sowie Doris Pack, Präsidentin des Robert Schuman Instituts und ehemalige Abgeordnete im Deutschen Bundestag und im EU-Parlament. Schüssel erinnerte sich gut an die Verhandlungen mit den neuen Mitgliedern und die grundlegend positive Wahrnehmung gegenüber der Vergrößerung der Union. Als direktes Nachbarland mehrerer neuer Mitgliedstaaten wie Ungarn oder Slowenien hatte Österreich ein starkes Interesse an Stabilität und Sicherheit in der Region. Die Osterweiterung wurde als Beitrag zur Stabilität in Mittel- und Osteuropa und zur Festigung der Demokratie und der Marktwirtschaft in diesen Ländern gesehen, auch im Nachhinein mit Erfolg. Balázs sprach die Bemühungen Ungarns an, bis 2004 der Union beitreten zu wollen und viele Reformanstrengungen unternommen zu haben. Der EU-Beitritt wurde in Ungarn als ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Konsolidierung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ge-

Péter Balázs, Wolfgang Schüssel, Doris Pack und Heinrich Kreft im Rahmen der Paneldiskussion



sehen. Auch erwartete Ungarn erhebliche wirtschaftliche Vorteile. Dies beinhaltete den Zugang zu Struktur- und Kohäsionsfonds, die Förderung ausländischer Direktinvestitionen und die Öffnung neuer Märkte für ungarische Produkte, was sich überwiegend bewährt hat. Doris Pack betonte darüber hinaus den Wert des erweiterten Europas gerade für den Bildungsbereich. So sind erfreulicherweise immer mehr jüngere Menschen in Ost und West in der Lage, etwa durch Erasmus-Programme alle Vorzüge der

EU selbst zu erleben. Zugleich äußerte sie ihre Hoffnung, auch den Westbalkan mittelfristig in der EU willkommen heißen zu können.

Jannik RICKERT



Abendvortrag an der AUB zum Thema: Erfüllte Erwartungen, unerfüllte Hoffnungen

20 Jahre EU-Erweiterung 2004 und Europas
Demokratie mit der ehemaligen Europa-Abgeordneten
und EP-Vizepräsidentin Ulrike Lunacek

Am 20. März 2024 war Ulrike Lunacek, die ehemalige Abgeordnete für die Grünen im österreichischen Nationalrat sowie im Europaparlament zu einem Abendvortrag an der AUB geladen. In ihrem Vortrag und der anschließenden Diskussion thematisierte sie die Fortschritte, die ihrer Meinung nach in der Region seit der EU-Erweiterung vor 20 Jahren zu verzeichnen sind. Trotz positiver Entwicklungen zeigt sich, dass die EU von der 2004-Erweiterung lernen muss, immerhin steigt der EU-Skeptizismus in der Bevölkerung.

In Österreich ist Ulrike Lunacek durchaus einer breiten Öffentlichkeit bekannt, immerhin war sie langjährige Abgeordnete für die Grünen im österreichischen Nationalrat (1999–2009) und im Europaparlament (2009–2017). Während ihrer

Zeit im Europaparlament hatte sie die Funktion der Berichterstatte für die Republik Kosovo inne und war von 2014 bis 2017 Vizepräsidentin des Europaparlaments. 2020 bekleidete sie in der ÖVP-Grünen-Regierung das Amt der Staatssekretärin für Kunst und Kultur. Heute lebt sie als Autorin, Moderatorin und Referentin in Wien. Bevor sie 1995 in die österreichische Partei- und Parlamentspolitik eintrat, war die gelernte Dolmetscherin (EN/SP/DE) – und ist es auch heute noch – als Aktivistin und Mitarbeiterin feministischer, entwicklungspolitischer und LGBTI-NGOs tätig.

Reflexion über die EU-Erweiterung

Im Eingangsvortrag gab Lunacek einen persönlichen Rückblick auf ihre Erfahrungen im europäischen Parlament und erklärte, warum die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene Sinn macht und welche Probleme diese auch mit sich bringt. Im Rahmen des Vortrags versuchte sie, die Fortschritte und Herausforderungen, die sich in den letzten 20 Jahren in der EU gezeigt haben, zu thematisieren. Die Zielvorstellungen der MoE-Länder an die EU-Erweiterung waren zu Beginn hoch und da sich nicht alle Erwartungen erfüllten, hat sich die anfängliche EU-Euphorie nach 20 Jahren zu einer EU-Skepsis entwickelt. Die Vortragende hält auch klar fest, dass die damaligen Regierungen alle den europäischen Werten und dem Grundpfeiler der Demokratie zugestimmt hatten, somit gaben diese Regierungen ein Bekenntnis zur Einhaltung dieser Werte ab.

Der Grundgedanke der 2004-Erweiterung war die Überwindung der wirtschaftlichen und politischen Spaltungen in Europa. Europa sollte sich zusammenfinden. In diesem Punkt wurden Erfolge erzielt, stellt Lunacek fest. Sie hob vor allem die graduell verbesserten Grundfreiheiten (Dienstleistung, Kapital, Personen und Warenverkehr) hervor, die den damals neuen EU-Mitgliedstaaten wirtschaftliche und politische Verbesserungen in Aussicht stellten

und peu á peu zu einem stärkeren Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den „alten“ westlichen und den „neuen“ östlichen Mitgliedstaaten führen sollte. Die Reisefreiheit konnte durch die Erweiterung der Schengen-Zone erreicht werden, obwohl diese ab 2015 sogleich eingeschränkt wurde. Das ERASMUS-Programm, eines der wichtigsten und erfolgreichsten EU-Programme, hat einen wesentlichen Beitrag geleistet, um die einst durch den Eisernen Vorhang getrennten Länder näherzubringen.

Verbesserungspotenzial sah Lunacek vor allem in der Konsensfindung und Implementierung einer EU-weiten Umwelt-, Klima- und Sozialpolitik, bei der Kritikfähigkeit von politischen Entscheidungsträgern und bei den EU-Mitgliedstaaten, im Bereich der Antidiskriminierungsgesetzgebung sowie in der Förderung alternativer Medien. Den Minderheitenschutz bezeichnet Lunacek als eine europäische Angelegenheit. Gerade in Punkto Klimaschutz ist die EU ihrer Vorreiterrolle nicht vollumfänglich gerecht geworden, so die ehemalige Europa-Abgeordnete und EP-Vizepräsidentin. Die Union habe zwar in Bereichen wie der Umsetzung von Renaturierungsgesetzen Fortschritte erzielt, es aber verpasst substanzielle Veränderungen bspw. in Bezug auf die Verringerung des Einsatzes von Pestiziden herbeizuführen.

Die Perspektiven der EU: Stärken und Schwächen

Probleme ergeben sich derzeit im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, weshalb Zahlungen an die EU-Mitgliedstaaten zurückgehalten werden, um diese an die Einhaltung der europäischen Grundprinzipien zu erinnern. Kritisch zu betrachten ist, wenn bestimmte Geldzuweisungen trotzdem erfolgen, um Zustimmung bei anderen Themen zu erhalten. Das Beispiel Ungarns zeigt, dass Neigungen zur Autokratisierung dazu führen, dass die Demokratie substanziell unterwandert und bewusst eine Polarisierung der Gesellschaft gefördert wird. Erweiterte Sanktionsmechanismen in Bezug auf Vertragsverletzungs-

verfahren hob Frau Lunacek als Eckpfeiler einer verbesserten Durchsetzungsfähigkeit europäischer Grundprinzipien gemäß den Acquis Communautaire hervor.

Der Vertrag von Lissabon (2009) brachte Reformen und Neuerungen wie die Schaffungen des Amtes des Präsidenten des Europäischen Rates, um die Kontinuität und Effizienz der Arbeit des Europäischen Rates zu verbessern sowie die Einrichtung des Auswärtigen Dienstes der EU und der EU-Delegationen im Ausland. Auch die Einführung des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, um die Kohärenz und Sichtbarkeit der EU-Außenpolitik zu stärken, wurde positiv bewertet. Die Erweiterung des Mitentscheidungsverfahrens des Europäischen Parlaments in verschiedenen Politikbereichen trug dazu bei, die demokratische Legitimität der EU zu erhöhen. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union als rechtsverbindliches Dokument hat die Grundlagen der EU erhöht.

Zu den Schwächen zählten die unklaren Austrittsmöglichkeiten und Verfahren für EU-Staaten, das Fehlen eines Ausschlussverfahrens sowie das Einstimmigkeitsprinzip im EU-Rat. Das Beibehalten des Einstimmigkeitsprinzips in einigen Bereichen des EU-Rates kann zu Blockaden und langsamen Entscheidungsprozessen führen, insbesondere in Zeiten, in denen Einigkeit erforderlich ist, so Ulrike Lunacek.

Die Schwächen und Nachteile des Vertrages von Lissabon sind Gegenstand aktueller Diskussionen und Debatten innerhalb der EU. Sie zeigen, dass trotz der Reformen weiterhin Herausforderungen bestehen, auf die zu Zeiten geopolitischer und innereuropäischer Spannungen adäquat reagiert werden muss.

Im Anschluss an den Vortrag stellte sich Frau Ulrike Lunacek den zahlreichen, mitunter sehr kritischen EU-Fragen zur Verfügung und diskutierte diese ausführlich mit den Teilnehmenden.

*Patrick René HAASLER
und Christina GRIESSLER*

Ein Jahrzehnt innovativer Online-Wahlorientierung in Ungarn: Vokskabin

Die ungarische Online-Wahlhilfe Vokskabin feiert ihr zehnjähriges Bestehen. Seit 2014 wurde die Anwendung rund 500.000 Mal genutzt. Bei den diesjährigen Wahlen zum Europäischen Parlament verzeichnete Vokskabin 22.000 Nutzerinnen und Nutzer. Am 17. Mai 2024 fand an der Andrássy Universität das „Demokratiefestival – Vokskabin 2024“ statt, eine Veranstaltung zur Diskussion der Auswirkungen von Wahlorientierungshilfen. Die Konferenz befasste sich mit der Nutzung von sozialen Medien und Wahlhilfen sowie der Rolle von Influencerinnen und Influencern in der politischen Bildung und bot eine Plattform für den Austausch über die Stärkung der politischen Partizipation junger Menschen.

Die Plattform Vokskabin, ein Projekt des netPOL-Netzwerks an der Andrássy Universität Budapest, feiert ihr zehnjähriges Bestehen. Die parteipolitisch neutrale und auf wissenschaftlichen Methoden basierende Anwendung bietet einen objektiven Überblick über die politischen Standpunkte verschiedener Parteien und spiegelt die Ansichten ihrer Anwenderinnen und Anwender zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen wider. Seit ihrem Start im Jahr 2014 wurde Vokskabin rund 500.000 Mal genutzt.

Bei den diesjährigen Wahlen zum Europäischen Parlament verzeichnete Vokskabin 22.000 Nutzerinnen und Nutzer aus dem In- und Ausland, was eine beachtliche Beteiligung darstellt. Dieses Jahr war für Vokskabin in vielerlei Hinsicht besonders. Im Rahmen des „Demokratiefestivals – Vokskabin 2024“ wurde die Plattform gestartet, einer Veranstaltung, bei der die Auswirkungen von Wahlorientierungshilfen und anderen Online-Tools diskutiert wurden. Die Beteiligung junger Menschen an den Wahlen in Ungarn und die Auswirkungen dieser Tools auf die politische Partizipation standen dabei im Mittelpunkt. Die Veranstaltung fand an der Andrássy Universität Budapest statt und wurde von Melani Barlai, Eszter Dobrás und Balázs Farkas organisiert.

Die Konferenz begann mit einer Eröffnungsrede von Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, dem Rektor der Andrássy Universität, der die Bedeutung von Vokskabin und anderen digitalen Werkzeugen in modernen Demokratien hervorhob. Er betonte, dass die Plattform eine zentrale Rol-

le bei der politischen Bildung junger Menschen spielt und ihre politische Partizipation fördert. Die durchschnittliche Nutzung von Vokskabin,

mit fast 150.000 ausgefüllten Fragebögen pro Jahr, zeigt den großen Bedarf und das Interesse an solchen Wahlorientierungshilfen. Besonders lobte er die neue EU-Flaggenfunktion, die es den Nutzerinnen und Nutzern ermöglicht, ihre politische Übereinstimmung in verschiedenen EU-Ländern zu überprüfen.

Eszter Dobrás, eine der HauptorganisatorInnen und Sprecherin des Vokskabin-Projekts, fügte hinzu, dass die Plattform eine parteiunabhängige Orientierung bietet und den Anwenderinnen und Anwendern hilft, sich

Diskussion unter VertreterInnen verschiedener Jugendorganisationen politischer Parteien



in der komplexen politischen Landschaft zurechtzufinden. Sie betonte die wissenschaftliche Grundlage und methodische Strenge, die bei der Entwicklung des Fragebogens angewendet wurden. Sie unterstrich auch die wichtige Rolle der jungen Botschafterinnen und Botschafter im Rahmen des von der EU geförderten Projekts „Youth Voice in Europe“.

Die Konferenz bot eine intensive Diskussion über die Nutzung digitaler Kommunikationsmittel und deren Einfluss auf die politische Partizipation der Jugend. Vertreter verschiedener Jugendorganisationen politischer Parteien diskutierten über die Herausforderungen und Chancen, die sich aus der Nutzung sozialer Medien und Wahlorientierungshilfen ergeben. Es wurde erörtert, wie diese Tools effektiv eingesetzt werden können, um junge Menschen zu erreichen und politisch zu aktivieren.

Ein weiteres Highlight war die Diskussion über den Einfluss von Meinungsführerinnen und Meinungsführern auf die junge Generation im digitalen Raum. Expertinnen und Experten wie Ádám Gyurcsik, Samu Seres, Lili Pankotai und Gergő Ulechla sprachen über die Verantwortung von Influencerinnen und Influencern in der politischen Bildung und der Förderung gesellschaftlicher Aktivität. Sie betonten die Notwendigkeit, bewusst Inhalte zu schaffen, die junge Menschen ansprechen und informieren. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz hatten auch die Gelegenheit, die [Vokskabin-Plattform](#) selbst auszuprobieren und Feedback zu geben, was zu einer lebendigen und interaktiven Erfahrung beitrug.

Insgesamt bot das Demokratiefestival 2024 eine wertvolle Plattform für den Austausch und die Diskussion über die Stärkung der politischen Partizipation junger Menschen durch digitale Tools. Es förderte das Verständnis für die Herausforderungen und Chancen, die mit der Nutzung dieser Instrumente verbunden sind, und trug zur Förderung einer informierten und aktiven Wählerschaft bei.

Melani BARLAI



PORTRÄT

Herausragende Beiträge zur Germanistik

Anerkennung und Forschung:
Ein Interview mit der Róbert-Gragger-Preisträgerin
Dr. habil. Orsolya Tamássy-Lénárt

Dr. habil. Orsolya Tamássy-Lénárt, eine engagierte Forscherin im Bereich der Germanistik, wurde kürzlich mit dem renommierten Róbert-Gragger-Preis ausgezeichnet. Im Interview spricht sie über ihre wissenschaftlichen Beiträge, die Bedeutung der Auszeichnung und ihre vielseitigen Tätigkeiten an der Andrássy-Universität.

Sie haben vor kurzem den Róbert-Gragger-Preis für Ihre herausragenden Beiträge zur germanistischen Forschung erhalten. Erzählen Sie bitte mehr über Ihre wissenschaftlichen Beiträge und den Róbert-Gragger-Preis!

Der Róbert-Gragger-Preis wurde 2006 von András Vizkelety, dem damaligen Vorsitzenden der Gesellschaft ungarischer Germanisten (GUG), ins Leben gerufen. Das Hauptziel des Preises ist es, NachwuchswissenschaftlerInnen bei ihrer Forschungsarbeit zu unterstützen sowie die Aufmerksamkeit der wissenschaftlichen Gemeinschaft auf die Bedeutung der germanistischen Forschung zu lenken. Er richtet sich an ForscherInnen unter 45 Jahren und wird alle zwei Jahre verliehen. Mit dieser Auszeichnung wird ein breites Spektrum an Disziplinen innerhalb der Germanistik gewürdigt, einschließlich Kultur-, Literatur- und Sprachwissenschaften sowie didaktischer Forschung. Meine wissenschaftlichen Beiträge, mit denen ich mich beworben habe, basieren hauptsächlich auf meiner Habilitationsarbeit und den daraus entstandenen Publikationen. Eine meiner Publikationen thematisiert die sogenannten „Deutschsprachigen Hungari“ – Autoren des Königreichs Ungarn, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihre Werke in deutscher Sprache verfassten. Die andere Publikation widmet sich einem spezifischen Autor, den ich in meinem

Habilitationsprojekt untersucht habe. Dieser wissenschaftliche Beitrag ist in dem Band, den ich heute mitgebracht habe, veröffentlicht worden.

Was bedeutet diese Auszeichnung für Sie persönlich?

Die Auszeichnung ist eine große Anerkennung für mich. Es freut mich sehr, dass meine Leistungen innerhalb der germanistischen Forschung von einem Gremium, einem Netzwerk bzw. einer Community anerkannt wurden. Diese Würdigung bestätigt, dass nicht zuletzt meine Forschungsarbeit im Bereich der Geisteswissenschaften wahrgenommen wird und eine gewisse Resonanz hat, was in diesem Feld oft schwer zu messen ist.

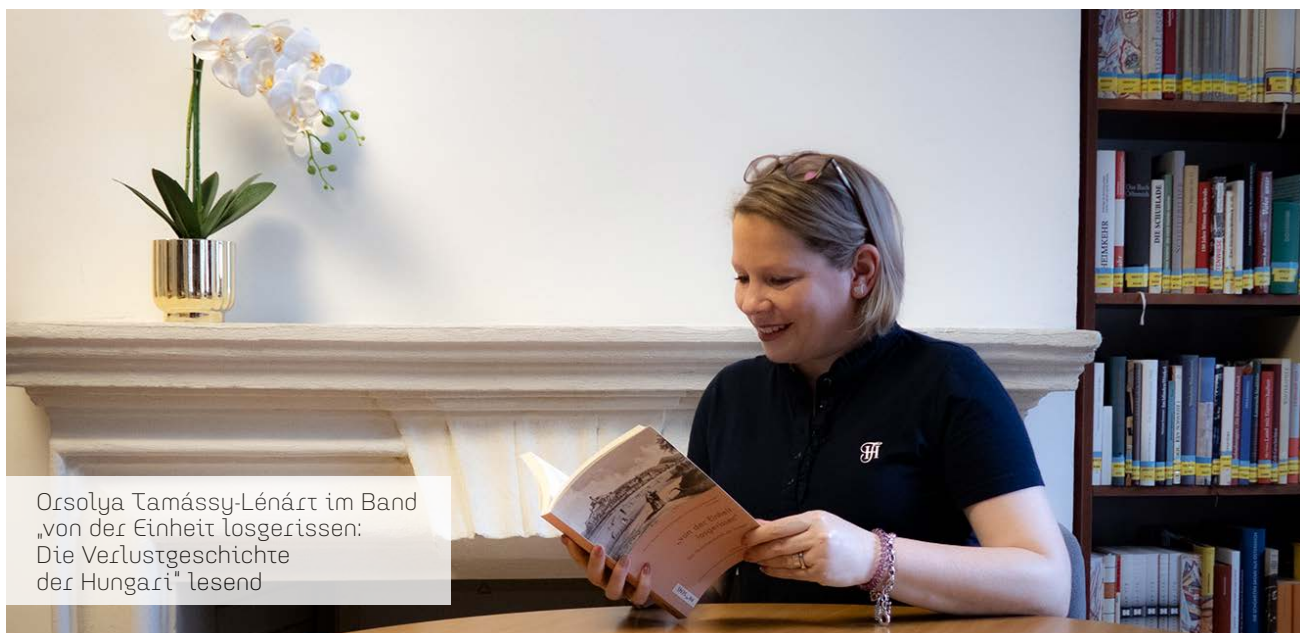
Erzählen Sie ein wenig über Ihr Forschungsgebiet und die Bedeutung Ihrer Forschungsergebnisse für die ungarische Germanistik.

Mein Forschungsgebiet umfasst grundsätzlich deutschsprachige Autoren des Königreichs Ungarn in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, mit einem besonderen Fokus auf den Grafen Johann Mailáth. Mailáth, geboren 1786 in Wien und gestorben 1855 in Bayern, hatte einen wechselhaften Lebensweg und trug mit seinem vielfältigen Oeuvre wesentlich dazu bei, dass das deutschsprachige Ausland einen Einblick in die Kulturentwicklung Ungarns erhielt. Er übersetzte und adaptierte Gedichte,

Märchen und vieles mehr. Außerdem war er als Historiker und Geschichtsschreiber tätig. Dank seiner Mehrsprachigkeit konnte er als Kulturvermittler zwischen Ungarn und dem deutschen Sprachraum agieren – ein Ziel, das er bis zu seinem Lebensende verfolgte. Durch die Erschließung seiner Werke möchte ich zur Verflechtungsgeschichte mehrsprachiger Räume beitragen, insbesondere zwischen dem Königreich Ungarn sowie dem Kaisertum Österreich, in denen er kulturell eingebunden war und wahrgenommen wurde.

Sie sind Mitglied in der GUG. Womit beschäftigt sich diese Organisation und welchen Beitrag leisten Sie dort?

Seit 2006 bin ich Mitglied der GUG, was schon eine beträchtliche Zeit ist. Damals begann ich meine Promotion am Institut für Germanistik an der Loránd-Eötvös-Universität, was nahezu automatisch zur Mitgliedschaft in der Gesellschaft führte. Besonders wichtig ist der GUG die frühzeitige Einbindung von DoktorandInnen, um ihnen Netzwerkmöglichkeiten zu bieten. Die 1994 gegründete GUG vertritt in allererster Linie die Interessen der GermanistInnen in Ungarn und unterstützt deren Forschungsanliegen, um diese auch international sichtbar zu machen. Als Dachorganisation zu verstehen, koordiniert die Gesellschaft verschiedene Forschungsprojekte und harmonisiert die germanistische Forschungstätigkeit in Ungarn. Besonders erwähnenswert ist das periodisch erscheinende Jahrbuch für ungarische Germanistik, das die GUG herausgibt. Es ist geplant, die Jahrbücher in naher Zukunft mit DOI-Adressen zu



Orsolya Tamássy-Lénárt im Band „von der Einheit losgerissen: Die Verlustgeschichte der Ungari“ lesend

Foto: © AUB

versehen, um die Anerkennung der wissenschaftlichen Beiträge zu steigern. Jedes Jahr können Beiträge für das Jahrbuch eingereicht oder Neuerscheinungen für die Jahresbibliographie bekannt gegeben werden. Die GUG bietet somit eine herausragende Plattform, um über aktuelle Entwicklungen in der ungarischen Germanistik-Forschung informiert zu bleiben.

Warum haben Sie sich für ein Germanistik-Studium entschieden? Welche Motivation steckte dahinter?

Mein ausgeprägtes Interesse an der deutschen Sprache zeichnete sich recht früh ab, schon in der Grundschule. Damals, kurz nach der Wende, bot sich mir zum ersten Mal die Gelegenheit, eine Fremdsprache zu erlernen. Die Wahl fiel auf die deutsche Sprache – eine Entscheidung, die mein weiteres Leben prägen sollte. Von Anfang an fasziniert von der Sprache, begann ich in der dritten Klasse mit Deutschstunden und wurde schnell enthusiastisch. Meine Begeisterung wurde von einer wunderbaren Lehrerin geweckt, die mich ermutigte, selbst Lehrerin bzw. Deutschlehrerin zu werden. Während meines Studiums an der ELTE wurde mir klar, dass mich nicht nur die Lehrtätigkeit an Schulen, sondern auch die Forschung interessierte. Ich bin dankbar für unterstützende DozentInnen an der ELTE, die mir zeigten, dass Forschung und Universitätsleben nicht nur

auf dem Campusgelände stattfinden, sondern auch tiefergehende Recherchen in Bibliotheken und Archiven sowie Konferenzteilnahmen umfassen, an denen die neusten Forschungsergebnisse präsentiert und diskutiert werden können. Diese Erfahrungen beeinflussten mich stark und führten letztlich zu meiner Entscheidung, ein PhD-Studium anzustreben. Seitdem bin ich diesem Kurs treu geblieben.

2013 haben Sie Ihren Dokortitel an der Andrássy-Universität erlangt. Welche Erinnerungen haben Sie an Ihre Promotionszeit?

Für mich war die AUB immer ein ganz besonderer Ort für universitäres Leben, Forschung und Lehre. 2009 begann ich hier mein Studium und habe seitdem die Einrichtung aus verschiedenen Perspektiven kennengelernt – ein klarer Vorteil. Zunächst studierte ich im Fachbereich Donauraumstudien, der damals als Mitteleuropäische Studien bekannt war. Später erhielt ich die Möglichkeit, meine Forschungen im Doktoratskolleg für Mitteleuropäische Geschichte fortzusetzen. Dies bot mir eine herausragende Gelegenheit, meine Forschungsthemen zu vertiefen und abzuschließen. Die Möglichkeiten, die mir hier als Forscherin geboten wurden, sind aus meiner Sicht anderswo nur selten vorzufinden. Es stand für mich außer Frage, dass ich weiterhin

an dieser Einrichtung arbeiten möchte. 2013 promovierte ich und nahm im Folgejahr meine wissenschaftliche Tätigkeit als Oberassistentin auf.

Wie würden Sie Ihren Unialltag als Dozentin für Kulturwissenschaften an der AUB beschreiben?

Was mir sofort einfällt, ist, wie stark ich mich dieser Universität und meinen Kollegen verbunden fühle sowie den Werten, die diese Einrichtung nach außen trägt. Unsere Arbeit ist äußerst vielfältig und umfasst ein breites Spektrum, von Lehre und Forschung bis hin zu administrativen und organisatorischen Aufgaben. Ein aktuelles Highlight ist die bevorstehende große Veranstaltung im Juni 2024: Die Jahrestagung der Zentren für Österreich- und Mitteleuropastudien, die in diesem Jahr vom Mitteleuropa-Zentrum an der Andrássy Universität Budapest veranstaltet wird. Dieses Event wird in Kooperation mit dem *Austrian and Central European Center* – weltweites Netzwerk – organisiert. Diese Tätigkeit zeigt, dass wir nicht nur im Stüberl sitzen und alte Bücher sowie Handschriften studieren, sondern auch aktiv in ein Forschungsnetzwerk eingebunden sind und den Austausch mit unserem Kollegium pflegen. Für mich ist zudem die Lehre von großer Bedeutung. Als Dozentin versuche ich, eine gute Beziehung zu den Studierenden aufzubauen und aufrecht-

zuerhalten, indem ich die besonderen Rahmenbedingungen unserer Universität nutze. Ein einzigartiger Aspekt unserer Einrichtung ist das enge Betreuungsverhältnis zu den Studierenden. Dies hat vielleicht manchmal den Nachteil, dass man innerhalb einer kleineren Gruppe nicht untertauchen kann, bietet jedoch sowohl für die Studierenden als auch für die Lehrenden überwiegend Vorteile. Wir haben tatsächlich Zeit für Gespräche, Diskussionen und einen intensiven Austausch. Diese Interaktionen sind immer wieder spannend und bereichernd für alle Beteiligten.

Wie sehen Sie sich in der Rolle der Lehrenden in Bezug auf Ihre Studierenden?

Das Wichtigste für mich ist die Begeisterung für den Lehrbetrieb. Dieser Tätigkeitsbereich ergänzt Forschung, Konferenzen und wissenschaftliches Schreiben auf wunderbare Weise. Besonders spannend ist es, das gerade Erforschte weitergeben zu können. Das Beste daran ist die Zuhörerschaft: Studierende, die wissbegierig sind und sich weiterentwickeln möchten. Es ist eine Freude, sie dabei zu unterstützen. Das Schönste an unserer Arbeit ist, dass wir die Studierenden vom ersten Studientag bis zu ihrem Abschluss begleiten können und dabei viele fachliche und persönliche Entwicklungen beobachten. In der Lehre geht es nicht nur darum, Inhalte zu vermitteln, sondern auch Werte und Arbeitsweisen. Jede Woche im Lehrsaal zu stehen und Wissensinhalte zu vermitteln, hat einen direkten Effekt. Es ist beeindruckend zu sehen, wie aus Diskussionen oder einem kleinen Gedankenaustausch Projekte oder Themen für Masterarbeiten entstehen können. Diese Kontinuität und die Entwicklungen, die unsere Studierenden durchlaufen, sind sehr erfüllend.

Wie bereiten Sie sich auf das nächste Semester vor?

Ich habe ein ziemlich dichtes Semester hinter mir und möchte den Sommer zunächst zur Erholung nutzen. Natürlich denke ich bereits an die Lehrveranstaltungen im nächsten

Semester. Im Wintersemester leite ich immer eine praktikumsbegleitende Lehrveranstaltung, zu Beginn des Semesters im September. Dieses Blockseminar stellt eine Herausforderung für alle Teilnehmenden dar und ich bemühe mich stets, neue Inhalte und interaktive Aktivitäten wie Museumsbesuche, Stadtpaziergänge und Treffen mit Experten einzubringen. In den kommenden Wochen und Monaten werde ich intensiv daran arbeiten, diese Lehrveranstaltung so zu gestalten, dass die Studierenden sie genießen und viel daraus mitnehmen können. Zudem stehen im nächsten Semester weitere Aufgaben an, wie die Organisation von Tagungen und hoffentlich auch die Teilnahme an solchen, die natürlich mit Reisen verbunden sind. Darüber hinaus plane ich, meine abgeschlossene Habilitationsarbeit zu veröffentlichen, was noch zusätzliche Arbeit bedeutet. Das Manuskript muss überarbeitet werden bzw. es steht der Feinschliff noch auf dem Plan.

Was sind Ihre aktuellen oder zukünftigen Forschungsprojekte?

Gewissermaßen sehe ich mein Habilitationsprojekt noch nicht als vollständig abgeschlossen an. Wie bereits erwähnt, plane ich, meine Arbeit in Buchform zu veröffentlichen. Hoffentlich können wir im nächsten oder übernächsten Jahr über eine Neuerscheinung berichten. Ein großes Ziel ist es, das Buch auch auf Ungarisch zu veröffentlichen, was eine umfangreiche Übersetzungsarbeit erfordert. Darüber hinaus möchte ich meine Forschung in diesem Bereich weiterführen und den Fokus etwas erweitern. In den letzten Jahren hat mich besonders die Übersetzungsarbeit und deren kulturelle Dimension fasziniert. Da viele deutschsprachige Hungari im Bereich der Übersetzung tätig waren, möchte ich mich verstärkt auf diese Personen konzentrieren. Dafür habe ich bereits eine Projektidee entwickelt. Dafür habe ich ein Stipendium erhalten, das mir ermöglicht, in Wien zu forschen. Diese Projektidee muss jedoch noch weiter ausgereift werden.

Womit beschäftigen Sie sich in Ihrer Freizeit? Wie schaffen Sie den Aus-

gleich zu Ihrer wissenschaftlichen und lehrenden Tätigkeit?

Ich koche sehr viel und finde in der Gastronomie – sei es beim Restaurantbesuch oder beim Kochen zu Hause – eine wunderbare Möglichkeit zum Abschalten. Das Einkaufen auf dem Markt und alles, was mit Essen zu tun hat, bereitet mir große Freude. Außerdem reise ich gerne. Diesen Sommer werde ich einige meiner Lieblingsdestinationen besuchen, um mich sowohl passiv als auch aktiv zu erholen. Wien hat sich in den letzten Jahren als ein „Happyplace“ für mich etabliert. Ich werde dort sicherlich einige Zeit verbringen. Auch Italien gefällt mir ausgesprochen gut, insbesondere der Norden hat es mir angetan. Dort hoffe ich ebenfalls, mich ein paar Tage aufhalten zu können.

Gibt es sonst noch etwas, das Sie uns oder Ihren Studierenden mitteilen möchten?

Derzeit befinden wir uns noch mitten im Semester und in der Prüfungszeit. Daher wünsche ich allen „Toi, toi, toi!“ Durchhalten ist jetzt das Wichtigste. Vergessen Sie nicht, sich auch ausreichend zu erholen. Den Studierenden im Studiengang Kulturdiplomatie wünsche ich viel Erfolg bei der Suche nach einem passenden Praktikumsplatz. Ich hoffe, dass sie eine geeignete Stelle finden und dort ihre Aufgaben erfolgreich abschließen können, bevor sie verreisen. Anschließend sollen sie mit vielen neuen Erfahrungen zurückkehren und uns davon berichten. Das Wichtigste ist, dass sie die AUB stets in guter Erinnerung behalten! Es freut mich immer wieder zu hören, dass viele unserer Studierenden durch Mundpropaganda zu uns kommen. Wenn sie weitergeben, wie bei uns der Unialltag abläuft – ist das eine wertvolle Botschaft, die zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind!

Liebe Orsolya, vielen Dank für dieses Interview und Ihre Antworten. Wir wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg bei Ihren Projekten und eine schöne Zeit an der AUB!

Natalija GRAČEVA

„Expect the unexpected!“

Erfahrungen eines Diplomaten:
Dr. Heinrich Kreft im Interview mit AUB-Studentin

In unserer unberechenbaren Welt gibt es nur selten Personen, die die Lücke zwischen akademischer Exzellenz und globaler Diplomatie so nahtlos überbrücken wie Dr. Heinrich Kreft. Als einer der angesehensten Professoren unserer Universität hat er nicht nur das Wissen seiner Studenten bereichert, sondern auch als globaler Diplomat eine beeindruckende Spur auf der Weltbühne hinterlassen, denn er hat die Geschichte der Diplomatie und der internationalen Beziehungen nicht nur miterlebt, sondern aktiv mitgestaltet.

In diesem Interview habe ich die Ehre, Dr. Heinrich Kreft über seine faszinierende Karriere zu befragen. Meine Bewunderung für seine Leistungen und seine Weisheit hat mich dazu veranlasst, seine inspirierende Geschichte mit meinen Kommilitonen zu teilen. Ziel dieses Interviews ist es, einen Einblick in sein außergewöhnliches Leben und seine Erfahrungen zu geben, der nicht nur die akademische Gemeinschaft, sondern auch zukünftige Generationen von Diplomaten und internationalen Fachleuten inspirieren wird.

Sehr geehrter Dr. Kreft, wann und wie wurde Ihnen klar, dass Sie eine Karriere in der Diplomatie anstreben wollen?

Diese Idee hatte ich schon während meiner Schulzeit, da ich mich sehr für Geografie und internationale Beziehungen interessierte. Im Studium habe ich dieses Ziel jedoch aus den Augen verloren, da ich die Wahrscheinlichkeit, die Aufnahmeprüfung für einen der 30 jährlich ausgeschriebenen Plätze in der Attache-Ausbildung zu bestehen, als gering einschätzte. Stattdessen habe ich mich während meines Studiums auf Fragen der Entwicklungszusammenarbeit konzentriert.

Was muss man wissen, bevor man sein Leben einer diplomatischen Laufbahn widmet?

Man/Frau muss sich auf das Leben eines/r Nomaden/Nomadin einstellen. Alle drei bis vier Jahre in ein anderes Land umzuziehen und einen neu-

en Aufgabenbereich zu übernehmen, stellt eine große Herausforderung dar – nicht zuletzt auch für die Familie.

Welche Qualitäten sollte Ihrer Meinung nach ein guter Diplomat und Fachmann für internationale Beziehungen haben? Welche Qualitäten entwickelt die Diplomatie und welche Fähigkeiten haben Sie während Ihrer Laufbahn erworben?

Mann/Frau muss bereit sein, sich immer wieder – bis zur Pensionierung – auf neue Länder, mit zum Teil sehr unterschiedlichen Kulturen und Lebensumständen einzustellen. Eine grundsätzlich positive Haltung gegenüber neuen Herausforderungen ist dabei von großer Bedeutung.

Haben Sie seit dem Beginn Ihrer Karriere bis heute Veränderungen in der Diplomatie festgestellt, neue Trends oder neue Verhandlungsformate usw.? Wie sehen Sie angesichts Ihrer umfangreichen diplomatischen Erfahrung die Entwicklung der internationalen Diplomatie im Laufe der Jahre, insbesondere im Kontext der Globalisierung und des technologischen Fortschritts?

Der technologische Fortschritt, den es seit meinem Eintritt in den diplomatischen Dienst im Jahr 1984 gegeben hat, ist enorm. An Internet und Smartphones war damals nicht zu denken. Wir haben mit Telex und über Festnetzverbindungen kommuniziert. Das ist nicht ohne Auswirkungen auf die Diplomatie geblieben.

Digital Diplomacy und die Nutzung von Social Media gehören heute zum diplomatischen Alltag. Auch politisch hat sich die Welt seitdem stark verändert. Deutschland und Europa waren 1984 noch geteilt und die EU hatte 10 Mitglieder. Unsere größten und wichtigsten Botschaften hatten wir in Washington und Moskau.

Was würden Sie zukünftigen Diplomaten und internationalen Mitarbeitenden raten, um mit Misserfolgen, zu Beginn ihrer Karriere, umzugehen?

Niederlagen gehören zum Leben. Wichtig ist es, daraus zu lernen.

Vor welchen Herausforderungen standen Sie zu Beginn Ihrer diplomatischen Laufbahn und welche Instrumente haben Sie entwickelt, um sie zu überwinden?

Als Erstakademiker aus der ländlichen Provinz gab es zahlreiche gläserne Decken, die es zu durchstoßen galt. Fleiß, Engagement und vor allem eine positive Lebenseinstellung waren dabei sehr hilfreich.

Könnten Sie bitte eine Position aus Ihrer beruflichen Laufbahn nennen, die Ihnen besonders in Erinnerung geblieben ist und erläutern, warum sie besonders denkwürdig war? Was waren Ihre wichtigsten Erkenntnisse aus dieser Erfahrung?

Auf meinem ersten Posten war ich unter anderem als Pressereferent an der deutschen Botschaft in La Paz, Bolivien, tätig. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Herr Warnke, kam zu Besuch. Teil des Programms beinhaltete den Besuch eines illegalen Drogenanbaugebiets. Meine Aufgabe bestand darin, die Journalisten der Delegation zu betreuen. Mit drei Kleinflugzeugen ging es in



Foto: © Képzéskészítőség/ AUB

den tropischen Regenwald. Dort zündete Minister Warnke zusammen mit seinem bolivianischen Gastgeber angehäufte Coca-Blätter an und besuchte alternative Anbauprojekte, einschließlich eines Hubschrauberrundflugs. Während die Delegation des Ministers schon zurückflog, wollten die Journalisten – darunter ein Kamerateam der ARD – noch Aufnahmen machen und einige Bauern interviewen. Soweit so gut. Doch als wir zur Flugpiste kamen, war unser Flugzeug jedoch bereits verschwunden. Was tun? Ohne Kommunikationsmöglichkeiten zur Ministerdelegation blieb uns nichts anderes übrig, als zu improvisieren. Ich fuhr zum Standort der Militärhubschrauber und charterte kurzerhand drei Hubschrauber, wobei ich zunächst die Spritkosten auslegen musste. In offenen Hubschraubern, auf seitlichen Sitzen, flogen wir anderthalb Stunden hinter der Ministerdelegation her. Für die Journalisten und mich war es der Höhepunkt der gesamten Reise. Meine Lehre daraus? Expect the unexpected!

Welches sind die drei wichtigsten Meilensteine in Ihrer Karriere, auf die Sie besonders stolz sind und warum sind sie für Sie besonders wichtig?

Meine Arbeit an der deutschen Botschaft in Tokio hat meine Begeisterung für Ostasien geweckt und mein Interesse an asiatischen Kulturen nachhaltig geprägt. Obwohl ich nur in Tokio stationiert war, führten mich dienstliche Aufgaben über dreißig Mal nach China, Südkorea, Taiwan, Vietnam und in den russischen Fernen Osten. Im Planungsstab des Auswärtigen Amtes konnte ich mein Interesse an Geopolitik und Geoökonomie sowie die Beobachtung von Megatrends in den internationalen Beziehungen weiter vertiefen. Ein Sabbatical in verschiedenen Washingtoner Think Tanks brachte mir das stark unterschiedliche politische Denken in den USA – das Denken einer Weltmacht – näher. Besonders hervorheben möchte ich auch meine Zeit an der AUB, wo es mir große Freude bereitete, meine Erfahrun-

gen aus dem Auswärtigen Amt und den Internationalen Beziehungen an Studierende weiterzugeben. Ich bin besonders glücklich darüber, dass ich einige von ihnen für eine Karriere im diplomatischen Dienst begeistern konnte.

Welchen Rat würden Sie jungen Diplomaten und Studenten der internationalen Beziehungen geben, die eine Karriere in der Diplomatie anstreben und einen Beitrag zum weltweiten Frieden und zur Verständigung leisten wollen?

Seien Sie offen und neugierig. Expect the unexpected! Scheuen Sie nicht vor einer Bewerbung zurück. Auch andere kochen nur mit Wasser. Diplomatie ist ein unendlicher Staffellauf, den es immer geben wird. Ich werde den Staffellauf in diesem Sommer weitergeben und vertraue auf die gute Ausbildung nachfolgender Generationen. Die Herausforderungen für die Diplomatie waren in der

Vergangenheit nicht trivial und auch die aktuellen (u.a. Russland-Krieg gegen die Ukraine!) und die zukünftigen werden nicht weniger groß sein.

Was ist die wichtigste Schlussfolgerung, die Sie aus Ihren diplomatischen Erfahrungen gezogen haben?

Optimistisch bleiben, auch wenn es einem die Umstände – wie derzeit – nicht leicht machen!

Im Namen der gesamten Andrássy Universität möchten wir Dr. Heinrich Kreft unseren aufrichtigen Dank für seine herausragenden Beiträge sowohl als Dozent als auch als Diplomat aussprechen. Seine Weisheit, Erfahrung und Hingabe haben uns alle bereichert, und wir wünschen ihm für seine zukünftigen Wege nur das Beste!

Sitora SAPARBAYEVA

SEMESTERRÜCKBLICK

SOMMERSEMESTER 2024

Erasmus an der Andrássy Universität Budapest

Erfahrungsbericht

Eric Omarchanov absolvierte im Wintersemester 2023/24 im Rahmen des Erasmus-Programms ein Semester an der AUB und erzählt von seinen Erfahrungen als Student an der deutschsprachigen Universität.

Als ich mich vor ziemlich genau einem Jahr für ein Auslandssemester an der Andrássy Universität bewarb, hatte ich noch keine Ahnung, dass dieses Semester eines der schönsten und interessantesten Semester meines Studienlebens werden könnte. Ich hatte in meinem Bachelor schon einmal einige Zeit im Ausland verbracht, daher wusste ich, dass es einige Zeit braucht, bis man sich in einem fremden Land zurechtfindet, dennoch fiel mir die Eingewöhnung hier relativ einfach. Das liegt vielleicht daran, dass Budapest eine echt europäische Stadt ist, oder dass es hier auch überall Aldi, Lidl, Rossmann und Co. gibt, deshalb kann man auch hier deutsche Produkte finden. Womit ich anfangs jedoch etwas Schwierigkeiten hatte, war die Umrechnung der Währung. Aktuell bekommt man für 1 Euro ca. 380 Forint, nicht gerade eine einfache Zahl zum Umrechnen, dennoch hatte ich auch hier den Dreh irgendwann raus. Und Apropos Geld: In Budapest kann man fast überall mit Karte zahlen, selbst in jedem Kiosk. Das war

schon echt praktisch, da ich deshalb fast nie Bargeld brauchte.

Das Semester begann Anfang September mit einigen Einführungsveranstaltungen sowie dem berühmten Andrássy-Ball, einer eleganten Abendveranstaltung für Alumni und Erstis, bei der man in Abendgarderobe das Tanzbein schwingen konnte. In der darauffolgenden Woche ging es für die Erstis und die Erasmus-StudentInnen dann zur gemeinsamen Studienfahrt an den Balaton. Das Wetter war Mitte September noch echt warm, daher konnte man sich im See abkühlen und draußen Spiele spielen. Außerdem wurde für eine abwechslungsreiche Abendunterhaltung gesorgt. Die Veranstaltungen gleich zu Beginn des Semesters waren echt super, um neue Leute kennenzulernen.

Zurück in Budapest begannen dann die meisten Kurse. Bei der Wahl der Kurse hatte ich relativ viel Freiheit, so konnte ich mir die meisten Kurse nach Interesse wählen. Mein Fokus lag besonders auf der Politik und Geschichte Mitteleuropas, so hatte

ich z.B. interessante Kurse zur Nationenbildung in Mitteleuropa oder zu politischen Systemen in Osteuropa. Nach der Uni zog ich mit meinen neuen KommilitonenInnen durch die Stadt oder wir gingen noch etwas essen. Da ich außerdem nicht jeden Tag Uni hatte, blieb genug Zeit, um meine neue Heimat zu erkunden.

Ich würde sagen, Budapest ist eine echt typisch europäische Stadt. Interessant fand ich vor allem, dass man oft noch die Überbleibsel der Habsburgerzeit sieht, wie anhand der Straßennamen, z.B. Erzsébet-körút = Elisabeth-Ring. Es gab jeden Tag etwas Neues zu entdecken, wie den Gellértberg, das Schlossviertel oder das Jüdische Viertel. Auch kulinarisch hat Budapest Einiges zu bieten, denn neben Gulyás, Pörkölt und Lángos kann man hier auch wunderbar internationale Küche probieren.

Meine Zeit hier an der AUB verging wie im Flug und nun blicke ich zurück auf ein paar wunderschöne Monate mit tollen neuen Bekanntschaften, viel neuem Wissen und Erfahrungen. Ich habe diese Stadt in mein Herz geschlossen und komme gern so bald wie möglich wieder zurück.

Eric OMARCHANOV

Stadtgeschichte und Stadtpolitik: 150 Jahre Budapest

Diskussion mit Gergely Karácsony,
Oberbürgermeister der Hauptstadt Budapest

Im Rahmen der Feierlichkeiten zum vor einiger Zeit zu Ende gegangenen 150-jährigen Jubiläum der ungarischen Hauptstadt Budapest hat die AUB zwei besondere Gäste begrüßt.

Anlässlich der Feierlichkeiten zum vor einiger Zeit stattgefundenen 150-jährigen Jubiläum der ungarischen Hauptstadt Budapest, die am 17. November 1873 durch die Vereinigung von Pest, Buda und Óbuda entstand, hatte die AUB die Ehre, zwei besondere Gäste zu empfangen: Dr. Judit Klement, Stadthistorikerin und Dozentin an der ELTE Universität sowie Herrn Gergely Karácsony, den Bürgermeister von Budapest.

Am Mittwoch, den 31. Januar 2024, gab es zum Startschuss für die Veranstaltungssaison des Alumni Clubs eine interessante Präsentation zur Geschichte von Budapest, ge-

folgt von einer lebhaften Diskussion zwischen der Stadthistorikerin und dem Oberbürgermeister.

Initiiert wurde das erfolgreiche und beliebte Programm vom Cambridge-Oxford Alumni Club of Hungary und von uns an der AUB ausgetragen. Das ist ein weiteres hervorragendes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen dem *Andrássy Universität Alumni Klub*, dem *Cambridge-Oxford Alumni Club of Hungary*, dem *Hungarian Alumni Association of the College of Europe*, der *Hungarian Association of British Alumni* und der *Hungarian Fullbright Association*.

Während der Diskussion kam mehrmals die Frage auf, mit welcher Stadt Budapest in Mitteleuropa kon-

kurriert. Im Wettbewerb war Wien der klare Favorit: Laut Touristen sei die Stadt so schön wie Paris. Besonders interessant fanden wir als Studierende der AUB die Anekdote, dass einige Wiener bis heute noch über Kaiser Franz Joseph verärgert seien, weil die erste U-Bahn-Linie in Kontinentaleuropa aufgrund seiner Entscheidung in Budapest und nicht in Wien gebaut wurde.

Nach dem offiziellen Teil des Abendprogramms konnten wir in entspannter Atmosphäre, begleitet von köstlichen ungarischen Pogácsa und einer großzügigen Auswahl hochwertiger ungarischer Weine, weitere Meinungen austauschen und interessante Hintergrundgeschichten über die Führung einer Hauptstadt erfahren.

Fruzsina VADÁSZ



Der Super Tuesday und die US-Vorwahlen

Ein Rematch von Joe Biden und Donald Trump im November 2024

Die Ergebnisse des Super Tuesday, bei dem ein Drittel aller Delegiertenstimmen für die US-Vorwahlen vergeben werden, haben eindeutig gezeigt: Amtsinhaber Biden und Herausforderer Trump werden Ende des Jahres erneut, wie 2020, gegeneinander antreten.

Anlässlich des vorangegangenen „Super Tuesday“ veranstaltete Dr. Heinrich Kreft, Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie II an der Andrássy Universität, eine Diskussion, die den bisherigen Verlauf der US-Vorwahlen mitsamt des möglichen Ausgangs der Wahl im November 2024 in den Blick nahm. Als Hauptvortragender war PD Dr. Franz-Josef Meiers von der Universität Rostock zu Gast, dessen Forschungsschwerpunkte die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik sowie die transatlantischen Beziehungen umfassen. Dr. habil. Miklós Lojko von der ELTE Universität, der sich unter anderem mit der neueren Geschichte Nordamerikas beschäftigt, war als Kommentator eingeladen. Nach der Paneldiskussion hatten die Studierenden die Gelegenheit, selbst in die Diskussion einzusteigen. Diese wurde im Rahmen eines von Dr. Kreft veranstalteten Empfangs fortgesetzt.

Der „Super Tuesday“ ist der wichtigste Tag der US-Vorwahlkämpfe, da an diesem Tag die meisten Delegiertenstimmen vergeben werden und somit häufig darüber entschieden wird, welche Kandidaten die beiden großen Parteien für die Präsidentenwahl nominieren werden. Auf republikanischer Seite hatte der Herausforderer Donald Trump mit Abstand die meisten Stimmen erhalten und somit auch seine letzte Konkurrentin im offiziellen Rennen um die Präsidentschaftskandidatur, Nikki Haley, weit hinter sich gelassen. Haley gab ihre Kampagne auch kurz darauf offiziell auf. Für die Demokraten war schon zuvor sicher, dass Amtsinhaber Joe Biden erneut anzutreten gedenkt, weswegen er auch keine ernsthaften Herausforderer hat. Somit gingen auf Seiten der Demokraten die meisten Stimmen an Joe Biden, was eine

Wiederholung des Präsidentschaftsduells von 2020 sehr wahrscheinlich macht. Mit diesen Fakten vor Augen, die Herr Kreft zu Beginn der Veranstaltung zusammenfasste, begann die Diskussion mit den Gästen Dr. Meiers und Dr. Loyko.

Zunächst hob Dr. Meiers die Bedeutung des Super Tuesday hervor, der Rückenwind für den Amtsinhaber Biden, aber insbesondere für den ehemaligen Präsidenten Trump gebracht habe. Meiers fokussierte sich in seinem Beitrag vor allem auf die Ausgangslage der beiden Kandidaten. Für Biden sprechen insbesondere die Wirtschaftsdaten, die traditionell äußerst relevant für einen wieder antretenden Präsidenten sind, da dieser stets von vielen Wählern für die ökonomische Lage – ob gut oder schlecht – verantwortlich gemacht wird. So liegt die Inflation in den USA mittlerweile bei geringen 3% und die Arbeitslosigkeit bei unter 4%, was Biden für seine Kampagne den Rücken stärken sollte. Nichtsdestotrotz zweifeln viele Wähler an den mentalen Kapazitäten Bidens, so Meiers, da ihm bisweilen Verwechslungen und andere Aussetzer unterlaufen. Diese Schwäche ist auch der Hauptangriffspunkt für Donald Trump, der sich in dieser Hinsicht als Gegenentwurf zu stilisieren versucht. Zugleich muss Biden einen Bruch der „rainbow coalition“ befürchten, die ihn 2020 ins Amt getragen hat. Hierunter versteht man das informelle Bündnis der politischen Linken mit Wählergruppen verschiedener sozialer und ethnischer Herkunft zur Wahlunterstützung Joe Bidens. Im November könnte es allerdings für Biden schwierig werden, unter anderem die Unterstützung der wichtigen muslimischen Gemeinschaft in den USA zu erhalten, die seiner Position im Israel-Hamas-Krieg kritisch gegenüberstehen. In Bezug

auf Trump skizzierte Meiers die Möglichkeit, dass im September – der kritischen Wahlkampfphase – Trump mehr Spenden einsammeln könnte als Biden. Schließlich gelang es Trump bisher auch erfolgreich, seine zahlreichen Anklagen für ein erhöhtes Spendenaufkommen einzusetzen, indem er sich als Opfer politisch motivierter Justiz geriert. Insbesondere die battleground states, früher meist als swing states bezeichnet, werden entscheidend sein. Doch Meiers verwies darauf, dass gerade die Demographie den Republikanern zugutekommen könnte, um hier relevante Staaten zu gewinnen. Beide Konkurrenten werden ihre Basis zusammenhalten müssen, um eine realistische Chance auf den Wahlsieg zu haben. Für Meiers werden in dieser Wahl die Aspekte Charakter, Kompetenz und Fitness für die Wählerinnen und Wähler besonders ins Gewicht fallen.

Dr. Loyko knüpfte an die Darstellungen seines Vorredners an und verwies unter anderem auf die Tatsache, dass die US-Präsidentenwahl auch eine Schicksalswahl für den europäischen Kontinent werde, auf dessen Territorium seit über zwei Jahren ein Krieg herrscht. Verschiedene Aussagen Trumps, etwa den russischen Krieg gegen die Ukraine in 24 Stunden beenden zu können, haben vor allem die NATO-Partner auf unserer Seite des Atlantiks in höhere Wachsamkeit versetzt. Loyko sah in diesem Kontext auch die Aussagen des Bundeskanzlers Scholz in der Diskussion um Taurus-Marschflugkörper kritisch, da die kommunikative Unklarheit vor allem der russischen Seite helfe. Auch stellte Loyko anschaulich die außenpolitischen Positionen der Mehrheit der republikanischen Partei dar, nach der China als direkte Bedrohung für Amerika empfunden wird und nicht Russland.

Dr. Kreft merkte an, dass sich zwar die Rhetorik der Biden-Administration gegenüber China im Vergleich zur Trump-Administration gewandelt habe, in der Sache fahre Biden jedoch

einen ebenso harten Kurs gegenüber Peking. Auch dürfe nicht übersehen werden, dass Kritik an Trump mindestens so sehr am System anzusetzen sei, da beispielsweise das amerikanische Wahlsystem keinem modernen Wahlverfahren entspreche.

Im finalen Teil der Veranstaltung hatten die Studierenden und andere interessierte Teilnehmer die Gelegenheit, ebenfalls in den Austausch mit den Referenten zu treten. Besonders hervorzuheben ist vor allem die

Frage nach der Bedeutung des Alters von Biden und welche Relevanz dies für die Wahl entfalten könnte. Eine weitere Frage bezog sich auf den Einfluss der populären Popsängerin Taylor Swift auf den Wahlausgang. So ist es vorstellbar, dass ein direkter Aufruf für Biden (oder auch bereits ein Aufruf, sich als Wähler registrieren zu lassen), den Zuspruch der Demokraten vor allem bei jüngeren Wählern verstärken könnte.

Jannik RICKERT

Andrássy200 Konferenz

Unter dem Titel „Kiegyezés – Compromise – Ausgleich“ fand am 7. März 2024 die Andrássy200 Konferenz an der Andrássy Universität Budapest statt.

Die Konferenz wurde von der Andrássy Universität Budapest und dem Ungarischen Institut für Auswärtige Angelegenheiten gemeinsam organisiert. Ihr Ziel bestand darin, das Wirken von Graf Gyula Andrássy im außenpolitischen Kontext seiner Epoche aus historischer und geopolitischer Perspektive zu beleuchten und zu erörtern, welche Schlussfolgerungen sich für die aktuelle Politik ziehen lassen. Die Andrássy200 Konferenz bildete den Abschluss des Andrássy-Jubiläumsjahres.

Die Veranstaltung wurde von Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, dem Rektor der AUB, eröffnet. In seiner Ansprache erläuterte er, dass die Wahl von Graf Gyula Andrássy als Namensgeber der Universität nahe lag. Andrássy, einer der bedeutendsten Diplomaten des 19. Jahrhunderts, setzte sich intensiv für die Verständigung der Völker und die Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Staaten ein – Themen, die auch für die AUB von Bedeutung sind. Die Veranstaltung war in zwei Panels unterteilt, von denen jedes drei Vorträge umfasste. Im Anschluss an die Vorträge fand eine Diskussion statt, bei der das Publikum die Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen und Meinungen einzubringen.

Panel 1: Andrássy: Versuche einer historischen Einordnung

Das erste Panel, moderiert von Dr. Ádám Schwarzwölfer, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtsforschung und Archiv VERITAS, widmete sich der historischen Einordnung Andrássys aus ungarischer, deutscher und österreichischer Perspektive.

Prof. Dr. Gábor Erdődy (Botschafter a.D. und Professor emeritus der Eötvös Loránd Universität) gab einen ersten Überblick über Andrássys Leben, seine Tätigkeiten und seinen Einfluss. Gyula Andrássy entstammte dem alten ungarischen Adelsgeschlecht der Andrássy. Sein Vater war Mitglied der liberalen Opposition. Als leiden-

schaftlicher Patriot nahm Gyula Andrássy 1848/49 aktiv an der ungarischen Revolution gegen die Habsburger teil. Nach der Niederschlagung der Revolution wurde er zum Tode verurteilt. Andrássy flüchtete daraufhin nach Paris. Bei der Reorganisation der Monarchie durch den Österreichisch-Ungarischen Ausgleich wurde Andrássy am 17. Februar 1867 zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannt. Als erster Ministerpräsident und Kriegsmminister des Ungarischen Königreichs in der Doppelmonarchie 1867 bis 1871 legte Andrássy mit seiner Regierung die Grundlagen zu einem neuen modernen bürgerlichen Ungarn und ermöglichte einen nie zuvor gesehenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufschwung des Landes sowie der Stadt Budapest. Andrássy war außerdem von 1871 bis 1879 Außenminister der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn und etablierte in Zusammenarbeit mit dem Reichskanzler Fürst Otto von Bismarck ein neues Bündnissystem mit dem Deutschen Reich, den Zweibund. Bismarck und Andrássy waren es auch, die bei der Berliner Friedenskonferenz 1878 eine neue Friedensordnung für Südosteuropa aushandelten.

In seinem Vortrag beleuchtete Dr. Heinrich Kreft (Botschafter a.D. und Lehrstuhl- und Studiengangsleiter der AUB) das Verhältnis zwischen Otto von Bismarck und Graf Gyula Andrássy. Beide Persönlichkeiten können als Geschöpfe ihrer Zeit bezeichnet werden. Bismarcks ursprüngliches Ziel war es, Österreich aus dem Deutschen Reich herauszudrängen, während er ein Bündnis gegen das Deutsche Reich als größte Bedrohung ansah. Ab 1871 änderten sich seine Prioritäten: die Absicherung der Reichsgründung und die Wahrung des Friedens wurden zentral. In Andrássy fand er einen geeigneten Partner zur Verwirklichung dieser Ziele. Die beiden Staatsmänner hatten jedoch unterschiedliche Auffassungen über die Hauptgefahr: Während Bismarck Frankreich als ernsthafte Bedrohung betrachtete, sah Andrássy Russland als die größte Gefahr. Ihr bedeutendster gemeinsamer diplomatischer Erfolg war der Berliner Kongress, auf dem die Balkankrise beendet und ein Krieg vermieden werden konnte. Zum Abschluss zeigte Kreft ein Bild des Berliner Kongresses, auf dem Bismarck beim Handschlag mit dem russischen Botschafter zu sehen ist, während

Von links nach rechts: Dr. Ádám Schwarczwölde, Dr. Ferdinand Trauttmansdorff, Prof. Dr. Gábor Erdődy, Dr. Heinrich Krefl



Von links nach rechts: Gergely Pröhle, Dr. Tamás Péter Baranyi, Dr. habil. András Hettyey, Prof. Dr. Ellen Bos



Panel 2: Andrássy-Momente – Außenpolitik unter den heutigen geopolitischen Bedingungen

Das zweite Panel, in dem es um sogenannte Andrássy-Momente ging, wurde von Gergely Pröhle, Botschafter a.D. und Vorsitzender des Kuratoriums der AUB, moderiert.

Als erstes sprach Prof. Dr. Ellen Bos, Prorektorin der AUB, über das Thema „Andrássy-Momente und die aktuelle deutsche Außenpolitik“. Andrássy-Momente definierte sie als Momente, in denen es besonders auf die Gestaltungskraft, den Gestaltungswillen und die Gestaltungsgeschicklichkeit der handelnden Politiker ankomme. Andrássy-Momente würden dann entstehen, wenn Politiker die Fähigkeiten mitbringen, über die Graf Andrássy in besonderem Maße verfügte: Mut, Visionen, Kompromissfähigkeit und Pragmatismus, also kurz gesagt Staatskunst. Solche Fähigkeiten seien vor allem in Umbruchzeiten im internationalen System gefragt, in denen große Gestaltungsaufgaben, aber gleichzeitig auch Gestaltungsspielräume für die Außen- und Sicherheitspolitik von Staaten bestehen. Vor diesem Hintergrund erläuterte sie die Reaktion der deutschen Regierung auf den am 24. Februar 2022 begonnenen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der zweifellos eine Zäsur im internationalen System darstellt.

Dabei stellte sie die Frage, wie die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik bisher auf diese Herausforderungen reagiert hat und ob sich dabei Andrássy-Momente erkennen lassen. Gemäß der Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz vom 27. Februar 2022 markierte der Tag des Angriffskriegs eine Zeitenwende in der Geschichte Europas. Es müsse mehr in die Sicherheit Deutschlands investiert werden, um die Freiheit und die Demokratie zu schützen. Dies solle laut Scholz unter anderem durch eine hochmoderne Bundeswehr geschehen. Scholz kündigte entsprechende Maßnahmen an. Die Rede

Graf Andrássy unmittelbar neben Bismarck steht.

Den letzten Vortrag des ersten Panels hielt Dr. Ferdinand Trauttmansdorff (Botschafter a.D. und ehemaliger Lehrstuhlleiter der AUB). Sein Thema war die langfristige Entwicklung der österreichischen Außenpolitik, die er bis zu den aktuellen Ansätzen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Erweiterungspolitik (Westbalkan, Türkei, Russland) nachzeichnete. Neben der Etablierung freundschaftlicher Beziehungen und der Förderung des wirtschaftlichen Austausches mit den Nachbarstaaten hat in den letz-

ten Jahren die Kontrolle der Migration einen höheren Stellenwert eingenommen.

In der anschließenden Diskussion stellte der Moderator die Frage, wie sich die Verantwortung von Politikern langfristig beurteilen lasse. Diese zielte darauf ab, wie Andrássys Wirken aus heutiger Sicht zu bewerten sei. Die drei Teilnehmer waren sich einig, dass Andrássy nicht für die späteren Entwicklungen verantwortlich gemacht werden könne. Er habe seine persönlichen Vorlieben stets dem Gemeinwohl untergeordnet und trotz seiner Sympathien für Frankreich das Bündnis mit dem Deutschen Reich gestärkt.

des Bundeskanzlers wurde sehr gefeiert, aber auf diese Ankündigung folgten keine raschen Maßnahmen, sondern eine eher zögerliche Politik, insbesondere bei der Entscheidung über Waffenlieferungen an die Ukraine. Diese Unentschlossenheit sei bis heute kennzeichnend für die deutsche Politik. Nach Ansicht von Bos liegt das auch an der mangelhaften Kommunikation der Regierung und den Differenzen zwischen den drei Koalitionsparteien. Anschließend ging Bos auf Kontinuität und Wandel der deutschen Außenpolitik nach 1949 und die Entwicklungen in der Ära Merkel ein. Insgesamt zog sie eine kritische Bilanz: In der deutschen Außenpolitik sei nach 2005 eine Erosion der Verantwortungsbereitschaft und der Leitungs- und Gestaltungsfähigkeit festzustellen gewesen. Dies sei eine Ursache für die Diskrepanz zwischen dem Anspruch und der

Realität der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Die Bundesrepublik Deutschland habe viel zu lange an ihrer alten Politik gegenüber Russland festgehalten, obwohl die russische Politik immer konfrontativer und aggressiver wurde.

Dr. Tamás Péter Baranyi (Strategischer Direktor des Ungarischen Institutes für Auswärtige Angelegenheiten) erklärte in seinem Vortrag, dass Andrassy als international anerkannter Politiker, die Stellung und das Prestige Ungarns international festigen konnte. Andrassy zeichnete sich insbesondere dadurch aus, dass er sowohl die Situationen richtig einschätzen und Kompromisse finden konnte als auch eine europäische Perspektive einnahm.

Dr. habil. András Hettyey, Universitätsdozent an der AUB, hielt den letzten Vortrag des Abends und betonte ebenfalls die Talente von Andrassy. Besonders geschickt war

Andrassy darin, Bismarck für eine Allianz mit Österreich-Ungarn zu gewinnen. Aus diesem Grund entschied sich Bismarck letztlich für den Zweibund mit der Doppelmonarchie.

In der anschließenden Diskussionsrunde wurden nochmals unterschiedliche Aspekte des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und deren Auswirkungen auf die europäische Sicherheitsordnung und die Europäische Union angesprochen.

Abgerundet wurde die Andrassy200 Konferenz mit einem Empfang und einer Ausstellung, bestehend aus sieben Roll-ups zum Wirken von Andrassy.

Ayleen BLASSAUER



Gedenken an den 201. Geburtstag von Graf Gyula Andrassy

Zum Gedenken an den 201. Geburtstag von Graf Gyula Andrassy hat die Andrassy Universität Budapest am 8. März 2024 eine feierliche Kranzniederlegung vor der Andrassy-Reiterstatue auf dem Kossuth Platz organisiert.



3. v. links Botschafterin Edit Szilágyiné Bátorfi, stellvertretende Staatssekretärin Krisztina Varju, Staatssekretär Dr. Balázs Hankó, stellvertretender Minister Dr. Miklós Panyi, Direktor István Bellavics, Gergely Pröhle, Cecília Hazai

Die Veranstaltung fand letztes Jahr im Rahmen des 200-jährigen Jubiläums zum ersten Mal statt und soll nun in den nächsten Jahren als Tradition fortgesetzt werden.

Moderiert wurde die Veranstaltung von Júlia Medgyesi-Németh, Hauptreferentin für Forschungsangelegenheiten an der AUB. Nach der ungarischen Nationalhymne erhielt Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, Rektor der AUB, das Wort.

In seiner Rede würdigte Pállinger den Politiker Andrassy. Nach Niccolò Machiavelli (florentinischer Großmeister des politischen Denkens) zeichnet sich ein guter Politiker durch drei Eigenschaften aus. Ein guter Politiker begreift die Notwendigkeit, erkennt Handlungschancen, handelt entschlossen, weiß jedoch auch, dass er bei seinen Vorhaben Glück benötigt. Betrachtet man Graf Andrassys Leben und

Fotos: © Képzőművészeti / AUB



Wirken, kann man schnell feststellen, dass diese Eigenschaften auf ihn zutreffen.

Pállinger erinnerte in seinem Vortrag an die Errichtung des Andrassy Denkmals neben dem Parlamentsgebäude. Die Initiative zur Errichtung der Statue ging 1890 vom damaligen Ministerpräsidenten Kálmán Tisza aus. 1906 wurde die Statue der Öffentlichkeit von Kaiser Franz Joseph übergeben, der einst als „Erzfeind“ Andrassys galt. Graf Andrassy zählt zu den wenigen Politikern, deren Andenken es vermochte, die stark polarisierten politischen Lager zu vereinen.

Des Weiteren verwies Pállinger auf das Werk von Andrassy. Nach seiner Rückkehr 1857 aus Paris übernahm Graf Andrassy nach und nach eine führende Rolle im politischen Leben Ungarns. Unterstützt von Kaiserin Elisabeth konnte er in den Verhandlungen zum Ausgleich die staatspolitischen Ideen von Ferenc Deák umsetzen und schuf damit die Grundlagen der modernen ungarischen Staatlichkeit im Rahmen der Österreichisch-Ungarischen Doppelmonarchie.

Am Ende seiner Rede ging Pállinger noch auf die darstellerische Gestaltung des Denkmals ein. Die Statue stellt den Grafen dar, wie er 1867 am königlichen Krönungszug in Buda teilnahm. Als erster Ministerpräsident des neuen ungarischen Königreiches nach der Ausöhnung setzte er die ungarische Krone auf das Haupt von Kaiser Franz Joseph. Der Kaiser hatte ihn 1849 in seiner Abwesenheit noch zum Tode verurteilt. Doch ab 1871 wurde er zum ständigen Berater von Franz Joseph. Ein weiteres Relief an der Statue zeigt Andrassy mit Reichskanzler Otto von Bismarck auf dem Berliner



Feierliche
Kranzniederlegung



Kongress 1878. An dieser Konferenz, die gleichzeitig den Höhepunkt seiner diplomatischen Karriere bildete, spielte er eine zentrale Rolle bei der Gestaltung einer neuen Friedensordnung für Mittel- und Osteuropa.

„Erinnern wir uns in diesem Sinne an Andrássy, als eine integrative Persönlichkeit sowie als Politiker und Diplomat von nationalem und europäischen Format, der ausgestattet mit einem gesunden Realismus die Gren-

zen des Möglichen immer wieder verschieben konnte.“ Mit diesen Worten beendete Rektor Pállinger seine Rede.

Im Anschluss fand die Kranzniederlegung statt. Kränze wurden niedergelegt vom Direktor István Belavics, im Namen des ungarischen Parlaments, vom Stellvertretenden Minister Dr. Miklós Panyi im Namen des Ministerpräsidentenamtes, vom Staatssekretär Dr. Balázs Hankó, im Namen des Ministeriums für Kultur und Innovation, von der Stellvertretenden Staatssekretärin Krisztina Varju im Namen des Ministeriums für Auswärtiges und Außenhandel von Ungarn, von Botschafterin Edit Szilágyiné Bátorfi, im Namen der Botschaft von Ungarn in Wien, vom Rektor Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger und Kuratoriumsvorsitzenden Gergely Pröhle, im Namen der Andrássy Universität Budapest sowie von Cecília Hazai im Namen des Gründungsrektors der Andrássy Universität Prof. Dr. György Hazai.

Ayleen BLASSAUER

Praxis der Diplomatie an der Andrássy Universität

Vom 14. bis zum 17. März 2024 hatten 15 Studierende der Andrássy Universität die einmalige und unvergessliche Gelegenheit, an einer Diplomatie-Konferenz in Valletta (Malta) teilzunehmen. Diese stand unter dem Motto „The Euro-Mediterranean Relations Revisited – Southern Neighbourhood Policy of the EU in a Changing Global Order“.

Exkursion nach Malta und Konferenz mit der Mediterranean Academy for Diplomatic Studies (MEDAC)

Exkursion und Konferenz waren von Dr. Heinrich Kreft, Leiter des Zentrums für Diplomatie der AUB, konzipiert und initiiert. Ihm gelang es, die Mediterranean Academy for Diplomatic Studies (MEDAC) von der Universität Malta sowie das für den Mittelmeer-Dialog zuständige Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Tunis als Koopera-

tionspartner zu gewinnen. Gastgeber war Dr. Derek Lutterbeck, Associate Professor und stellv. Direktor der MEDAC. Aus Tunis war Dr. Malte Gaier, Leiter des dortigen KAS-Auslandsbüros, angereist.

Neben den AUB-Studierenden nahmen auch 16 MEDAC-Studierende an der Konferenz teil, was einen tiefgehenden interdisziplinären und multikulturellen Austausch ermöglichte. Insbesondere die vielfältigen Perspektiven aus Ländern und Regionen wie Libyen, Tunesien, Algerien und Palästina erweiterten die Horizonte der Studierenden erheb-

lich. Malta erwies sich als idealer Tagungsort für diesen Austausch, da die Insel seit Jahrhunderten ein Schmelztiegel der Kulturen ist, auf dem arabische, osmanische, italienische und britische Einflüsse sichtbar sind. Die Kooperation mit dem südlichen Mittelmeerraum ist ein Grundpfeiler der maltesischen Außenpolitik und Diplomatie, zumal Malta aufgrund seiner kleinen und peripheren Insellage besonders anfällig für lokale Krisen und Herausforderungen ist.

Nach der Ankunft aller Teilnehmenden am 14. März bot sich zunächst die Gelegenheit, die beeindruckende Hotelanlage in der Stadt San Ġwann zu besichtigen, in der sich auch das Konferenzzentrum befand. Am Morgen des 15. März wurde die Konferenz in entspannter Atmosphäre von Dr. Gaier und Dr. Kreft eröff-

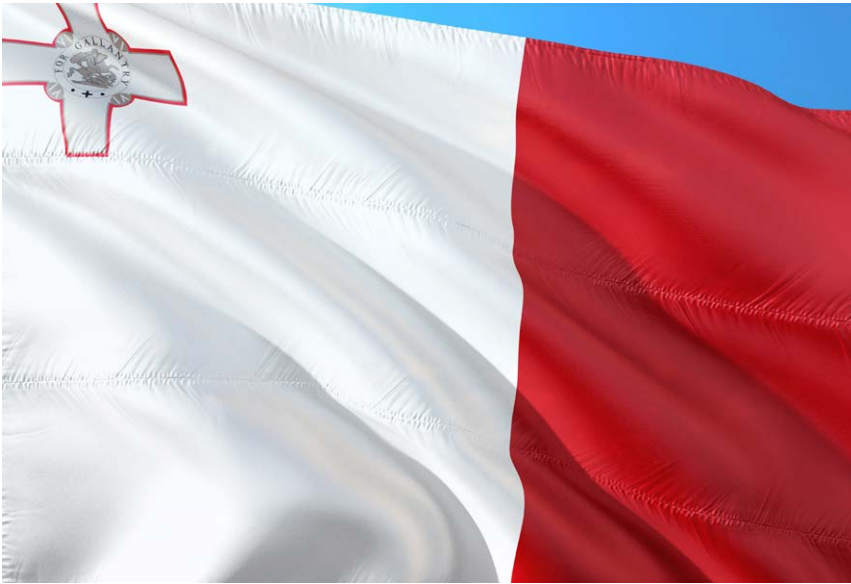


Foto: Pixabay

net, die in ihren Begrüßungsworten besonders die Bedeutung der euro-mediterranen Beziehungen in den letzten Jahrzehnten für Themen wie Sicherheit, Migration und politische Kooperation hervorhoben. Dr. Derek Lutterbeck betonte in seinen einführenden Worten die erzielten Fortschritte hin zu einer gemeinsamen Identität der Mittelmeeranrainer. In der ersten Einheit des Tages stellte Dr. Kreft die Leitlinien der Europäischen Nachbarschaftspolitik vor, durch die die EU ihre südliche Partnerschaft mit Ländern der MENA-Region und den östlichen Mittelmeerstaaten entwickelt und ausbaut. Herr Kreft unterstrich dabei insbesondere das Potenzial für Energiepartnerschaften im Mittelmeer, das sich bereits heute unter anderem durch Pipelineprojekte manifestiert. Die EU-Kommission plant darüber hinaus, insbesondere im Wasserstoffsektor, tiefere Kooperationen mit nordafrikanischen Ländern, teils unter dem Dach der Global Gateway Initiative.

Im Anschluss wurde das Themenfeld Migration behandelt, das von allen nördlichen und südlichen Partnern einhellig als zentrale Herausforderung angesehen wird. Aspekte wie Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosigkeit, Schleuserkriminalität, Inklusion und Humanität sowie Seenotrettung sind eng mit der mediterranen Migration verknüpft. Für die arabische Welt steht Migration auch sinnbildlich für die Glaub-

würdigkeit der EU und erfordert eine dringend verbesserte Abstimmung mit den südlichen Ländern, um Vertrauen zu stärken. Besonders der Arabische Frühling von 2011, der zahlreiche Regierungen im Süden zu Fall brachte, ist bis heute ein Hauptmotiv für viele Fluchtursachen und Migrationsbewegungen, insbesondere aus Libyen. Maltesische Studierende betonten, dass ihr Land Migration als eine große Bedrohung ansieht, vor allem weil innerhalb der EU bis heute keine einheitliche Linie gefunden wurde. Dr. Matt Herbert, ein anerkannter Migrationsforscher, schilderte eindrücklich die neuen transnationalen Netzwerke, die große Teile der Migration steuern und die Souveränität ganzer Staaten untergraben. Für die Diplomatie bedeute dies, so Herbert, weniger bilaterale Kooperationsmöglichkeiten, da der Einfluss des Staates in vielen Ländern des globalen Südens weiter abnehmen werde. Er hob insbesondere die mangelnden Arbeitsplatzperspektiven in Subsahara-Afrika als ein Schlüsselement hervor, das den zukünftigen Migrationsdruck aus dem Süden beeinflussen wird. Nach einem gemeinsamen Mittagessen blieb das Thema Migration weiterhin auf der Agenda der Konferenz, da ein Besuch bei der EU-Agentur für Asyl in Valletta anstand. Diese Agentur arbeitet vor allem in beratender Funktion für die Mitgliedstaaten und kann gegebenenfalls Unterstützung bei Logistik,

Analysen oder Schulungen bieten. So half die Agentur den Mitgliedstaaten während der ersten Monate des Ukrainekrieges, indem sie Ukrainern Informationen bezüglich Einreise, wichtiger Behörden und rechtlicher Hilfe bereitstellte. Prof. Sater, Dozent an der Universität von Malta, beschrieb abschließend neue Tendenzen in der Region, die Zivilgesellschaften betreffen. Themenfelder wie Geschlechtergleichheit oder das Spannungsfeld zwischen Religion und Säkularismus sind im südlichen Mittelmeerraum weiterhin allgegenwärtig. Er betonte die enge Partnerschaft im Rahmen der Union für den Mittelmeerraum mit Sitz in Barcelona, einer eigenständigen Organisation, die 2008 eingerichtet wurde. Der erste Konferenztag endete mit einem gemeinsamen Abendessen, bei dem der persönliche Austausch der Teilnehmer im Mittelpunkt stand.

Am Samstag standen Präsentationen der AUB- und MEDAC-Studierenden auf dem Programm, die bestimmte Themen aus verschiedenen Perspektiven veranschaulichten. Da die AUB bekanntlich ihren Regionalfokus auf Zentral- und Osteuropa legt, wurden auch explizit die Beziehungen von Staaten wie Ungarn oder Polen zur MENA-Region vorgestellt. Überraschenderweise gibt es hier zahlreiche ökonomische Verbindungen, obwohl geographisch und kulturell kein direkter Bezugspunkt zwischen beiden Regionen besteht. Seitens der MEDAC-Studierenden wurde unter anderem vorgeschlagen, ein G50-Forum einzurichten, an dem auch mediterrane Staaten wie Ägypten teilnehmen sollten. Dies würde die Bedeutung der südlichen Partner auch global stärker hervorheben. Auf der Konferenz wurden auch kontroverse Themen wie der Nahostkonflikt und der Status Palästinas behandelt, wodurch Diskrepanzen zwischen den politischen Realitäten und den Wahrnehmungen beider Seiten aufgezeigt wurden. Nach einem letzten gemeinsamen Mittagessen verabschiedeten sich die MEDAC-Studierenden, während die Gruppe der AUB eines der Highlights der Reise erlebte: eine Stadtführung durch Valletta. Die Stadt beeindruckte mit ihrem arabi-

schen Flair und britischen Einflüssen und hinterließ einen nachhaltigen Eindruck bei den Teilnehmenden. Der letzte Abend stand zur freien Verfügung und bot die Gelegenheit, in die lokale Gastronomieszene einzutauchen und Kontakte zu Einheimischen zu knüpfen, bevor am nächsten Morgen der Rückflug nach Budapest anstand. Insgesamt war die Konferenz aus Sicht der AUB-Studierenden ein großer Erfolg. Sie ermöglichte einen Perspektivwechsel, weg vom gelegentlichen Eurozentrismus und bot den MEDAC-Studierenden neue Erkenntnisse aus der Sicht europäischer Staaten. Darüber hinaus konnten die Teilnehmer das Berufsfeld der Diplomatie praxisnah am Beispiel des Mittelmeerraums erleben.

Vorbereitung auf den diplomatischen Dienst und auf den Concours der europäischen Institutionen

Vom 11. bis 13. April fand an der Andrássy Universität das Blockseminar zum Thema „Praxis der Diplomatie – Die EU, das Tätigkeitsfeld EU sowie die Vorbereitung auf den Concours der EU“ statt, das traditionell vom Lehrstuhl für Diplomatie II im Sommersemester organisiert wird. An dieser Veranstaltung nahmen sowohl AUB-Studierende als auch Rechtsreferendare aus den AUB-Partnerländern in Deutschland (Baden-Württemberg, Bayern, NRW und Sachsen) teil. Die verschiedenen Sitzungen und Programmpunkte umfassten verfassungsrechtliche, diplomatische und politikwissenschaftliche Themen und boten somit eine breite und umfassende Informationsgrundlage für diverse Arbeitsbereiche.

Der erste Seminartag begann mit einer Einführung durch Dr. Heinrich Kreft, Lehrstuhlinhaber für Diplomatie II, der das detaillierte Programm des Seminars vorstellte und mit dem ersten Gastsprecher einen äußerst spannenden Redner präsentierte. Mit Jiří Zapletal, dem Direktor der Landesvertretung des Freistaates Sachsen bei der EU, konnte ein Experte gewonnen werden, der aus erster Hand einen intensiven Einblick in die Beteiligung deutscher Bundesländer im

Mehrebenensystem der EU lieferte. Frühere Stationen führten Herrn Zapletal unter anderem als Policy Officer zur Europäischen Kommission und als Berater zum International Monetary Fund (IMF). Der Freistaat Sachsen hat, wie alle Länder und Regionen in der EU, ein starkes Interesse an einer intensiven Partizipation innerhalb der EU-Institutionen. Themen wie Strukturfonds, Wirtschaftsförderung und die Begleitung von Gesetzgebungsprozessen stehen auf der Tagesordnung einer Landesvertretung. Eine enge Kooperation besteht auch über den Ausschuss der Regionen, der 1994 gegründet wurde, um europäische Regionen aktiv an der europäischen Integration zu beteiligen. So können Landesregierung und -parlament in Sachsen die Politik und Öffentlichkeit immer über wichtige Entwicklungen in Brüssel informieren, die die Menschen vor Ort betreffen. Obwohl Herr Zapletal nur online zugeschaltet war, tat dies der anschließenden lebhaften Diskussion keinen Abbruch, und die Teilnehmenden konnten zahlreiche Fragen stellen. Am Abend des ersten Tages folgte ein sehr spannendes Gespräch mit dem ungarischen Verfassungsrichter Dr. Balázs Schanda, der persönlich am Seminar teilnahm und den Begriff der Verfassungsgerichtsbarkeit ins Zentrum seines Vortrags stellte. Herr Schanda ging bereitwillig auf kritische Fragen der Studierenden ein, die sich beispielsweise auf die Lage der Medienfreiheit in Ungarn bezogen.

Am zweiten Seminartag stand ein straffes Programm auf dem Plan. Bereits um neun Uhr konnten die Teilnehmenden Dr. James Kröger an der AUB begrüßen, der seit 2019 als Rechtsreferent am Gerichtshof der EU in Luxemburg tätig ist. Er arbeitet konkret im Kabinett des deutschen Richters Johannes Laitenberger. Von 2017 bis 2019 war Dr. Kröger zudem als Fallbearbeiter bei der Europäischen Kommission beschäftigt. Nach einer Einführung in die Arbeitsweise der europäischen Gerichte berichtete Dr. Kröger ausführlich über Einstiegsmöglichkeiten und Aufgaben bei den Gerichten, was besonders für die anwesenden Rechtsreferendarinnen und

-referendare von großem Interesse war. Unter den Juristen vor Ort finden sich auch viele deutsche Staatsangehörige. Nach diesem Gespräch begaben sich die Seminarteilnehmenden zum Burgberg in Buda am linken Donauufer, wo als nächster Programmpunkt ein Besuch der Deutschen Botschaft bei der Gesandtin Christiana Markert eingeplant war. Frau Markert empfing die Anwesenden persönlich im Botschaftsgebäude und zeigte sich erfreut über zahlreiche Besucher aus Bayern, ihrer eigenen Heimatregion. Sie berichtete ausführlich über die Aufgaben einer Botschaft, darunter die Pflege diplomatischer und politischer Beziehungen, den Kontakt zu Regierung und Oppositionsparteien, die Wirtschaftsförderung sowie die Zusammenarbeit mit deutschen Schulen und der Andrássy Universität in Budapest. In den letzten Jahren haben sich die politischen Beziehungen zu Ungarn sichtbar verändert, was sich insbesondere in kontroversen Diskussionen zur Rechtsstaatlichkeit zeigt. Gleichzeitig intensivieren sich die Wirtschaftsbeziehungen, wobei sogar deutsche Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall mittlerweile in Ungarn produzieren. Die Fragen der Studierenden bezogen sich unter anderem auf die Zukunft der deutsch-ungarischen Beziehungen und die Zusammenarbeit mit den Medien in Ungarn.

Nach der Rückkehr zur AUB folgte als nächster Programmpunkt eine Online-Präsentation durch Eike Hendrik Krebs, der als Ausbildungsleiter für den höheren Dienst an der Akademie Auswärtiger Dienst des Auswärtigen Amtes (AA) in Berlin-Tegel tätig ist. In dieser Funktion trägt er maßgeblich zur Entscheidung bei, welche neuen Kolleginnen und Kollegen jedes Jahr in den höheren Dienst aufgenommen werden. Bewerberinnen und Bewerber, sowohl frisch von der Universität als auch mit breiter Berufserfahrung, sind gleichermaßen willkommen und werden gesucht. Der fachliche Hintergrund ist dabei sehr vielfältig. Zwar kommen viele Juristen und Politikwissenschaftler im AA zum Einsatz, aber auch ExpertenInnen aus zahlreichen anderen Fachrichtungen. Als Ausbildungsleiter konnte Herr Krebs aus erster Hand Einblicke in den Bewerbungs-



Foto: Pixabay

prozess beim Auswärtigen Amt geben, die erforderlichen Qualifikationen der BewerberInnen und die Aufgaben, die angehende Diplomaten erwarten. Besonders bemerkenswert war seine Erfahrung im Irak, wo er unter anderem Waffenlieferungen der Bundesregierung an die kurdischen Peschmerga koordinierte. Diese Erfahrung unterstreicht deutlich die Vielfalt der Aufgaben, die deutsche Diplomaten im In- und Ausland übernehmen können, sowie die Notwendigkeit lebenslangen Lernens in diesem Beruf. Auf diesen eindrucksvollen Vortrag folgte das Thema „EU-Personalpolitik aus deutscher Sicht“, vorgetragen von Matthias Gruber, einem weiteren Beamten des Auswärtigen Amtes. Herr Gruber wies darauf hin, dass die deutsche Präsenz in den EU-Institutionen und -Agenturen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ausbaufähig sei. Eine Karriere in den EU-Institutionen bietet nicht nur die Möglichkeit, am „Europäischen Haus“ mitzuarbeiten, sondern auch vielfältige Kontakte zu KollegenInnen aus ganz Europa und eine sichere Anstellung im

Beamtenverhältnis. Passend zu diesem Thema setzte Christoph Wolfrum das Gespräch fort. Als Beauftragter für europapolitische Grundsatzfragen, EU-Koordinierung und EU-Außenbeziehungen im Auswärtigen Amt, diskutierte er weiter über EU-Karrieren. Zum Abschluss dieses zweiten Tages sprach Dr. Christian Kovács aus dem juristischen Dienst der EU-Kommission und deren Tätigkeitsfelder. Für Juristen bieten sich spannende berufliche Herausforderungen in Bereichen wie Umweltrecht, Wettbewerbsrecht oder Datenschutzrecht innerhalb der Kommission.

Als ein Highlight des Kompaktseminars bot Marcus Delacor am letzten Tag eine Vorbereitung auf das EU-Personalauswahlverfahren. Herr Delacor ist Gründer von *Euphorum*, einer Institution, die sich der gezielten Vorbereitung auf EU-Positionen verschrieben hat. Interaktiv konnten die Studierenden Testfragen zu Themen wie abstraktes Denken und Digitalkompetenz üben sowie einen umfassenden Überblick über Ein-

stiegsmöglichkeiten in die EU gewinnen. Abschließend zog Dr. Kreft ein Resümee der Veranstaltung, bei der die Studierenden und Rechtsreferendare äußerst positive Rückmeldungen gaben. Das Seminar bot eine einzigartige Gelegenheit, direkt von Spitzenbeamten Einblicke in Bewerbungsprozesse, Aufgabenbereiche und Karrieremöglichkeiten im diplomatischen Dienst und in den EU-Institutionen zu erhalten. Zudem förderte der intensive Austausch zwischen den Studierenden und Rechtsreferendaren neue Kontakte und schuf eine äußerst produktive Atmosphäre.

Jannik RICKERT



Andrássy Media Forum

Herausforderungen durch Desinformationen in Wissenschaft – Medien – Politik und Wirtschaft Was tun?

Desinformation, Fake News, Hassrede – neue Herausforderungen für die Gesellschaft, vor allem auf Social-Media-Plattformen, die eine Gefahr für die Demokratie darstellen. Im Forum der AUB wurden diese Herausforderungen unter mehreren Aspekten (Wissenschaft, Kommunikation, Medien, Diplomatie) betrachtet und über mögliche Gegenstrategien diskutiert.

Am 19. März fand im Andrássy Saal der AUB das Andrássy Media Forum mit dem Thema „Making democracies more resilient with communication“ statt. Die Veranstaltung wurde von Dr. Heinrich Kreft konzipiert und organisiert und in Kooperation mit der Deutschen Welle und mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt. Als Referenten waren Experten aus den Bereichen Diplomatie, Medien und öffentliche Kommunikation eingeladen.

Das Forum wurde von Dr. Heinrich Kreft, dem Lehrstuhlinhaber für Diplomatie II an der Andrássy Universität, sowie Adelheid Feilcke, der Programmdirektorin für Europa bei der Deutschen Welle, eröffnet. Kreft führte die Diskussion mit einem Überblick über die Herausforderungen ein, denen die Demokratie im Zeitalter der digitalen Revolution gegenübersteht. Er betonte, dass die Einsätze hoch seien, und beleuchtete die vielfältigen Schwierigkeiten, mit denen Medienjournalisten konfrontiert seien. Ein wichtiger Aspekt ist die russische Informationskriegsführung gegen die Ukraine und den Westen, die die Nutzung von Social Media und Online-Plattformen, sowie die gezielte Ansprache von Randgruppen und Extremisten umfasst. Er hob die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der russischen Strategie hervor und unterstrich die lang- und kurzfristigen Ziele sowie die globalen Auswirkungen dieser Angriffe. Des Weiteren thematisierte Kreft die Problematik von Fake News in den bevorstehenden US-Präsidentenwahlen 2024. Er betonte, dass

die Verbreitung von Desinformation durch den Einsatz von KI-Technologie zunimmt und verwies auf die Nutzung dieser neuen „tools“ durch den ehemaligen Präsidenten Donald Trump und seinen Verbündeten. Die fragmentierte Bekämpfung der Fake News und die Frage nach der Beeinträchtigung des öffentlichen Vertrauens in die Demokratie waren die nächsten Themen – so zum Beispiel das Aufkommen solcher in den Europawahlen 2024. Hier wurden potenzielle Desinformationskampagnen, Angriffe auf Wahlsysteme und politische Akteure sowie die Möglichkeit chinesischer Einflussoperationen und Cyberangriffe diskutiert. Kreft sprach des Weiteren auch über die Maßnahmen der EU zur Bekämpfung von Desinformation, darunter über das Gesetz über die digitalen Dienste, und äußerte Zweifel an der Effektivität und dem Engagement der Plattformbetreiber.

Anschließend folgte der Vortrag von Frau Adelheid Feilcke über die sich wandelnde Medienlandschaft in Europa und deren Folgen. Ihre Rede und danach ihre Antworten in der Q&A-Session beleuchteten die Rolle der Medien in der heutigen Gesellschaft und ihre Bedeutung für die demokratischen Prozesse. Ihr Ausgangspunkt war, dass sich die Sprache der Medien in letzter Zeit verändert hat (Hassreden!) und auch sie thematisierte die neuen aber immer heftiger aufkommenden Herausforderungen der Medien. Sie machte auch darauf aufmerksam, dass die Verbreitung der Fake News nicht nur zur Folge hat, dass falsche Informationen auftauchen, sondern dies auch

zur Verunsicherung und zum Vertrauensverlust auf breiter Basis und unter extremen Umständen eventuell zur Agonie führen kann. Diese Erscheinung kann dadurch zum Nährboden für eine Destabilisierung unserer demokratischen Gesellschaften werden. Die Deutsche Welle hat sich deshalb die Frage gestellt, was Journalisten in diesen Zeiten tun müssen oder sollen, damit die negativen Erscheinungen bekämpft werden können. Als Antwort darauf wurde betont, dass in Glaubwürdigkeit investiert werden muss – die Deutsche Welle pflegt deshalb ihr vertrauenswürdiges Image. Reportagen vor Ort und das Erzählen von Geschichten wurden als wichtige Instrumente hervorgehoben (statt „nur“ Berichte zu schreiben). Die DW hat eine spezielle Abteilung für „Fake News“ aufgestellt und „Newsfilter“ entwickelt. Darüber hinaus wurde die Bedeutung von Medienkompetenz und Kapazitätsaufbau in den Vordergrund gestellt, um Menschen dabei zu unterstützen, manipulierte Informationen zu erkennen. Es wäre vorteilhaft, wenn mehrere Medien zusammenarbeiten und gemeinsame Recherchen durchführen. Auch die Denkweise sollte geändert werden, damit die Menschen wieder am Gesellschaftsleben aktiv teilnehmen, was Voraussetzung der Bekämpfung der dargestellten negativen Folgen der Verbreitung der Falschinformationen ist.

Im weiteren Verlauf des Forums wurden Fragen der strategischen Kommunikation als Teil der öffentlichen Diplomatie erörtert. Diesbezüglich konnten sich die Online- und Offline-Teilnehmenden den online Vortrag von Conrad Häßler, Referatsleiter der Abteilung „Strategische Kommunikation“ des Auswärtigen Amtes Deutschlands, anhören. Häßler skizzierte die He-

rausforderungen, denen sich die moderne Diplomatie gegenüber sieht, insbesondere im Kontext der Social-Media-Landschaft. Er unterstrich die Präsenz großer Akteure und Desinformationskampagnen in sozialen Medien, sowie die Bedeutung von „analytical tools“ zur Bekämpfung von Fehlinformationen. Die Förderung der Widerstandsfähigkeit gegen Fake News und die Unterstützung des unabhängigen Journalismus wurden als entscheidende Schritte hervorgehoben. Häßler ermutigte dazu, neugierig zu sein, die Vielfalt der Medienlandschaft zu entdecken, und forderte die Diplomaten auf, direkt auf Social-Media-Plattformen präsent zu sein und zusätzliche Anstrengungen zu machen, um unmittelbar gehört werden zu können. Er betonte insgesamt die Komplexität und Vielfalt der modernen Medienlandschaft und die Notwendigkeit, sich den He-

rausforderungen mit einem breiten Spektrum an Strategien zu stellen.

Den Vorträgen folgten zwei aufeinanderfolgende Panelgespräche mit Dora Diseri, Redaktionsleiterin des ungarischen Teams der Deutschen Welle, Noémi Martini von HVG und Ákos Keller-Alánt von Szabad Európa. Im ersten Gespräch ging es um die Medienlandschaft in Deutschland und Ungarn sowie der Resilienz gegen Desinformation und Hassrede online. Ein Höhepunkt des Forums war die abschließende Diskussion über Kommunikationsresilienz und die Gegenmaßnahmen gegen Desinformation und Krieg. Hierbei diskutierten die Teilnehmenden, wie dem Zusammenspiel von Desinformation und Krieg wirkungsvoll begegnet werden kann. Das Forum schloss mit zwei Videos der Deutschen Welle: wie Fake News zu erkennen sind und ein weiteres über die Faktenprüfung. Anschließend folgte ein gemeinsames Abendessen.

Das Andrássy Media Forum war eine inspirierende und informative Veranstaltung, die dazu beitrug, das Bewusstsein für die Bedeutung von Kommunikation für widerstandsfähige Demokratien zu schärfen. Die Diskussionen und Erkenntnisse werden zweifellos eine positive Wirkung auf zukünftige Umgangsstrategien mit Desinformation und Kommunikationsherausforderungen haben.

Adél VARGHA-BAUMGARTNER



„László Ede Almásy: ‚Der englische Patient‘ und seine Tätigkeit für die Steyr-Werke“

Vortrag von Prof. Walter Iber

Der „Lehrstuhl für Kulturwissenschaften“ an der Andrássy Universität Budapest (AUB) und das „Österreichische Kulturforum Budapest“ (ÖKF) luden am 20. März 2024 zu einem Abendvortrag von Univ.-Prof. Dr. Walter Iber ein.

Der „Lehrstuhl für Kulturwissenschaften“ an der Andrássy Universität Budapest (AUB) und das „Österreichische Kulturforum Budapest“ (ÖKF) luden am 20. März 2024 zu einem Abendvortrag von Univ.-Prof. Dr. Walter Iber ein. Die Veranstaltung, die von Assoz. Prof. Dr. Ursula Mindler-Steiner (AUB) organisiert worden war, fand in der Österreich-Bibliothek an der AUB statt. Nach einführenden Worten von der stellvertretenden ÖKF-Direktorin Renate Seib, die insbesondere die historischen Verbindungen zwischen Österreich und Ungarn hervorhob, und von Ursula Mindler-Steiner, nahm Prof. Iber

das Publikum auf eine spannende Reise durch die (österreichisch-ungarische) Automobil- und Motorsportwelt des 20. Jahrhunderts mit.

Prof. Iber leitet seit Wintersemester 2023 den Arbeitsbereich Wirtschafts- und Sozialgeschichte am Institut für Geschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz. Seine Forschungsschwerpunkte liegen neben der Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte unter anderem auf der Geschichte des Sports. So verstand er es auch meisterhaft, in seinem Referat diese verschiedenen Schwerpunkte zu verbinden. Der Vortrag beleuchtete einen bisher wenig berücksichtigten Aspekt

aus Almásys Leben: Sein Wirken für die österreichische Automobilmarke „Steyr“, für die er in der frühen Zwischenkriegszeit als Geschäftsmann in Ungarn wie auch im nordöstlichen Afrika tätig war. Dies vermittelte Prof. Iber mittels zweier Erzählstränge: Erstens widmete er sich der Bedeutung und Entwicklung der Automobilsparte innerhalb der „Österreichischen Waffenfabriks-Gesellschaft“ (ab 1926 „Steyr-Werke“) nach dem Ersten Weltkrieg und präsentierte deren Werbemaßnahmen, Geschäftsstrategien sowie die Bedeutung des „Afrika-Geschäfts“, bei welchem Almásy eine besondere Rolle spielen sollte. Zweitens analysierte er den Beitrag Almásys zur Popularisierung der Marke „Steyr“ in Europa und in Ägypten in der Zwischenkriegszeit. Hier ging er insbesondere auf Almásys spektakuläre Wüsten-



Foto: Pixabay/ Franck Juillard

fahrten und Reiseberichte ein, die schon damals zu einer gewissen Popularität beitrugen.

László Ede Almásy

Im Mittelpunkt von Ibers Ausführungen stand der Motorsportler, Pilot, Geschäftsmann, Abenteurer und Wüstenforscher László Ede Almásy (1895–1951), der als historische Figur als Vorlage für den Roman und den Hollywood-Film „Der englische Patient“ diente und dadurch weltberühmt wurde. Sein Leben spiegelt auch ein Stück Monarchie-Geschichte wider – aus einer ungarischen Adelsfamilie stammend, mehrsprachig aufgewachsen, wurde er 1895 im deutschwestungarischen Borostyánkő (Bernstein) geboren, das seit 1921 zu Österreich gehört. Zeit seines Lebens war er (international) gut vernetzt. Die Burg Bernstein, auf welcher bis heute ein Zimmer nach ihm benannt ist, galt vor dem Ersten Weltkrieg als ein wichtiger Ort der ungarischen Asienforschung. Der Abenteurergeist schien Almásy also in die Wiege gelegt – schon sein Vater hatte ausgedehnte Forschungsreisen nach Mittelasien und Nordchina unternommen. Auch László Almásy begab sich früh auf Reisen und ergriff verschiedene Berufe. Er besuchte die Schule in England, und bereits in dieser Zeit entwickelte er ein großes Interesse für die

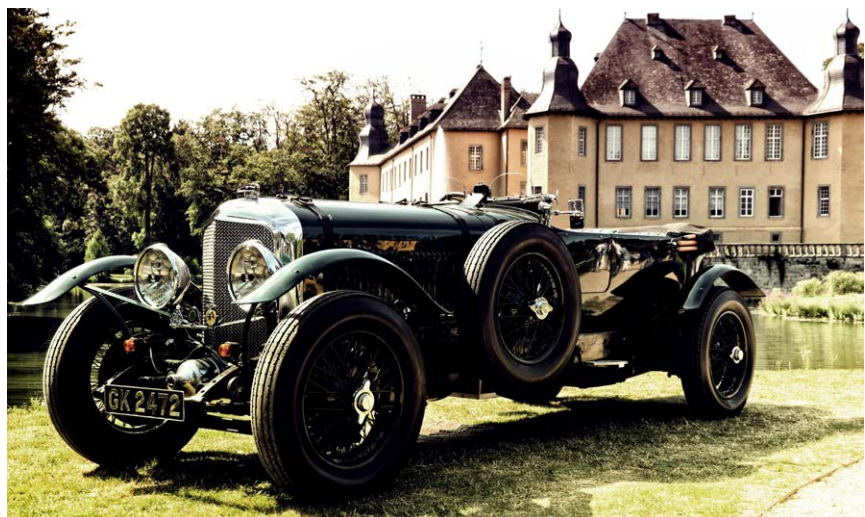


Foto: Pixabay/ Franck Juillard

Automobil- und Flugzeugtechnik. 1912 erwarb er seinen Pilotenschein und unternahm ab 1914 regelmäßig Flüge nach Budapest. Im Ersten Weltkrieg diente er unter anderem als Kampfflieger an der Südfront. Im gescheiterten Restaurationsversuch der Habsburger zu Ostern 1921 war er als Chauffeur von Karl IV. involviert. Bald nach Kriegsende nahm er an Motorrad- und Autorennen teil und arbeitete unter anderem als Renn- und Testfahrer für die Firma Steyr. Zwischenzeitlich leitete er auch eine Steyr-Niederlassung in Szombathely.

Die Automobilwirtschaft und Almásys Beitrag zur Popularisierung der Automarke „Steyr“ – die Wurzeln der „Österreichischen Waffenfabriks-Gesellschaft AG“ reichen bis

in das Jahr 1830 zurück, als Leopold Werndl im oberösterreichischen Ort Steyr eine Gewehrfabrik gründete. Das Unternehmen florierte und bald produzierte man auch Fahrräder und ab dem Ersten Weltkrieg Automobile. 1920 kam der „Steyr II“ auf den Markt, und das Unternehmen expandierte weiter. Nachdem der Automobilmarkt in der Zwischenkriegszeit heiß umkämpft war, versuchte die Firma Steyr den Absatz ihrer Fahrzeuge durch sportliche Erfolge anzukurbeln. Es war damals die große Zeit der Autorennen: Monza in Italien, Le Mans in Frankreich, Spa in Belgien, der Nürburgring in Deutschland. Almásy gewann verschiedene Autorennen für Steyr und diente dem Unternehmen als „Aushängeschild“.

1925 nahm er zum Beispiel an der „Polen-Rundfahrt“ teil und berichtete ausführlich über dieses Abenteuer. Dabei zeigte er sich als „begeisterter Anhänger der [Auto-]Marke Steyr“ und schlug die Werbetrommel für den „Steyr Typ VII“: „Mein Steyr zeigte sogleich jene Eigenschaften, die mir die Marke schon seit langem so wert gemacht haben: Gutmütigkeit, Gehorsam, Eifer und Kampfesmut“ (zitiert aus: „Allgemeine Automobil-Zeitung“).

Bald wurde der europäische Markt zu klein, so entschied die Firma Steyr ab 1926 nach Afrika zu gehen, um die Produkte „unter Wüstenbedingungen“ zu testen und Afrika, insbesondere Ägypten, als Absatzmarkt zu erschließen. Almásy unternahm 1926 (mit Alois Esterházy), 1928 und 1929 (mit Ferdinand Liechtenstein) drei große Wüstenfahrten für „Steyr“, welche monatelang dauerten und über die er ausführliche Berichte verfasste. Dabei setzten sie neue Maßstäbe: Almásy war der Erste, der mit einem „Tourenautomobil“ die Nubische Wüste durchquerte. Die „Allgemeine Automobil-Zeitung“, die Prof. Iber als eine Hauptquelle diente, berichtete regelmäßig über Almásys Abenteuer, bei welchen dieser immer wieder vor allem die Beständigkeit, Verlässlichkeit und das Leistungsvermögen seiner „Steyr“-Fahrzeuge betonte. Für diese warb er auch bei der Automobilausstellung in Kairo 1927, wo er als Vertreter der Steyr-Werke zugegen war.

Almásys Engagement führte zur Popularisierung der Marke „Steyr“ nicht nur in Europa, sondern auch in Afrika, wo er ihr bedeutende Erfolge bescherte. In der ägyptischen Öffentlichkeit genoss Steyr dadurch hohes Ansehen. Durch die Weltwirtschaftskrise erfuhr Almásys Erfolgs-

strähne jedoch unerwartet ein jähes Ende. Steyr beendete die Afrika-Expansionen sowie die Zusammenarbeit mit Almásy. Dies bedeutete für ihn einen tiefen Einschnitt in seinem Wirken, ebenso finanzielle Probleme.

Almásys Leben nach der Wirtschaftskrise

Ab den 1930er-Jahren wirkte Almásy als Leiter einer Flugschule bei Kairo und unternahm erneut mehrere Wüstenexpeditionen. Unterstützt vom ägyptischen Königshaus, dienten diese jedoch weniger dem Abenteuer als vielmehr der Wissenschaft: Er war an archäologischen, kartographischen und ethnographischen Forschungen beteiligt, galt als Entdecker der Oase Zarzura und publizierte rege über seine Entdeckungen (z. B.: Az ismeretlen szahara. Budapest 1934; Levegőben, homokon. Budapest 1937). Sein Engagement brachte ihm den Ehrentitel „Abu Ramla“ („Vater des Sandes“) ein. Aus dieser Zeit stammt auch das Ereignis, das als Inspiration für den letztlich fiktiven Film „Der englische Patient“ diente: 1931 geriet er in ein Sturmgewitter und erlitt einen Flugzeugabsturz, den er und sein Co-Pilot jedoch unverletzt überlebten.

Orsolya TAMÁSSY-LÉNÁRT

osztrák | kulturális (fórum^{bud})



Foto: Pixabay/ Leonhard Niedermimmer

Magister- und Doktorandenseminar in Balatonfüred

Im Rahmen des diesjährigen Magister- und Doktorandenseminars in Balatonfüred wurden vom 11. bis 13. April 2024 Vorträge zu verschiedensten Master- und Doktorarbeiten gehalten und anschließend ausführlich unter den Teilnehmenden diskutiert.

Mit dem Seminar wurde eine langjährige – bereits im Sommer 2003 begründete – Tradition fortgesetzt, ermöglicht durch Fördermittel des Landes Baden-Württemberg, mit denen die Reise- und Unterbringungskosten bestritten werden konnten. Unter der Leitung von Prof. Dr. Christian Schubel, Inhaber des Lehrstuhls für Zivil- und Wirtschaftsrecht, erfolgte die Anreise der Teilnehmenden, zu denen Studierende der Studiengänge LL.M., Europäische und Internationale Verwaltung, Internationale Beziehungen und der AUB-Doktorschule gehörten, bereits am Vorabend des Seminars.

Nach einem sonnigen Frühstück auf der Terrasse des Hotels Astoria begann der Seminartag mit Vorträgen zum europäischen Verbraucherbegriff, der Praxis ungarischer Aktiengesellschaften im 19. Jahrhundert, der geplanten europäischen Regulierung von Plattformarbeit und zum Populismus im politischen Wahlkampf. Die Vielzahl unterschiedlicher Themen sorgte für Abwechslung und intensive Diskussionen. Nur mit Mühe konnte der Zeitplan eingehalten werden. Ähnlich verlief dann der Nachmittagsblock. Hier widmeten sich die Referate dem Justizwesen der Republik Moldau, europäischen harmonisierten Normen und

dem Schutz des Umgangsrechts von Vätern und Großeltern mit ihren Kindern bzw. Enkeln. Nach dem Ende des offiziellen Teils, wanderte die Gruppe zum Weingut Koczor, um den Abend bei einem gemeinsamen Abendessen ausklingen zu lassen. Die fröhlichen Temperaturen ermöglichten ein Beisammensein im Garten des Anwesens bis in den späten Abend.

Am Samstagmorgen bestand die Möglichkeit, die Gegend um Balatonfüred näher zu erkunden und die Zeit am See zu genießen, bevor die Gruppe zurück nach Budapest aufbrach.

Die Veranstaltung war für alle Teilnehmenden eine Bereicherung für das Fortkommen ihrer wissenschaftlichen Arbeit und bot einen anregenden Austausch über vielfältige und spannende Themen.

Anja SCHÄFER

Die Bundespräsidentin der Schweiz zu Besuch an der AUB

Am 18. und 19. April 2024 besuchte die amtierende Schweizer Bundespräsidentin Viola Amherd Ungarn. Im Rahmen ihres Besuches hielt sie an der AUB den Carl-Lutz-Vortrag „Herausfordernde Zeiten in Europa – Gedanken aus der Schweizer Perspektive“.

Während des Besuchs in Ungarn führte Amherd im Hinblick auf die ungarische EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2024 Gespräche mit dem ungarischen Staatspräsidenten Dr. Tamás Sulyok und dem Regierungschef Viktor Orbán.

Im Rahmen ihres Besuches war sie auch an der AUB zu Gast, wo sie vor über 200 geladenen Gästen den von der Universität und der Schweizerischen Botschaft in Budapest gemeinsam organisierten Carl-Lutz-Vortrag

zum Thema „Herausfordernde Zeiten in Europa – Gedanken aus der Schweizer Perspektive“ hielt und dabei insbesondere auch auf aktuelle geopolitische Entwicklungen einging.

Der Rektor der Andrássy Universität Budapest, Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, eröffnete den Anlass und wies auf die aktuellen Herausforderungen für die schweizerische Innen-



Fotos: © Képzéskészítő / AUB

Die Ankunft der Schweizer Bundespräsidentin in der AUB



von links nach rechts: Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger,
Bundespräsidentin der Schweiz Viola Amherd,
Schweizer Diplomat und Botschafter Jean-François Paroz

und Außenpolitik hin. Dabei steht insbesondere die Aufgabe im Zentrum, das Verhältnis zwischen der Schweiz und ihrem wichtigsten Partner, der EU, zu konsolidieren und auf die zukünftigen Herausforderungen auszurichten. Bundespräsidentin Amherd müsse dabei einerseits als Verteidigungsministerin die Landesverteidigung, insbesondere auch die Armee auf die neuen Herausforderungen ausrichten. Andererseits sei sie als Mitglied des Bundesrats an der strategischen Gestaltung der schweizerischen Politik beteiligt und repräsentiere diese als Präsidentin im In- und Ausland in besonderem Maße.

Amherd hob in ihrer Rede die Bedeutung der Freiheit hervor, die weltweit bedroht sei. Sie appellierte insbesondere an junge Leute, die demokratischen Werte und individuelle Freiheitsrechte zu verteidigen. Die Schweiz und Ungarn teilen eine langjährige kulturelle und wirtschaftliche Freundschaft, die auf Gegenseitigkeit beruht. Trotz bestehender Meinungsverschiedenheiten in diversen Themen zwischen der Schweiz und Ungarn unterstrich Amherd die

Wichtigkeit eines regen Austausches und der Kooperation über politische und kulturelle Grenzen hinweg. Bedeutsam ist auch die Zusammenarbeit mit der EU. Die Union ist für die Schweiz einer der wichtigsten Partner im Hinblick auf Wirtschaft und Forschung. Trotz vieler gemeinsamer Interessen und Werte ist die Ausgestaltung der Partnerschaft oft komplex. Eine einvernehmliche Lösung hat dabei den höchsten Stellenwert, um beidseitig von dieser Partnerschaft zu profitieren und den Frieden zu sichern. In Bezug auf den Krieg in der Ukraine betonte Amherd, dass die Gestaltung internationaler Beziehungen niemals nach dem Prinzip des „Rechts des Stärkeren“ basieren sollte. Die Schweiz zeigt ihre Solidarität mit der Ukraine und engagiert sich aktiv sowohl humanitär als auch beim Wiederaufbau des Landes. Sie betont jedoch, dass das Engagement der Schweiz allein nicht ausreichen werde. Vielmehr sei die Zusammenarbeit und das Führen von Dialogen der Weltgemeinschaft erforderlich, um den Frieden in der Ukraine zu fördern und weltweit zu sichern.

Präsidentin Amherd stellte die Bedeutung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und den sozialen Ausgleich als Schlüssel für ein friedliches und anregendes Zusammenleben dar. Nur durch das Bündeln der Kräfte sei es möglich, die Stabilität, Sicherheit und den Wohlstand auf dem gesamten Kontinent zu sichern und zukünftige Herausforderungen effektiv zu meistern. Nach der Rede konnten die anwesenden Gäste der Präsidentin Fragen stellen. Nach einer anregenden Diskussionsrunde wurde der Abend mit einem Empfang, den die schweizerische Botschaft offerierte, abgeschlossen.

Die Veranstaltung fand als Teil der Reihe der Carl Lutz-Vorträge im Rahmen des Projekts [„Changing Orders Research Programme“](#) des II. Swiss-Hungarian Cooperation Programme statt. Der Vortrag wurde mit freundlicher Unterstützung der Schweizerischen Botschaft verwirklicht.

Stefan CHUDALLA

SWISS-HUNGARIAN
Cooperation Programme



Demografie in globaler Perspektive

Regionale Entwicklungen in Europa, Afrika, Asien und Nordamerika

Ein Blick auf aktuelle und zukünftige demografische Entwicklungen in Europa und der Welt zeigt eindrücklich, dass Migration, Auswirkungen des Klimawandels und die Fertilität massiven Einfluss auf Volkswirtschaften und Gesellschaften haben werden.

Demografische Entwicklungen haben einen massiven Einfluss auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und können diese über Jahrzehnte prägen. Dr. Heinrich Kreft, Lehrstuhlinhaber für Diplomatie II an der Andrássy Universität lud zu einer Demografie-Konferenz ein, die vom World Demographic and Ageing Forum an der Universität Sankt Gallen und von der Hanns-Seidel-Stiftung unterstützt wurde, um die Effekte von Migration, Gesundheits- und Sozialsystemen sowie Fertilitäts- und Mortalitätsraten auf die Zukunft verschiedener Weltregionen zu erörtern.

Im ersten Konferenzbeitrag stellte Zsuzsanna Makay, Wissenschaftlerin am Hungarian Demographic Research Institute, die Situation in Osteuropa dar. Hierbei legte sie den Fokus auf die niedrigen Fertilitätsraten in allen Ländern der Region. Aufgrund von abnehmenden Eheschließungen und Geburten in späteren Lebensphasen vieler Frauen sind die Geburtenraten stark gefallen. Auch der starke Anstieg der tertiären Bildung hat hierzu beigetragen. Zudem sind viele Menschen nach der Wende, aber auch nach 2004 im Zuge der EU-Osterweiterung, nach Westeuropa ausgewandert, wovon sich die Region nur langsam erholt. Makay erkennt aber mittlerweile eine leichte Trendumkehr in Bezug auf die Geburtenraten, etwa in Polen.

Anschließend analysierte Vladimir Kozlov, Forscher am Institute of East and Southeast European Studies (IOS) in Regensburg, die demographische Entwicklung in Russland und der Ukraine sowie die Auswirkungen, die sich aus Russlands Krieg gegen die Ukraine für beide Seiten insbesondere durch den Tod vieler junger Männer ergeben. Auch wenn auf den ersten Blick die demografischen Entwicklungen in Russ-

land und der Ukraine ähnlich erscheinen, treten bei genauerer Betrachtung doch beachtliche Unterschiede zutage, etwa bei der Mortalitätsrate. So wiesen, vor dem Krieg, russische Frauen mit ca. 78 Jahren die höchste Lebenserwartung auf, ukrainische Männer mit ca. 68 Jahren aber die niedrigste. Seit Kriegsbeginn im Februar 2022 hat die Ukraine einen hohen Anteil ihrer Bevölkerung durch die Flucht verloren, wobei sie bereits seit der Unabhängigkeit jedes Jahr an Bevölkerung durch Abwanderung verloren hat. In Russland wirken sich ein schlechtes Gesundheitssystem und ein hoher Drogen- und vor allem Alkoholkonsum negativ auf die Lebenserwartung und damit auf die Demografie aus.

Heinrich Kreft behandelte in seinen Ausführungen den afrikanischen Kontinent, der sich durch seine mit Abstand weltweit jüngste Bevölkerung auszeichnet. Dieser wird, so Kreft, aufgrund des massiven Bevölkerungswachstums in naher Zukunft zu einer Herausforderung nicht nur für Afrika selbst, sondern – als Quellregion für Migration – auch für Europa. Dies wird besonders dann eintreten, wenn verschiedene Staaten, insbesondere im Sahel, aufgrund fragiler Staatlichkeit und der durch den Klimawandel verursachten Zerstörung ländlicher Lebensgrundlagen, nicht in der Lage sein werden, für die große, heranwachsende Generation ausreichend Arbeitsplätze und sichere Lebensverhältnisse zu schaffen.

Der nächste Referent wandte sich Ost- und Südasiens zu – einer Region, die mit Indien und China die zwei einwohnerstärksten Staaten aufweist. Nicholas Eberstadt, renommierter politischer Ökonom am American Enterprise Institute in Washington, argumentierte, dass bei Betrachtung der Demografie

nicht von einem „chinesischen Jahrhundert“ auszugehen ist. So werde z.B. Nigeria in 2040 mehr Geburten aufweisen als China. Doch auch für andere Staaten wie Japan stellt Eberstadt eine negative Entwicklung fest, da es praktisch keine Einwanderung aus anderen Teilen des Kontinents nach Ostasien gibt. So wird unter anderem für Südkorea prognostiziert, dass im Jahr 2050 mehr Menschen über 80 Jahre alt sein werden als unter 20. Dies ist verheerend für exportorientierte Volkswirtschaften, so Eberstadt, und wirft die Frage auf, ob der erreichte Wohlstand bei voraussichtlich abnehmender Produktivität erhalten werden kann.

Ein thematisch herausstechendes Thema lieferte Manuel Buchmann, der in St. Gallen beim World Demographic and Ageing Forum (WDA Forum) tätig ist. Herr Buchmann verband die Rolle der demografischen Entwicklung mit dem Wandel der Sozialstaaten und der globalen Finanzmärkte. So stellte er unter anderem die „Finanzdemografie“ vor, die die Frage aufwirft, welches Konsum- und Sparverhalten die Menschen in westlichen Gesellschaften in verschiedenen Lebenszyklen zeigen. Dieser Aspekt hat großen Einfluss auf die Investitionsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft, was sich wiederum erheblich auf die zukünftige Finanzierbarkeit unserer Sozialstaaten auswirkt.

Zum Abschluss der Demografie-Konferenz bot Gábor Szalkai vom Bayer-Konzern in Ungarn einen Einblick, inwieweit demografische Trends in die unternehmerische Planung einfließen.

Jannik RICKERT



Erasmus-KoordinatorInnen-Treffen an der AUB

Gruppenfoto der Erasmus-KoordinatorInnen



Foto: © AUB

Am 15. Mai fand an der AUB das jährliche Erasmus-KoordinatorInnen-Treffen statt. Dabei hat die AUB über 80 KoordinatorInnen von über 50 ungarischen Universitäten begrüßt.

Jedes Jahr organisiert die Tempus Stiftung (Tempus Közalapítvány) ein Treffen für alle KoordinatorInnen des Erasmus-Programms. Dieses Jahr fiel die Wahl auf die AUB als Gastgeber der Veranstaltung. So hat die AUB am 15. Mai über 100 Gäste begrüßen dürfen. Darunter waren über 80 Erasmus-KoordinatorInnen von mehr als 50 ungarischen Hochschulen und Universitäten landesweit vertreten.

Begrüßt wurden die TeilnehmerInnen von Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, Rektor der AUB und von Herrn Richárd Bodrogi, Generaldirektor der Tempus Stiftung. Herr Rektor Pállinger betonte die Rolle des Erasmus-Programms an der AUB und erwähnte auch die Teilnahme unserer Bildungsinstitution an der Initiative European University for Academic Continuing Education (EU.ACE).

Herr Generaldirektor Bodrogi hat sich für die Gastgeberschaft der AUB, aber auch die ganzjährige Arbeit aller KoordinatorInnen bedankt, die letztes Jahr viele Herausforderungen gemeistert haben.

Thematisch wurden die Aspekte hinsichtlich Digitalisierung, Inklusion und grüne Transformation besprochen. Darüber hinaus stand auch die finanzielle Seite des Programms, wie etwa Abrechnungen oder Mittelumwidmungen, im Fokus. Die TeilnehmerInnen haben sich in Kleingruppen über Best Practices ausgetauscht. Dabei dienten die Festsäle sowie zwei Hörsäle der AUB als Begegnungsorte für Diskussionen.

Wir freuen uns sehr, sowohl die KoordinatorInnen aus ganz Ungarn, als auch die Tempus Stiftung in unserem Hause empfangen zu haben und bedanken uns für die hervorragende Organisation. Wir hoffen, dass alle TeilnehmerInnen eine schöne Zeit an der AUB erlebten.

Emese KÜRTI



Vortrag von S.E. Jeroen Vergeylen, Botschafter Belgiens

Am 16. Mai 2024 empfing die AUB den belgischen Botschafter in Ungarn, S.E. Jeroen Vergeylen, im Andrássy Saal, wo er einen Vortrag zum Thema „Belgien und die Europäische Union: Die Bürger schützen, die Zusammenarbeit stärken, die Zukunft vorbereiten“ hielt.

Nach einer Begrüßung des Botschafters durch den Rektor der Universität, Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, ergriff Botschafter Vergeylen das Wort.

In seinem Vortrag ging er auf die gemeinsamen politischen Herausforderungen für Ungarn und Belgien in der EU ein, da in diesem Jahr beide Länder den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehaben. Am 30. Juni übergibt Belgien die EU-Ratspräsidentschaft an Ungarn und erhofft sich, dass die begonnenen Initiativen fortgesetzt werden.

Botschafter Vergeylen stellte sechs Schwerpunkte vor, die Belgien während der Ratspräsidentschaft verfolgt hatte:

1. Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der Einheit
2. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit
3. Grüner und gerechter Übergang in die Klimaneutralität
4. Durchsetzung der Sozial- und Gesundheitsagenda
5. Schutz der Menschen und Grenzen
6. Förderung eines globalen Europas.

Die aktuellen Krisen wie Desinformation, Energieknappheit oder die demographischen Entwicklungen können nur durch gemeinschaftliches Handeln effizient bekämpft werden. In den letzten Tagen der Ratspräsidentschaft versucht Belgien, die strategische Perspektive für die nächsten fünf Jahre und darüber hinaus festzulegen. Besonders die Erweiterung der EU ist für die Gewährleistung des Wohlstands, der Sicherheit und der offenen strategischen Autonomie von zentraler Bedeutung. Belgien sichert Ungarn seine Unterstützung bei der Umsetzung dieser Ziele zu, damit die Bürger der EU weiterhin geschützt, die Zusammenarbeit gestärkt und die Zukunft in der EU vorbereitet werden. Nach dem Vortrag wurde eine Diskussionsrunde eröffnet, wobei die Möglichkeit bestand, Botschafter Vergeylen Fragen zum Vortrag und darüber hinaus zu stellen.

Stefan CHUDALLA



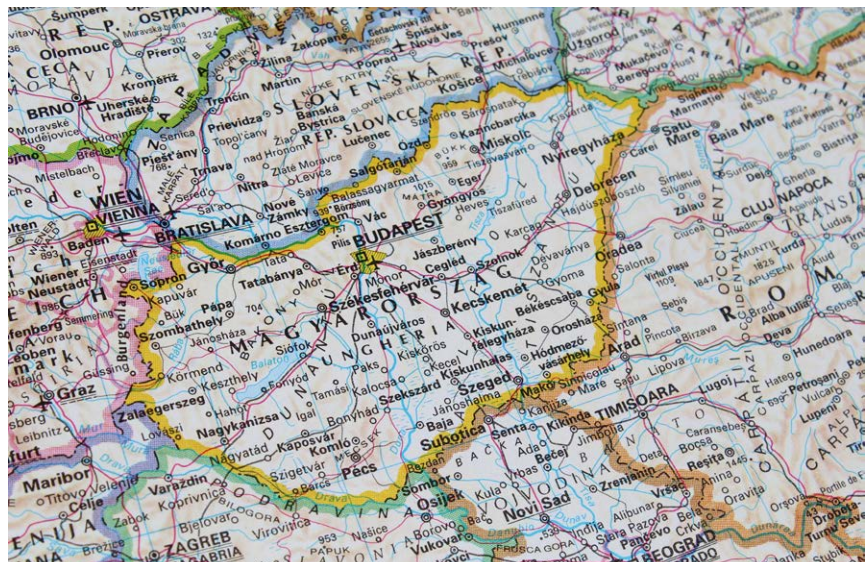
Foto: © AUB

Uniblog: Budapest als Tor zu Osteuropa

Ungarn und seine Nachbarländer entdecken

Budapest als euer Tor zu Osteuropa. Ihr erfahrt, welche ungarischen Städte und angrenzenden Länder ihr auf keinen Fall verpassen solltet.

Als deutsche Studentin in Budapest tauche ich das erste Mal in die Geschichte und Kultur von Osteuropa ein. Ich konnte bereits tiefe und spannende Einblicke in die ungarische Kultur und die Geschichte der Stadt Budapest gewinnen. Aber nicht nur in Budapest gibt es viel zu entdecken, auch andere ungarische Städte und angrenzende Länder sind definitiv eine Reise wert. Ungarn hat eine fantastische Ausgangslage, um die Länder Osteuropas zu bereisen.



Durch den gut erreichbaren Flughafen, die vier Bahnhöfe der Stadt und die hervorragenden Überlandbus-Verbindungen kann man preiswert und auch mit wenig Zeit viel sehen. Besonders Feier- und Brückentage eignen sich dafür, ein verlängertes Wochenende in einem der umliegenden Länder wie der Slowakei, Slowenien, Kroatien oder Serbien zu verbringen. Und das sind nur einige der gut erreichbaren Länder, zwischen denen man sich entscheiden muss.

Aber auch ein freier Unitag oder ein kurzes Wochenende lässt sich dafür nutzen, ungarische Städte zu erkunden. Während meiner Zeit in Budapest habe ich bereits mehrere

Städte entdecken können. Nur etwa eine Stunde von Budapest entfernt liegt die Stadt Győr mit 130.000 Einwohnern, die einen mit ihrer barocken Architektur und süßen Altstadt in ihren Bann zieht. Es lohnt sich, einen Spaziergang entlang der kopfsteingepflasterten Straßen und historischen Gebäude einzulegen, um danach in einem gemütlichen Café zu verweilen. Ein Vorteil der Stadt ist zudem die Lage zwischen Budapest und Wien, die dazu einlädt, beide Städte für einen Wochenendtrip zu kombinieren.

Wenn man gerne einen Nachmittag nutzen möchte, um dem Trubel der Stadt für einige Stunden zu entfliehen, lohnt es sich, in den Zug

nach Szentendre zu steigen. Das schöne Städtchen mit engen Gassen, viel Handwerkskunst und spannenden Museen liegt nur 20 Kilometer von Budapest entfernt und lässt einen in die Geschichte und Kultur Ungarns eintauchen.

Etwa zwei Stunden entfernt befindet sich Bratislava, die Hauptstadt der Slowakei. Das Land beeindruckt insbesondere mit einer vielfältigen Landschaft und dem Tatra-Gebirge, bietet aber auch kulturell viel. Bratislava lohnt sich für einen Tagesausflug oder ein Wochenende. Es gibt eine schöne Burg und eine charmante Altstadt zu entdecken. Von dort aus bietet sich eine großartige Aussicht über die ganze Stadt und die Donau. Wer



Foto: Pixabay/ Džoko Stach

etwas mehr Zeit hat, kann sich auf dem Weg nach Bratislava mehr Zeit nehmen und weitere Städte wie Banská anschauen sowie dort in das slowakische Leben eintauchen.

Von Budapest aus lässt sich auch Serbien gut erreichen. Die pulsierende Hauptstadt Belgrad beeindruckt besonders mit einem sehr lebendigen Nachtleben und einem großen kulturellen Erbe. Die Stadt ist bekannt für ihre zahlreichen Bars, Clubs und Live-Musik-Veranstaltungen, die bis in die frühen Morgenstunden dauern. Wer es aber lieber ruhig angehen möchte, kann den Tag in einem der zahlreichen Theater, Museen und Galerien verbringen, die Einblicke in die serbische Kunst und Kultur bieten. Es lohnt sich für jeden, die Altstadt mit ihren Kirchen und historischen Gebäuden zu erkunden und einen Abstecher zur Belgrader Festung einzulegen.

Nutzt Budapest als Tor zu Osteuropa und lasst euch von den Kulturen und Menschen auf eurer nächsten Reise inspirieren. Ich bin gespannt, wo euch die nächste Reise hinführt, denn es gibt viel zu entdecken.

Sarah MEIßNER



Foto: Pixabay/ azsodr

Erfolgreiche Klage der KlimaseniorInnen vor dem Europäischen Gerichtshof der Menschenrechte

Am 22. Mai 2024 fand an der Andrássy Universität Budapest ein sogenannter Brown-Bag-Lunch unter dem Titel „Klimarevoluzzer? Die Entscheidung des EGMR vom 9. April 2024“ statt. Die Veranstaltung hielt Prof. Dr. Michael Anderheiden, Leiter des Lehrstuhls für Europäisches Öffentliches Recht und seine Grundlagen.

Ein „Brown-Bag-Lunch“ ist ein informelles Treffen oder eine Besprechung, die während der Mittagspause stattfindet. Der Name lässt sich von der Tradition in den USA ableiten, das Mittagessen in einer braunen Papiertüte (brown bag) mitzubringen. Diese Art der Veranstaltung bot Prof. Anderheiden Gelegenheit, in einer lockeren Atmosphäre, jedoch den akademischen Anspruch bewahrend, die vor dem Europäischen

Gerichtshof für Menschenrechte geführte erste erfolgreiche Klimaklage darzustellen und danach darüber Diskussionen zu führen.

Prof. Anderheiden begann seinen Vortrag mit einer kurzen Einführung in die rechtlichen Weltordnungen, die Begrifflichkeit der Menschenrechte und die Geschichte des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR). Ein wichtiger Aspekt bei der Bewertung der

Entscheidung der EGMR ist, dass EGMR keine Einrichtung der Europäischen Union, sondern ein Organ des Europarates ist, der eine zwischenstaatliche Organisation ist und aus 46 Mitgliedsstaaten besteht.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die wegweisende Entscheidung des EGMR vom 9. April 2024. Die Umweltaktivisten (die KlimaseniorInnen) haben den Staat Schweiz (bzw. die Regierung der Schweiz) verklagt, sich zu verpflichten, um stärkere Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels zu ergreifen. Die KlägerInnen argumentierten, dass die Untätigkeit ihrer Regierung eine Verletzung ihrer Menschenrechte,

insbesondere des Rechts auf Leben und auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, darstelle.

Prof. Anderheiden erläuterte zuerst die bisherige ständige Rechtsprechung des EGMR, es gäbe keinen Artikel in der Menschenrechtskonvention, der darauf abzielen würde, dass „der allgemeine Schutz der Umwelt als solcher zu gewährleisten“ sei, was bisher zur Folge gehabt habe, dass es unter den Menschenrechten kein Recht auf Klimaschutz gegeben habe.

Ein zentrales Element des Urteils war die Feststellung, dass jede Untätigkeit eines Staates, die zu einer Einschränkung des Privatlebens führen könne, falle unter Art. 8 EMRK (Recht der Personen auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens). (Die Berufung der KlimaseniorInnen auf eine Verletzung des Rechts auf Leben (Art. 2 EMRK) wurde jedoch vom Gericht offengelassen.) Laut Gericht seien die bisherigen Maßnahmen der Schweiz unzureichend, um die Klimaziele des Pariser Abkommens zu erreichen – die Schweiz hat etwa keine ausreichen-

den Programme gegen Treibhausgasemissionen. Der EGMR forderte die Schweiz (und auch die Mitgliedstaaten) auf, ihre Klimapolitik zu verschärfen und konkrete Schritte zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen zu unternehmen. Gerichte sollten allenfalls Auffangfunktion bei Verstößen gegen ein Mindestmaß an notwendigem Tätigwerden haben. Ein weiterer „revolutionärer“ Aspekt des Urteils ist – da Klagen in den meisten Ländern nur für Betroffene zugelassen sind, was mit sich zieht, dass ausreichendes Interesse bzw. unmittelbare Betroffenheit hinsichtlich des Klagegegenstandes nachzuweisen ist –, dass Verbände, Klimabewegungen usw. klagebefugt sein sollten.

Prof. Anderheiden betonte, dass dieses Urteil weitreichende rechtliche und politische Konsequenzen haben könnte. Außerhalb der EU werde die Einführung von Klagerechten für Umweltverbände absehbar nötig (und in Großbritannien vorbereitet). (Innerhalb der EU sollen kaum prozessuale Veränderungen aufkommen, da hier

Verbandsklagen in umweltrechtliche Angelegenheiten zugelassen sind.) Es eröffne jedoch neuen Spielraum für Aktivisten und Umweltbewegungen, ihre Regierungen rechtlich zur Verantwortung zu ziehen und ambitioniertere Klimaschutzmaßnahmen einzufordern. Im Anschluss an seinen Vortrag gab es eine lebhafte Diskussion. Die Teilnehmenden stellten einige Fragen zu den praktischen Auswirkungen des Urteils und diskutierten über die weiteren Entwicklungsrichtungen des Klimarechts.

Die Veranstaltung endete mit einem herzlichen Applaus und vielen positiven Rückmeldungen der Anwesenden. Der Brown-Bag-Lunch zeigte eindrucksvoll, wie wichtig und relevant die Verknüpfung von Klimaschutz und Menschenrechten in unseren Tagen ist. Prof. Anderheiden gelang es, die komplexen rechtlichen Fragen verständlich darzulegen und gleichzeitig die Bedeutung des Urteils für die zukünftige Klimapolitik zu verdeutlichen.

Adél VARGHA-BAUMGARTNER

Endlich wieder ein Deutsch-Ungarisches Forum!

Angeregte Debatte in Berlin

Am 4. und 5. Juni 2024 fand in Berlin nach einer Pause wieder das Deutsch-Ungarische Forum statt. Das deutsche Auswärtige Amt und das ungarische Ministerium für Auswärtiges und Außenhandel sorgten als Partner für eine hochrangige und politisch relevante Veranstaltung. Aber der Beziehungsstatus zwischen Ungarn und Deutschland ist kompliziert.

Mit dieser Bemerkung zum komplizierten Beziehungsstatus zwischen Ungarn und Deutschland leitete der Direktor



Blick ins Plenum bei der Eröffnung

Fotos: © Deutsch-Ungarisches Jugendwerk



Teilnehmende beim Workshop

der Europäischen Akademie Berlin (EAB), Dr. Christian Johann, als Gastgeber am Veranstaltungsort die Tagung ein. Die Leiterin des Jugendwerks, Dr. Elisabeth Knáb, betonte, dass Kommunikation nur dann zur Gemeinschaft (communio) führen kann, wenn alles vorgetragen werden

darf, woran man wirklich glaubt und wofür man Gründe angeben kann. Die Staatsministerin für Europa im Auswärtigen Amt, Dr. Anna Lührmann, unterstrich die Bedeutung eines Forums, in dem eng verflochtene Länder auch über Gegensätze sprechen können. Die Staatssekre-

tärin für bilaterale Beziehungen im Ministerium für Auswärtiges und Außenhandel, Boglárka Illés, sprach nur den Wahrheiten Relevanz zu, die es wert sind, angezweifelt zu werden. Mit dieser Eröffnung wurde eine Grundlage für einen spannenden und offenen Austausch gelegt.



Von links nach rechts Botschafterin Julia Gross, Botschafter Péter Györgös, Vorsitzende des Jugendwerks Elisabeth Knáb

In drei Panels und drei Workshops wurden das deutsch-ungarische Gespräch mit dem Fokus auf Themen geführt, die beiden Ländern auf den Nägel brennen: Europäische Resilienz in der Weltpolitik, Klimapolitik, Fortsetzung des Europäischen Integrationsprozesses in den Panels sowie China, Westbalkan und Künstliche Intelligenz in den Workshops. Die informellen Diskussionen zwischen den Panels und Workshops waren nicht weniger anregend. Besonders der Empfang in der Ungarischen Botschaft, zu dem der Botschafter Ungarns in Deutschland, Dr. Péter Györkö, am Abend des ersten Veranstaltungstags eingeladen hatte, bot dafür einen passenden Rahmen.

Die Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Ungarn, Julia Gross, wies beim Abschluss darauf hin, dass die deutsch-ungarischen Beziehungen nicht nur von den „Boomern“ verhandelt werden dürfen. Denn der

Jugend gehört nicht nur die Zukunft, sie muss auch die Gegenwart mitgestalten. Das Forum bot dafür eine anregende Plattform.

Die Bewerbung beim Jugendwerk zur geförderten Teilnahme steht allen Personen unter 35 Jahren offen. 2025 wird die Andrássy Universität Budapest, die 2024 ebenfalls Mitveranstalter war, das Forum in ihren Räumen begrüßen dürfen.

Die Europäische Akademie in Berlin hält den Auftakt und das erste Panel der Veranstaltung vom Juni 2024 auf ihrem [Youtube Channel](#) bereit.

Mariano BARBATO



DEUTSCH-UNGARISCHES JUGENDWERK
MAGYAR-NÉMET IFJÚSÁGÉRT EGYESÜLET

DIGIGEN Weiterbildungsprogramm für Beratungsfachkräfte an der AUB

Im Erasmus+-Projekt DIGIGEN konnte ein neuer Meilenstein erreicht werden: Das im Rahmen des Projekts entwickelte Weiterbildungsprogramm wurde am 30. Mai 2024 im Rahmen eines Piloting Events zunächst von ExpertInnen evaluiert und im Juni 2024 in zwei Testdurchgängen an der AUB durchgeführt.

Das Projekt [DIGIGEN – Professionelle Beratung von Frauen in Führungspositionen im Bereich der digitalen Kompetenzen](#) startete im Herbst 2021 mit dem Ziel, ein wissenschaftlich fundiertes und evaluiertes Weiterbildungsprogramm für Beratungsfachkräfte zu entwickeln, welches die neuen Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt und die Geschlechterparität in der Führung mit wissenschaftlichen Beratungsansätzen verbindet. Am Projekt, welches durch das Erasmus+ Programm der Europäischen Union kofinanziert wird, sind neben der AUB mehrere internationale Partner beteiligt (Hochschule der Bundesagentur für Arbeit; Saxion University; Chamber of Commerce and Industry of Csongrád-Csanád; eMundus; Superpeople Company).

Der Entwicklung des Weiterbildungsprogramms ging eine umfassende Bedarfsanalyse voraus. Aufbauend auf den erhaltenen Ergebnissen entwarfen die am Projekt beteiligten ExpertInnen – seitens der AUB PD Dr. Tim Alexander Herberger – ei-

nen Kurs, der sowohl individuell als auch im Rahmen eines Gruppentrainings absolviert werden kann, und der in seinem Umfang einer universitären Lehrveranstaltung von 5 bis zu 15 ECTS entsprechen kann. Die Kursmaterialien wurden Anfang 2024 fertiggestellt und in alle Sprachen der Projektpartner übersetzt. Für die AUB bedeutete dies eine Abweichung von ihrer Arbeitssprache Deutsch – als ungarische Partnerinstitution zeigte sie sich für die ungarische Version der Materialien verantwortlich.

In einem nächsten Schritt galt es, die erhaltenen Unterlagen zu testen und einer Evaluierung zu unterziehen. Dies fand zunächst in Form einer Pilot-Veranstaltung statt, die am 30. Mai 2024 online durchgeführt wurde. Die Kursunterlagen wurden hier erstmals einem professionellen Publikum präsentiert, das im Anschluss gebeten wurde, einen Fragebogen zum Kurs auszufüllen. Im Juni folgte dann der Test des Weiterbildungsprogramms im Rahmen zweier Face-to-Face Trainings an der AUB. Am 19.–20. sowie

26.–27. Juni hatten jeweils 15 Beratungsfachkräfte die Möglichkeit, an den ersten Durchgängen des DIGIGEN-Weiterbildungsprogramms in ungarischer Sprache teilzunehmen. Als Trainerin wurde Business Coach (und AUB-Alumna) Zsuzsanna Vető an Bord geholt, die sowohl die Pilot-Veranstaltung als auch die beiden Trainings durchführte. Am 4. Juli fand schließlich ein Multiplier-Event an der AUB statt, dessen Ziel es war, das DIGIGEN Weiterbildungsprogramm in einem breiteren Kreis bekannt zu machen.

Das fertige Weiterbildungsprogramm wird auf der [Projektwebseite](#) in allen Sprachen der Projektpartner – so auch auf Deutsch und auf Ungarisch – zugänglich sein. Die Projektpartner hoffen, dass es in breiten Kreisen Verwendung finden wird.

Júlia MEDGYESI-NÉMETH



Co-funded by
the European Union

DIGIGEN
Professional career guidance for women in management
positions in the field of digital competence



**ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST**

